



Hervorragendes Ergebnis und hohe Dividendensteigerung

Hohe Wachstumsraten trotz fortlaufender Pandemie

Ausbau digitaler Beratung und persönlicher Betreuung für den Maklervertrieb

Unternehmensziele

Kunden

Wir wollen unseren Kunden jederzeit Verlässlichkeit bieten. Die DMB Rechtsschutz versteht sich als der Rechtsschutzversicherer, der seine Kunden schnell, kompetent und umfassend berät und ihre Interessen vertritt. Wir sind ein verbrauchernahes Versicherungsunternehmen. Bei uns zählen besonders der Servicegedanke und ein attraktives Verhältnis von Preis und Leistung.

Mietervereinen im Deutschen Mieterbund bieten wir für ihre Mitglieder günstigen und leistungsfähigen Miet-Rechtsschutz vor Gericht.

Mitarbeiter

Für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steht die Sicherung langfristig wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze im Mittelpunkt.

Wir bieten ihnen moderne Arbeitsbedingungen und fördern ihre Entwicklung mit interessanten Arbeitsinhalten und abwechslungsreichen Tätigkeiten.

Vertriebspartner

Unseren Vertriebspartnern wollen wir geschäftliche Chancen durch attraktive Produkte und unsere zusätzlichen Service-Angebote eröffnen.

Vielfältige Unterstützung für unsere Maklerpartner bieten wir persönlich und digital. Moderne Kommunikationsmittel wie Videochats, E-Learning und Online-Sprechstunden ergänzen auf digitalem Weg die Beratung und Betreuung unserer Vertriebsleiter vor Ort. Regelmäßige Onlineschulungen, unser Maklerportal und das Serviceteam in Köln sind wichtige Anlaufstellen für den Vertrieb. Zur Untermauerung unserer Beratungs- und Betreuungskompetenz haben wir exklusive Produkte für unsere Vertriebspartner geschaffen.

Mietervereine und ihre Mitglieder

Mit unserem Exklusivangebot für Mitglieder von DMB Mietervereinen wollen wir eine stärkere Betonung der Rechtsschutz-Versicherung als Instrument der Mitgliedergewinnung und Mitgliederbindung erreichen.

Aktionäre

Für unsere Aktionäre streben wir eine attraktive Dividende auf das investierte Kapital und die Sicherstellung der Werthaltigkeit ihres Investments an.

Die Gesellschaft, in der wir leben

Die DMB Rechtsschutz engagiert sich sozial und ökologisch auch außerhalb des Versicherungsgeschäfts. Wir unterstützen die Interessen des Deutschen Mieterbundes ebenso, wie wir Unternehmensgewinne erwirtschaften wollen.

Die DMB Rechtsschutz strebt in ihrer Geschäftstätigkeit nach Nachhaltigkeit und nimmt Umweltschutz sehr ernst.

| DMB Rechtsschutz – Auf einen Blick | | 2021 | Veränderung zum Vorjahr % | 2020 | 2019 |
|--|--------|---------|------------------------------|---------|---------|
| Beitragseinnahmen | | | | | |
| Gebuchte Bruttobeiträge | T€ | 35.954 | 3,9 | 34.590 | 33.949 |
| Verdiente Beiträge für eigene Rechnung (f. e. R.) | T€ | 33.145 | 3,3 | 32.095 | 30.920 |
| Schäden | | | | | |
| Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R. | T€ | 21.358 | 0,8 | 21.179 | 20.651 |
| Nettoschadenquote | % | 64,4 | | 66,0 | 66,8 |
| Schadenrückstellungen f. e. R. | T€ | 50.451 | 3,0 | 48.970 | 45.960 |
| Nettorückstellungsquote | % | 152,2 | | 152,6 | 148,6 |
| Beitragsrückerstattung | | | | | |
| Aufwendungen für Beitragsrückerstattungen | T€ | 1.130 | 43,0 | 790 | 876 |
| Anteil an den verdienten Beiträgen f. e. R. | % | 3,4 | | 2,5 | 2,8 |
| Kosten | | | | | |
| Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R. | T€ | 10.038 | 6,7 | 9.405 | 8.635 |
| Bruttokostenquote | % | 29,0 | | 28,3 | 26,6 |
| Kombinierte Schaden-Kosten-Quote | % | 94,7 | | 95,3 | 94,7 |
| Kapitalanlagen | | | | | |
| Bestand | T€ | 74.997 | 3,8 | 72.243 | 72.046 |
| Kapitalanlageergebnis | T€ | 1.754 | 4,1 | 1.685 | 2.313 |
| Nettoverzinsung für 1 Jahr | % | 2,4 | | 2,3 | 3,3 |
| Nettoverzinsung für 3 Jahre | % | 2,7 | | 2,5 | 2,6 |
| Ergebnisse | | | | | |
| Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R. | T€ | 619 | -14,2 | 721 | 758 |
| Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit | T€ | 1.438 | 132,8 | 618 | 843 |
| Jahresüberschuss | T€ | 1.106 | 347,9 | 247 | 438 |
| Bilanzgewinn | T€ | 835 | 153,4 | 329 | 483 |
| Gewinnverwendung | | | | | |
| Dividende je gewinnberechtigte Aktie | € | 40 | 33,3 | 30 | 40 |
| Bonusdividende je gewinnberechtigte Aktie | € | 40 | | - | - |
| Einstellung in die Gewinnrücklagen | T€ | 300 | | - | - |
| Eigenmittel | | | | | |
| Eigenkapital | T€ | 12.147 | 2,5 | 11.847 | 11.847 |
| Eigenkapitalquote | % | 36,6 | | 36,9 | 38,3 |
| Versicherte Risiken | Anzahl | 824.831 | 0,5 | 820.652 | 817.269 |
| Mitarbeiter am Bilanzstichtag | Anzahl | 62 | 10,7 | 56 | 57 |

Unternehmensziele

Auf einen Blick

| | |
|---|-----------|
| Lagebericht | 5 |
| Geschäftsjahr im Überblick | 5 |
| Grundlagen der Gesellschaft | 7 |
| Wirtschaftsbericht | 8 |
| Risikobericht | 19 |
| Chancenbericht | 31 |
| Prognosebericht | 36 |
| Betriebene Versicherungsarten | 44 |
| Jahresabschluss | 45 |
| Bilanz | 46 |
| Gewinn- und Verlustrechnung | 48 |
| Anhang | 50 |
| Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers | 60 |
| Bericht des Aufsichtsrats | 65 |
| Mitglieder des Aufsichtsrats | 67 |
| Mitglieder des Vorstands | 68 |

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verzichten wir im Geschäftsbericht auf geschlechtsspezifische Formulierungen. Die gewählte Form steht im Sinne der Gleichberechtigung für alle Geschlechter, hat nur redaktionelle Gründe und keine Wertungsbedeutung.



Gute Gründe für die DMB Rechtsschutz



Leistungsmatrix der DMB Rechtsschutz



sofort nach Abschluss

Konzernunabhängigkeit
Schnelle, unkomplizierte Abläufe
Wir setzen uns für Sie ein

Herausragende Leistungen
Persönliche Ansprechpartner
Innovative Web-Technologien

Neben hervorragenden Produkten und innovativen Services bieten wir unseren unabhängigen Vertriebspartnern persönliche Beratung und individuelle Betreuung sowie digitale Unterstützung.

Lagebericht

Das Geschäftsjahr im Überblick

Die DMB Rechtsschutz ist ein konzernunabhängiger Spezialversicherer mit zwei zentralen Geschäftsfeldern: Miet-Rechtsschutz wird den Mietervereinen innerhalb des Deutschen Mieterbundes (DMB) in Form von Gruppenverträgen angeboten. Das zweite Geschäftsfeld umfasst die Absicherung aller wesentlichen rechtlichen Risiken im privaten Bereich, für Geschäftskunden, für Vereine und für die Landwirtschaft. Den zentralen Vertriebsweg für dieses Geschäftsfeld bilden die unabhängigen Vermittler.

Die Rahmenbedingungen für die Rechtsschutzversicherung blieben komplex. Das regulatorische Umfeld mit einer Vielzahl von Regelwerken sowie Änderungen in der Rechtsprechung und der Wandel im Rechtsdienstleistungsbereich stellten große Herausforderungen dar. Letzterer brachte neue Betätigungsfelder der Anwaltschaft hervor, insbesondere spezielle Kanzleien im Legal-Tech-Auftritt. Die Diesel-Affäre hat sich 2021 zum bisher größten Rechtsschutzfall in Deutschland ausgeweitet. Eine besondere Herausforderung stellte die Erhöhung der Rechtsanwaltsgebühren und Sachverständigenkosten zum 1.1.2021 dar. Im Markt blieb die Sicht auf die Schadenseite auch 2021 eingetrübt. Der Schadenaufwand stieg weiter und mit einer Combined Ratio von 101 Prozent blieb die Sparte in der Verlustzone.

Die DMB Rechtsschutz konnte 2021 einen einmaligen markanten außerordentlichen Ertrag verbuchen: Eine langwierige rechtliche Auseinandersetzung mit einem Dienstleister wurde im Geschäftsjahr mit einer erheblichen Rückzahlung beendet. Das sonstige Ergebnis fiel daher in Summe deutlich besser aus als in den Vorjahren. Dieses Mehrergebnis wird den Eigentümern in Form einer Bonusdividende und Rücklagenerhöhung, den versicherten DMB Mietervereinen als Kunden über eine weitere zusätzliche Beitragsrückerstattung den Beschäftigten und der Gesellschaft selbst zugutekommen.

Die DMB Rechtsschutz blickt aber auch auf ein gutes Versicherungsjahr 2021 zurück, wenngleich die Corona-Pandemie auch im abgelaufenen Geschäftsjahr zu besonderen Herausforderungen führte. Die DMB Rechtsschutz behauptete sich erneut gut im Markt. Die Beitragseinnahmen im Maklerbereich stiegen um 6,9 Prozent. Entscheidend war die konsequente Ausrichtung auf die digitale und persönliche Maklerberatung und -betreuung. Für unsere Kunden blieb unsere DMB RECHT-Hotline eine wertvolle Hilfe bei allen rechtlichen Fragen zur Corona-Pandemie.

Trotz der hohen Wachstumsraten der Gesellschaft in den vergangenen Jahren sank 2021 erneut die Zahl der Schadenmeldungen. Zahlungen auf Schäden stiegen dagegen insgesamt um 6 Prozent, wobei im Miet-Rechtsschutz eine überproportionale Steigerung von über 15 Prozent zu verzeichnen war. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R. beliefen sich auf 21,4 Mio € und stiegen lediglich um 0,8 Prozent. Bereits im Vorjahr war die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle vor dem Hintergrund der Kostensteigerungen im

Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) deutlich erhöht worden. Die Nettoschadenquote verringerte sich im Geschäftsjahr deutlich auf 64,4 Prozent. Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R. erhöhten sich wachstums- und investitionsbedingt; die Kostenquote stieg auf 29,0 Prozent. Die kombinierte Schaden-/Kostenquote f. e. R. sank dagegen auf 94,7 Prozent, was im Markt sehr günstig ist. Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung für die berechtigten Mietervereine wurde um zusätzliche 500 T€ aus dem Gewinn der Gesellschaft aufgestockt.

Die Kapitalanlage blieb durch die langjährige Phase extrem niedriger Zinsen geprägt. Sie profitierte allerdings durchgängig von der Markterholung im Geschäftsjahr. Das Ergebnis liegt im Vergleich zum Vorjahr um 4,1 Prozent höher. Die vollständige Nettoverzinsung der Kapitalanlagen beträgt 4,8 Prozent.

Das versicherungstechnische Ergebnis hielt sich auf hohem Niveau bei 619 T€. Das Ergebnis aus Kapitalanlagen lag bei 1,8 Mio €. Das sonstige Ergebnis lag durch einen einmaligen außerordentlichen Ertrag deutlich höher als im Vorjahr. Das Ergebnis vor Steuern stieg dadurch auf 1,4 Mio €. Nach Abzug des Steueraufwands verblieb ein Jahresüberschuss von 1,1 Mio €. Daraus wurden 300 T€ den Gewinnrücklagen zugeführt.

Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn in Höhe von 835 T€ bis auf einen geringen Gewinnvortrag an die Aktionäre weiterzugeben. Die Standarddividende soll auf 40 € je Aktie angehoben werden. Zusätzlich soll eine Bonusdividende von ebenfalls 40 € je Aktie gezahlt werden. Die Dividende beträgt damit insgesamt 80 € je Aktie. Wenn die Hauptversammlung dem Vorschlag zur Gewinnverwendung zustimmt, schüttet die Gesellschaft 1,9 Mio € als Summe von Dividende und Beitragsrückerstattung aus.

Die DMB Rechtsschutz zeigt seit ihrer Gründung gesellschaftliches Engagement und strebt Nachhaltigkeit an. Der Erfolg der Gesellschaft beruht ganz wesentlich auf dem Wissen und Engagement der Mitarbeiter. Als Arbeitgeber sorgt die DMB Rechtsschutz für ein attraktives Arbeitsumfeld und regelmäßige Weiterbildung. Der Gesellschaft ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie genauso wichtig wie die Gesundheit der Mitarbeiter.

Als Gründungsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Versicherungsmakler setzt sich die DMB Rechtsschutz für den Berufsstand des kundenorientierten Maklers ein.

Die DMB Rechtsschutz will nicht nur Unternehmensgewinne erwirtschaften, sondern übernimmt Verantwortung für die Gesellschaft, in der wir leben. Die DMB Rechtsschutz engagiert sich sozial und ökologisch auch außerhalb des Versicherungsgeschäfts. Umweltschutz nimmt das Unternehmen sehr ernst. Bereits seit 2010 ist die DMB Rechtsschutz klimaschutz zertifiziert. Das Thema Nachhaltigkeit ist fest in Geschäftsstrategie und Unternehmenskultur verankert. Beispielsweise werden im Rahmen von Investitionsentscheidungen ESG-Kriterien beachtet und Investitionen in erneuerbare Energien und Infrastruktur getätigt. Die Gesellschaft versucht, die vielfältigen Interessen, die sich daraus ergeben, bestmöglich in Einklang zu bringen.

Grundlagen der Gesellschaft

Die DMB Rechtsschutz ist konzernunabhängig. Die Gesellschaft versteht sich als verbraucher-naher Rechtsschutz-Spezialist und will ihre Kunden schnell, kompetent und umfassend beraten. Besonderen Stellenwert haben guter Service und ein attraktives Verhältnis von Preis und Leistung. Automatisierung und Digitalisierung sowie die intelligente Vernetzung mit den Vertriebspartnern erleichtern die effiziente Bearbeitung der Geschäftsprozesse und den modernen Maklerservice. Im Zuge der rasanten Umbrüche im Versicherungsmarkt stellen diese Merkmale essenzielle Werte dar.

Geschäftsfelder

Ein zentrales Geschäftsfeld der DMB Rechtsschutz ist der **Miet-Rechtsschutz**, der in Form von **Gruppenverträgen** angeboten wird. 47 Prozent der Vereine und 57 Prozent der Mitglieder, die in Mietervereinen des Deutschen Mieterbundes (DMB) organisiert sind, haben eine Gruppenversicherung beider DMB Rechtsschutz. Seit Gründung der Gesellschaft 1982 durch den Deutschen Mieterbund ist es das Ziel, die Marktführerschaft in diesem Segment auszubauen. Neben dem obligatorischen Vertrag, der immer alle Mitglieder eines Mietervereins umfasst, wird ein fakultatives Vertragsmodell angeboten. Dieses sieht vor, alle Neu-Mitglieder des Vereins in die Gruppenversicherung einzuschließen; Alt-Mitglieder erhalten ein entsprechendes Angebot.

Ein wesentliches Element der obligatorischen Gruppenversicherungsverträge ist das System der Beitragsrückerstattung. Ein guter Schadenverlauf wird in Form einer Beitragsrückerstattung – abgestuft nach Leistungsquote – honoriert. Die davon ausgehende Steuerungswirkung wird dadurch verstärkt, dass aus dem Gewinn der Gesellschaft zusätzliche Beträge für die Beitragsrückerstattung bereitgestellt werden können.

Das zweite wichtige Geschäftsfeld der Gesellschaft ist der **Privat-, Gewerbe- und Landwirtschafts-Rechtsschutz**. Die DMB Rechtsschutz bietet hier die rechtliche Absicherung aller wesentlichen Risiken und setzt dabei konsequent auf günstige und leistungsstarke Produkte, hervorragenden Service, einen mehrschichtigen Vertriebsansatz sowie innovatives Marketing. Der zentrale Vertriebsweg für dieses Geschäftsfeld sind die unabhängigen Vermittler. Als besonders wichtig stellte sich im Geschäftsjahr der seit Eintritt in den Maklermarkt verfolgte Weg der hybriden Vertriebsbetreuung mit digitalen Services und persönlicher Ansprache heraus. Der Maklervertrieb hat aufgrund der erhöhten Anforderungen und gestiegenen Bedürfnisse beratungsaffiner Kunden auch zukünftig große Bedeutung. Unsere Vertriebspartner haben mit der konzernunabhängigen DMB Rechtsschutz die Sicherheit, dass Interessenkonflikte mit anderen Versicherungsparten ausgeschlossen sind.

Für die spezifischen Anforderungen bei Internetabschlüssen wurde eine eigenständige Produktlinie entwickelt. Der digitale Vertrieb erfolgt auch über die Website der Gesellschaft.

Effiziente Geschäftsprozesse und Digitalisierung

Verbesserungen im Prozessmanagement sowie der Ausbau der Serviceorientierung werden durch die **Automatisierung** und **Digitalisierung der Geschäftsprozesse** angestrebt: die intelligente Vernetzung mit den Vertriebspartnern und die Dunkelverarbeitung bei den Antrags- und Vertragsprozessen sowie

bei der Schadenregulierung. Die DMB Rechtsschutz investiert kontinuierlich in digitale Angebote. Das Maklerportal beschleunigt die effiziente Bearbeitung der Geschäftsprozesse und den modernen Maklerservice. Der Einsatz von Standards bei Schnittstellen und Geschäftsprozessen wird sukzessive ausgebaut.

Um die Unternehmensstrategie langfristig abzusichern, sind IT-Systeme nötig, die Produkte und Geschäftsprozesse effizient unterstützen. Anfang 2021 wurde das Bestandsführungssystem msg.PIA erfolgreich eingeführt. Damit erschließt sich die Gesellschaft die Vorteile, die mit einer konfigurierbaren und für wenige Teilbereiche weiterentwickelten Standardsoftware einhergehen. So werden auch in Zukunft die notwendige Flexibilität für Produktgestaltung und Vertrieb sowie das schnelle Reagieren auf Markterfordernisse sichergestellt.

Aktionärsstruktur

Die Beteiligungsverhältnisse der DMB Rechtsschutz sind klar strukturiert. Sie liegen zu 100 Prozent innerhalb des Deutschen Mieterbundes. Die größten Anteilseigner sind der Deutsche Mieterbund e.V. mit 16,6 Prozent und die DMB Verlagsgesellschaft mit 10 Prozent sowie die Mietervereine Berlin, Hamburg, Köln und München mit Aktienanteilen zwischen 12,5 und 4,5 Prozent.

Wirtschaftsbericht

Allgemeine Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Entwicklungen

Die wirtschaftliche Entwicklung schwankte im Geschäftsjahr zwischen starker Erholung und anhaltenden Rückschlägen aufgrund der Corona-Pandemie. Nach der kräftigen Erholung verlor der Aufschwung zum Jahresende deutlich an Schwung. Angebotsengpässe, explodierende Kosten für Energie und Rohstoffe, Virusmutationen und der erneute Anstieg der Corona-Infektionen trübten das konjunkturelle Bild ein.

Die **Weltwirtschaft** konnte sich 2021 mit einem Wachstum von 5,9 Prozent (i. V. –3,1) deutlich erholen. Die Wirtschaftsleistung in den **USA** stieg 2021 um bemerkenswerte 6,0 Prozent (i. V. –3,4). **China** blieb ebenfalls auf einem klaren Wachstumspfad. Seine Wirtschaft konnte um 8,1 Prozent (i. V. 2,3) zulegen. Die Wirtschaftsleistung im **Euro-Raum** erhöhte sich um 4,6 Prozent (i. V. –6,5). In Ländern wie Frankreich, Italien oder Spanien, in denen die Wirtschaftsleistung 2020 überproportional geschrumpft war, kam es 2021 zu höheren Zuwachsraten. In **Deutschland** fiel das Bruttoinlandsprodukt (BIP) vor allem aufgrund der angebotsseitigen Engpässe mit einem Zuwachs von 2,7 Prozent (i. V. –4,6) signifikant niedriger als vorhergesagt aus. Stützend wirkte der staatliche Konsum.

Das globale Wachstum litt durch anhaltende Lieferkettenprobleme. Durch leere Warenlager konnte die Produktion vielfach nicht wie gewünscht hochgefahren werden. Hinzu kam eine extreme Verteuerung der Rohstoffe. Vor allem in Deutschland hat sich der Materialmangel als ernsthaftes konjunkturelles Risiko herausgestellt. Aber auch die Probleme der EU, fertige Handelsabkommen zu ratifizieren, ließen Europa im Wettbewerb mit China immer weiter zurückfallen.

Corona-bedingt stieg die **Arbeitslosenquote** in Deutschland im letzten Jahr auf 5,9 Prozent. 2021 konnte der Anstieg gebremst und teilweise wieder rückgängig gemacht werden. Die Arbeitslosenquote fiel auf 5,7 Prozent. In der Euro-Zone ging die Arbeitslosenquote im Jahresverlauf sukzessive zurück. Zum Jahresende lag sie bei 7,1 Prozent (i. V. 8,3).

Die **Geldpolitik** in den USA und im Euro-Raum hatte 2020 kurz nach dem Auftreten der Pandemie umfassend reagiert, um die Finanzmärkte zu stabilisieren und ein Übergreifen der realwirtschaftlichen Krise auf das Finanzsystem zu verhindern. Die geldpolitischen Lockerungen bestanden 2021 fort. Die Bilanzsummen der Notenbanken blieben dadurch auf ihrem hohen Niveau. Die aufkeimende Inflation löste allerdings im 2. Halbjahr eine Debatte um eine Kursverschärfung der Geldpolitik aus. Die Fed deutete ein beschleunigtes Tapering, also den sukzessiven Rückbau der extrem expansiven geldpolitischen Maßnahmen und Zinssteigerungen an. Die EZB hielt an ihrer Einschätzung fest, dass die Inflation nur temporär sei und verfolgte ihre ultraexpansive Geldpolitik weiter, Änderungen wurden nicht angedacht.

Die weltweite **Verschuldung** war durch die immensen Hilfspakete im Zuge der Corona-Pandemie im letzten Jahr stark gewachsen. 2021 ist die weltweite Verschuldung dagegen nur geringfügig gestiegen; in Relation zum weltweiten BIP lag sie bei etwa 97 Prozent. Mehr als 90 Prozent davon entfallen auf die fortgeschrittenen Volkswirtschaften und China. In der Euro-Zone erreichte die Staatsverschuldung 98,3 Prozent des BIP. In Deutschland belief sich die Staatsverschuldung auf 70 Prozent des BIP. Zum Teil weit über 100 Prozent lag die Quote in Griechenland, Belgien, Spanien, Italien, Frankreich und Zypern. Die wirtschaftlichen Ungleichgewichte kommen auch in den Forderungen der Bundesbank im Zahlungsverkehr des Euro-Raums (Target-Saldo) über 1 Bio € zum Ausdruck.

Inflation war eines der großen Themen im 2. Halbjahr. Lag über viele Jahre die Inflationsrate niedrig und unter der von der EZB als wünschenswert ausgegebenen Quote von 2 Prozent, so nahm die Inflationsdynamik im Jahresverlauf 2021 durch stark gestiegene Preise bei Energie und Rohstoffen sowie Lieferengpässe in der Industrie immer stärker zu. Im Dezember kletterte die Inflationsrate in Deutschland auf 5,3 Prozent, in der Euro-Zone auf 5,7 Prozent und in den USA auf 7,0 Prozent. Im Durchschnitt des Jahres lag sie in Deutschland bei 3,1 Prozent (i. V. 0,5), dem höchsten Wert seit 1993. In der Euro-Zone stieg sie auf 2,6 Prozent (i. V. 0,3) und in den USA auf 4,7 Prozent (i. V. 0,3).

Finanzmärkte

Die **Kapitalmärkte** setzten die Ende 2020 begonnene positive Entwicklung fort. Die Aktienmärkte wurden von den niedrigen Zinsen und dem Mangel an Anlagealternativen massiv angetrieben. Die Entwicklung an den internationalen Anleihemärkten war geprägt vom Verlauf der Corona-Pandemie und deren Begleiterscheinungen. Risk-on-Modus und Risk-off-Modus wechselten sich im Jahresverlauf je nach Entwicklung der Infektionszahlen immer wieder ab.

Trotz aller Widrigkeiten war das Börsenjahr 2021 erfolgreich. Die Pandemie hatte die Finanzmärkte im Griff. Vor allem seit November sorgte die Virusvariante Omikron für reichlich Verunsicherung. Aber auch die rasant gestiegene Inflation und die Andeutung der Fed, in der Geldpolitik schneller umsteuern zu wollen, waren zentrale Themen. Die **Aktienmärkte** zeigten eine grundsätzliche Tendenz nach oben, wobei auch eine Sektorrotation im Jahresverlauf 2021 einsetzte. Technologie- und Medizintitel sowie internetbasierte Geschäftsmodelle standen nicht mehr im Fokus. Quality- und Value-Titel sowie zyklische Bereiche rückten ins Rampenlicht. Der DAX gewann bis zum Jahresende 15,7 Prozent und schloss bei 15.885 Punkten (i. V. 13.719). Der EuroStoxx 50 dagegen legte 20,6 Prozent auf 4.300 Punkte (i. V. 3.572) zu. Die Wall Street eilte von Rekord zu Rekord. Der Dow Jones schloss bei 36.338 Punkten (i. V. 30.409) und gewann damit 20,2 Prozent. Der breitere Index S&P 500 legte um 28,8 Prozent zu und schloss bei

4.766 Punkten (i. V. 3.756). Die Technologiewerte im NASDAQ 100 zeigten mit 28,6 Prozent eine nahezu identische Performance. Der Index schloss bei 16.320 Punkten (i. V. 12.888). Die Märkte in Japan und China dagegen zeigten eine deutlich schwächere Entwicklung.

Die **Niedrigzinsen** und die **negativen Anleiherenditen** blieben den Anlegern in Europa erhalten. In Deutschland lagen die Zinsen zum Jahresende im negativen Bereich, wenngleich zwischenzeitlich die Nulllinie marginal überschritten wurde. Die Verzinsung der 10-jährigen Bundesanleihe betrug zum Jahresende $-0,18$ Prozent (i. V. $-0,57$), die 2-jährige Anleihe lag bei $-0,64$ Prozent (i. V. $-0,71$). In den USA legten die Zinsen dagegen bereits merklich zu. Die 10-jährige US-Staatsanleihe lag am Jahresende bereits bei $1,51$ Prozent (i. V. $0,92$).

Der Euro verlor zum US-Dollar $7,0$ Prozent. Die Gemeinschaftswährung fiel auf $1,13$ US\$ (i. V. $1,23$). Der Goldpreis sank um $3,0$ Prozent auf 1.829 US\$ (i. V. 1.886). An den Rohstoffmärkten gab es 2021 kräftige Preiserhöhungen.

Versicherungswirtschaft

Die deutschen Versicherer kamen im Geschäftsjahr erneut relativ gut durch die Corona-Pandemie. Die Beitragseinnahmen im deutschen Versicherungsmarkt stiegen um $1,1$ Prozent auf $223,4$ Mrd €. In der Lebensversicherung gingen die Beiträge um $1,4$ Prozent auf $101,8$ Mrd zurück. In der Privaten Krankenversicherung ergab sich ein Zuwachs von $5,0$ Prozent auf $45,0$ Mrd €. In der Schaden- und Unfallversicherung konnte ein Wachstum von $2,2$ Prozent auf $76,6$ Mrd € erreicht werden. Für die Kompositversicherer war 2021 das teuerste Jahr der Naturkatastrophen mit einem Schadenvolumen von $12,5$ Mrd €.

In der **Rechtsschutzversicherung** wurde ein Beitragsplus von $4,0$ Prozent (i. V. $3,0$) dank der Beitragsanpassung erreicht, die ab dem 1.10.2020 in ausgewählten Kombinationen Anpassungen von rd. 5 Prozent ermöglichte. Das Beitragsvolumen stieg auf $4,6$ Mrd € (i. V. $4,4$). Der Versicherungsbestand konnte ebenfalls erneut leicht ausgebaut werden. Die Anzahl der Verträge stieg wie im Vorjahr um $1,5$ Prozent auf $23,4$ Mio (i. V. $23,1$).

Das Schadengeschehen war in den letzten Jahren maßgeblich von Massenschadenereignissen wie den Darlehnswiderrufen und dem Diesel-Skandal geprägt. Der Diesel-Skandal entwickelte sich 2021 zum bisher größten Schadenereignis in Rechtsschutz. Marktweit waren bis Ende des Jahres über 380.000 Schadenfälle gemeldet. Der Schadenaufwand der Rechtsschutzversicherer beläuft sich bisher auf $1,2$ Mrd €. Der unter Kostenschutz gestellte Gesamtstreitwert erhöhte sich auf 10 Mrd €.

Zum 1.1.2021 stiegen die Anwaltsgebühren und die Gerichtskosten linear um 10 Prozent. Zusätzlich fallen Mehrkosten u. a. durch strukturelle Änderungen an, Gutachten werden überproportional teurer. Nach Berechnungen des Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV) steigt dadurch der Schadenaufwand um etwa 13 Prozent. Laut GDV führt dies zu einem zusätzlichen Schadenaufwand im Markt von rd. 390 Mio €.

Die Schadenzahlungen erhöhten sich in der Folge marktweit deutlich. Die Geschäftsjahres-Schadenquote verbesserte sich leicht auf 73 Prozent. Die Combined Ratio verbesserte sich im Markt auf 101 Prozent (i. V. $102,6$) geringfügig. Rechtsschutz verharrt damit weiterhin in der versicherungstechnischen Verlustzone.

Veränderungen der Markt- und Wettbewerbsbedingungen

Während der Corona-Pandemie kam es zu Änderungen des Infektionsschutzgesetzes und der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung, um wirksame und koordinierte Maßnahmen zur Vermeidung von Personenkontakten und zur Sicherstellung eines ausreichenden Infektionsschutzes in allen Lebensbereichen, das heißt in Privatleben, Gesellschaft und Arbeitswelt zu erreichen. Dabei wurde insbesondere die Pflicht der Arbeitgeber geregelt, den Mitarbeitern anzubieten, ihre Tätigkeiten in ihrer eigenen Wohnung auszuführen, sofern keine zwingenden betriebsbedingten Gründe entgegenstehen. Außerdem verpflichtete man sie, die Voraussetzungen zum Zutritt zur Arbeitsstätte (3G-Regel) zu kontrollieren sowie Corona-Selbsttests anzubieten.

Im Zusammenhang mit dem Betrugsfall Wirecard, einem früheren DAX-Konzern, wurde das Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz (FISG) verabschiedet. Das FISG verschärft die Qualifikationsanforderungen für den Aufsichtsrat. Ein Mitglied des Aufsichtsrats muss Sachverstand auf dem Gebiet der Rechnungslegung und mindestens ein weiteres Mitglied des Aufsichtsrats muss über Sachverstand auf dem Gebiet der Abschlussprüfung verfügen. Der Aufsichtsrat in Unternehmen von öffentlichem Interesse hat zudem einen Prüfungsausschuss zu bilden. Neben der Auswahl und Unabhängigkeit der Abschlussprüfer muss sich der Prüfungsausschuss mit der Qualität der Abschlussprüfer befassen. Der Wirtschaftsprüfer wird in Zukunft von der Hauptversammlung bestimmt und der Abschlussprüfer muss nach zehn Jahren sowie intern bereits alle fünf Jahre rotieren. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses erhalten über den Prüfungsausschussvorsitzenden ein unmittelbares Auskunftsrecht gegenüber den Leitern der Zentralbereiche des Unternehmens, die für die Kontroll- und Überwachungsaufgaben im Unternehmen zuständig sind. Zudem wird für börsennotierte Aktiengesellschaften die gesetzliche Pflicht zur Errichtung eines angemessenen und wirksamen internen Kontrollsystems (IKS) sowie eines entsprechenden Risikomanagementsystems (RMS) geregelt, was die DMB Rechtsschutz bereits vor Jahren umgesetzt hat.

Die Entwicklungen im Bereich Sustainable Finance verfolgt die DMB Rechtsschutz intensiv, ebenso die Taxonomieverordnung. Die **Taxonomieverordnung** legt die Grundlage für eine Klassifizierung von Investments im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit. Sie ist ein wichtiger Baustein des European Green Deal, mit dem die Staatengemeinschaft bis 2050 klimaneutral werden will. Sie soll Kapitalflüsse in ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten lenken. Erste Anforderungen der EU-Taxonomie gelten seit dem 1.1.2022. Als Regelwerk der EU definiert sie, ob Unternehmen ökologisch wirtschaften. Damit wird Nachhaltigkeit zu einem Kriterium des Risikomanagements in der Finanzwirtschaft. Die Taxonomieverordnung greift allerdings nicht für Produkte in der Sparte Rechtsschutz.

Der europäische Gesetzgeber hat sich entschlossen, die Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation (sog. E-Privacy-Richtlinie) durch eine **E-Privacy-Verordnung** zu ersetzen. Nachdem der deutsche Gesetzgeber zuletzt mit einer Novelle des Telekommunikationsgesetzes (TKG) und dem **Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetz** (TTDSG) zum 1.12.2021 noch die europäischen Vorgaben aus der E-Privacy-Richtlinie in deutsches Recht umsetzte, wird die künftige E-Privacy-Verordnung unmittelbar in den Mitgliedsstaaten gelten. Im Geschäftsjahr konnten sich die Mitgliedsstaaten nach langjährigen Verhandlungen auf eine gemeinsame Position einigen. Jedoch liegen die Positionen von Rat und Parlament noch sehr weit auseinander, sodass 2021 nur kleine Fortschritte bei Detailregelungen erzielt werden konnten. Mit einer endgültigen Einigung zu den wichtigsten Vorschriften und mit einer Verabschiedung ist deshalb frühestens im Laufe des Jahres 2022 zu rechnen.

Das Betriebsrätemodernisierungsgesetz ist im Juni 2021 in Kraft getreten und enthält wichtige Neuerungen für die Betriebsratswahlen. Das Gesetz erleichtert die Gründung von Betriebsräten und stärkt den Schutz der hieran beteiligten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Es stärkt die Mitbestimmungsrechte beim Einsatz künstlicher Intelligenz und bei der Ausgestaltung mobiler Arbeit in den Betrieben und erleichtert die Arbeit der Betriebsräte.

Das **Gesetz zur Förderung verbrauchergerechter Angebote im Rechtsdienstleistungsmarkt** legt einen verengten Fokus auf die Anwaltschaft und auf Inkassodienstleister. Es führt zu einer Ungleichbehandlung der Rechtsschutzversicherer. Denn Inkassodienstleister und nun auch Anwälte treten mit Erfolgshonorarmodellen neben und in Wettbewerb zur Kostentragung durch die Rechtsschutzversicherer. Gleichzeitig bleibt es diesen verwehrt, ihre Geschäftsmodelle in den Bereich der Rechtsdienstleistungen auszuweiten. Rechtsschutzversicherern bleibt somit nur der Weg, weitergehende Legal Services über Kooperationen und White-Label-Lösungen anzubieten.*)

Mit dem **Kostenrechtsänderungsgesetz** (KostRÄG 2021) wurden die gesetzlichen Anwalts-, Gerichts- und Sachverständigenkosten spürbar um etwa 13 Prozent im Durchschnitt angehoben. Die Rechtsverfolgungskosten sind eine elementare Hürde für den **Zugang zum Recht**. Die Prämien der Rechtsschutzversicherung werden durch die Steigerungen des RVG weiter in die Höhe getrieben. Zwangsläufig kommt es auch bei rechtsschutzversicherten Verbrauchern zu einer spürbar höheren Belastung.

Einzelne Anwaltskanzleien spezialisierten sich in den letzten Jahren auf bestimmte Rechtsprobleme und betreiben im Fernabsatz aktive Mandantenakquise. Oftmals bauen diese Geschäftsmodelle auf das Bestehen einer Rechtsschutzversicherung. Diese industrielle Mandatsbearbeitung durch Onlinekanzleien stellt die Rechtsschutzversicherer vor große Herausforderungen. Hier werden Mandate bundesweit in großer Anzahl akquiriert und aufgrund gleichförmiger Sachverhalte repetitiv, standardisiert und automatisiert ohne individuelle Beratung und persönlichen Kontakt zum Mandanten abgewickelt. Im neuen anwaltlichen Gebührenrecht wurde diese Entwicklung weder aufwandsgerecht bewertet noch gebührenmindernd berücksichtigt.*)

Geschäftsverlauf

Beitrag, Bestand, Neugeschäft

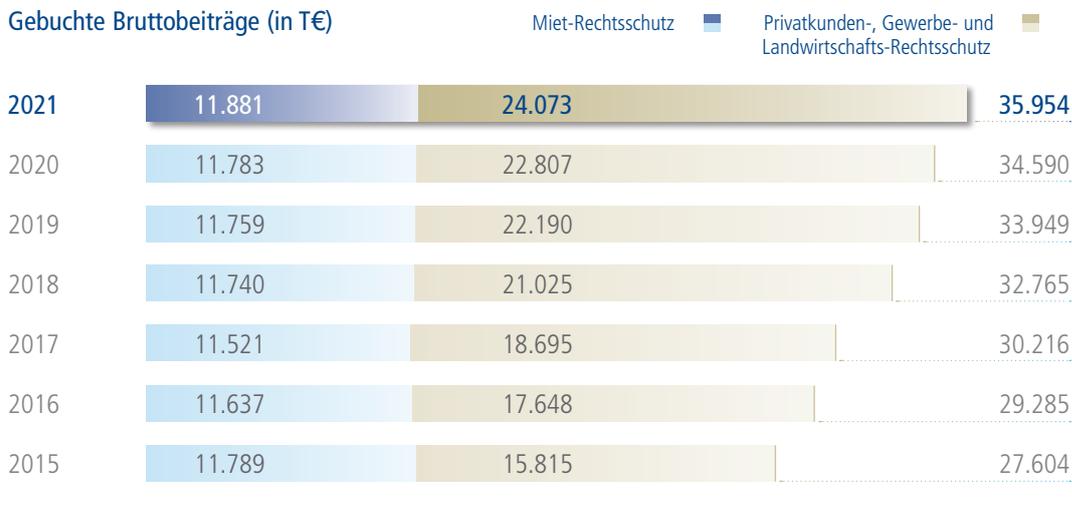
Die **Beitragseinnahmen** der DMB Rechtsschutz entwickelten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr wiederum erfreulich und erreichten knapp 36 Mio €. Das Wachstum beläuft sich auf 3,9 Prozent.

Im **Miet-Rechtsschutz** blieben die gebuchten Bruttobeiträge mit 11,9 Mio € nahezu konstant. Die Anzahl der Gruppenverträge sank von 134 auf 132 aufgrund der Auflösung zweier Mietervereine. Die Anzahl der versicherten Mitglieder sank geringfügig auf 690.392 (i. V. 690.955).

Die Beitragseinnahmen im **Privat-, Gewerbe- und Landwirtschafts-Rechtsschutz** erhöhten sich zusammen um 5,5 Prozent auf 24,1 Mio € (i. V. 22,8). Im Rechtsschutz für Privatkunden wurde ein Wachstum von 5,5 Prozent erzielt. Die gebuchten Bruttobeiträge stiegen auf 21,0 Mio € (i. V. 19,9). Der Zuwachs im Gewerbe-Rechtsschutz betrug 4,9 Prozent, womit sich die Beiträge auf 2,5 Mio € (i. V. 2,4) erhöhten. Im Landwirtschafts-Rechtsschutz nahm das Geschäft um 12,0 Prozent auf Beitragseinnahmen von 607 T€ zu.

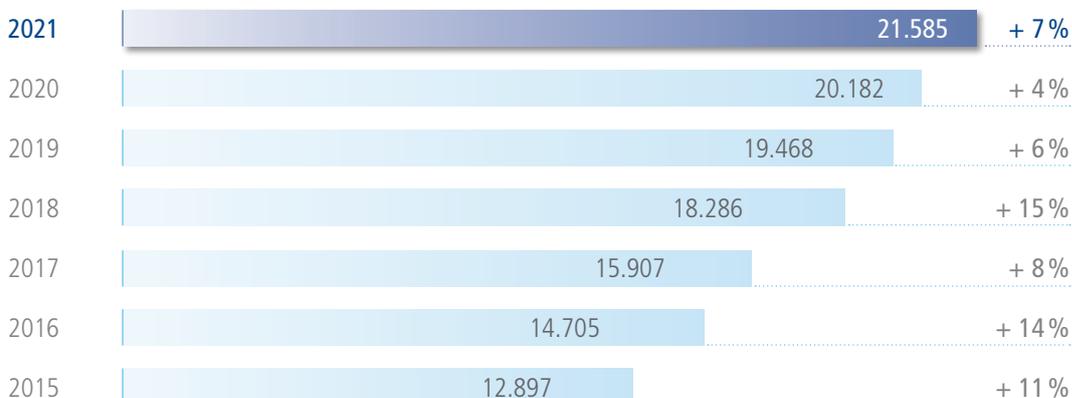
*) Der Abschlussprüfer hat diesen Absatz nicht geprüft, da er „lageberichts-fremde Angaben“ enthält. Dennoch wurde er in den Lagebericht eingefügt, da er aus Sicht der Gesellschaft für das Verständnis wesentlich ist.

Gebuchte Bruttobeiträge (in T€)



Erneut ganz entscheidend für das Beitragswachstum war wie in den Vorjahren das **Maklergeschäft**. Die Beitragseinnahmen konnten hier um 6,9 Prozent und somit höher als im Markt gesteigert werden. Das Beitragsvolumen im Vertrieb über unabhängige Vermittler beträgt inzwischen 21,6 Mio € (i. V. 20,2).

Gebuchte Beiträge Maklergeschäft (in T€)



Das Bedürfnis nach Schutz durch eine Rechtsschutzversicherung blieb durch die Corona-Krise hoch. Bedingt durch die Pandemie hielt die Nachfrage nach juristischer Beratung insbesondere für die Bereiche Arbeits- und Vertragsrecht an. Das Neugeschäft stieg deutlich, im Vergleich zum Vorjahr um 23 Prozent. Der Neugeschäftsbeitrag belief sich auf 2,5 Mio € (i. V. 2,0) und erhöhte sich trotz der weiterhin schwierigen Marktbedingungen und unserer strikten Annahmepolitik merklich.

Die **verdienten Beiträge für eigene Rechnung** (f. e. R.) stiegen um 3,3 Prozent und erreichten 33,1 Mio € (i. V. 32,1). Die Veränderung der Beitragsüberträge betrug 341 T€ (i. V. 97) und wird ebenso wie die abgegebenen Beiträge für die Rückversicherung in Höhe von 2,5 Mio € (i. V. 2,4) von den

gebuchten Bruttobeiträgen in Abzug gebracht. Die Selbstbehaltsquote ging leicht auf 92,2 Prozent zurück. Zum Schutz der Bilanz, sowohl hinsichtlich möglicher Großschäden aus einzelnen Policen als auch im Hinblick auf eine Kumulierung des Schadenaufwands, besteht ein Rückversicherungsvertrag mit einem Rückversicherungsunternehmen; dieses ist von S&P Global mit A+ geratet.

Im Privat-, Gewerbe- und Landwirtschafts-Rechtsschutz stieg der **Versicherungsbestand** um 3,6 Prozent auf 133.773 (i. V. 129.148) und übertraf das Marktwachstum von 1,5 Prozent deutlich. Die mittlere Vertragsdauer bewegte sich mit 8 Jahren auf dem Niveau des Vorjahres. Die Stornoquote liegt bei 4,5 Prozent des Bestands und damit erneut merklich unter dem Marktniveau. Die Anzahl der versicherten Risiken insgesamt stieg um 0,5 Prozent auf 824.831 Verträge (i. V. 820.652). Die **BaFin-Beschwerdequote** liegt mit 1,6 (i. V. 0,7) bezogen auf 100.000 Risiken bzw. Verträge über dem Vorjahreswert.

Schaden

Die anhaltende Unsicherheit der Versicherungsnehmer im Zuge der andauernden Corona-Pandemie schlug sich in der intensiven Nutzung der DMB RECHT-Hotline zur telefonischen Rechtsberatung nieder. Diese erwies sich gerade in dieser für viele unserer Kunden schwierigen Situation als besonders wichtig und effizient. Vermehrte Schadenmeldungen gab es nicht.

Corona-bedingter Mehraufwand war im Geschäftsjahr nicht festzustellen. Die im Vorjahr aufgetretenen Schäden zur Betriebsschließungsversicherung werden abgewickelt. Die konzernunabhängige DMB Rechtsschutz steht ihren Geschäftskunden weiterhin in diesen rechtlichen Auseinandersetzungen mit ihren Erstversicherern hilfreich zur Seite. Steigende Aufwendungen durch vermehrte Unternehmensinsolvenzen oder eine deutlich höhere Arbeitslosigkeit blieben aus.

Seit dem 1.1.2021 wurden mit dem Kostenrechtsänderungsgesetz die gesetzlichen Anwalts-, Gerichts- und Sachverständigenkosten spürbar um etwa 13 Prozent im Durchschnitt angehoben. Trotz dieser starken Erhöhung, der hohen Wachstumsraten in den vergangenen Jahren und der anhaltenden Belastung aus der Diesel-Affäre hielt sich die Schadenbelastung der Gesellschaft im Geschäftsjahr in Grenzen. Die Schadenanzahl sank erfreulicherweise erneut. Der Rückgang betrug insgesamt 4,9 Prozent. Im Miet-Rechtsschutz stieg die Zahl der Schäden um 2,1 Prozent, im Privatkundenbereich wurden 8,3 Prozent weniger Schäden gemeldet.

Die reinen Schadenzahlungen stiegen dagegen um 6,0 Prozent oder beinahe 1 Mio €. Im Miet-Rechtsschutz erhöhten sich die Zahlungen um 770 T€ oder 15,4 Prozent. Im Privatkunden-, Gewerbe- und Landwirtschafts-Rechtsschutz zusammen stiegen die Zahlungen um 1,8 Prozent, was im gegenwärtigen Umfeld und im Vergleich zum Bestandsausbau der letzten Jahre als äußerst günstig anzusehen ist. Im Privatkunden-Rechtsschutz legten die Schadenzahlungen um 3,3 Prozent zu, im gewerblichen Bereich war ein Rückgang zu verzeichnen.

Die **Aufwendungen für Versicherungsfälle** f. e. R. beliefen sich für das Gesamtgeschäft auf 21,4 Mio € (i. V. 21,2) und stiegen damit geringfügig um 0,8 Prozent. Bereits im letzten Jahr war die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle vor dem Hintergrund des RVG erhöht worden. Die Nettoschadenquote sank im Geschäftsjahr deutlich auf 64,4 Prozent (i. V. 66,0).

Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer eines Versicherungsfalles von der Meldung bis zum Abschluss des Schadens lag für einen Großteil der Fälle wie in den Vorjahren zwischen zwei und drei Jahren.

Beitragsrückerstattung

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung wurde wie im Vorjahr um zusätzliche 300 T€ aus dem Gewinn der Gesellschaft aufgestockt. Im Geschäftsjahr kam eine weitere zusätzliche ergebnisabhängige Beitragsrückerstattung von 200 T€ hinzu, um die versicherten DMB Mietervereine als Kunden an dem außerordentlichen Ertrag der Gesellschaft teilhaben zu lassen. Insgesamt wurden somit 500 T€ aus dem Gewinn der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt. Mit der vertraglichen Beitragsrückerstattung wurden insgesamt 1,1 Mio € aufgewendet, was einer Steigerung um 43 Prozent entspricht. Die Beitragsrückerstattung kommt den berechtigten DMB Mietervereinen zugute.

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R. stiegen mit dem Beitragswachstum sowie durch Investitionen um 6,7 Prozent auf 10,0 Mio € (i. V. 9,4). Die Kostenquote erhöhte sich brutto geringfügig auf 29,0 Prozent.

Die **kombinierte Schaden-/Kostenquote** f. e. R. (vor Beitragsrückerstattung) sank dagegen auf 94,7 Prozent (i. V. 95,3) und blieb im Markt sehr günstig.

Versicherungstechnisches Ergebnis

Die versicherungstechnische Rechnung schloss mit einem Gewinn von 619 T€ (i. V. 721) erneut stark positiv. Durch die zusätzliche weitere Erhöhung der Beitragsrückerstattung um 200 T€ verringerte sich das versicherungstechnische Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr. Die Umsatzrentabilität ging auf 1,9 Prozent (i. V. 2,3) zurück.

Kapitalanlagen

Der **Bestand der Kapitalanlagen** stieg im Geschäftsjahr um 3,8 Prozent auf 75,0 Mio € (i. V. 72,2).

Die Investitionen in Aktien und Inhaberschuldverschreibungen wurden weiterhin überwiegend im Spezialfonds der Gesellschaft vorgenommen. Den Schwerpunkt der Anlagen bildeten dabei Pfandbriefe sowie Finanz- und Unternehmensanleihen. Die Investition in Aktien folgte einem quantitativ unterlegten Dividendenansatz mit risikobegrenzenden Instrumenten. Die durchgerechnete Aktienquote, gemessen am gesamten Kapitalanlagebestand der Gesellschaft auf Marktwertbasis vor Absicherung, betrug am Jahresende 8,8 Prozent.

Im Direktbestand investierte die Gesellschaft in Inhaberschuldverschreibungen. Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehn befinden sich nicht im Bestand. Die Neuinvestments richteten sich überwiegend auf Unternehmensanleihen, denominated in Euro und US-Dollar. Zur breiten Streuung des Kapitalanlage-Portfolios wurde in Publikumsfonds investiert. Diese hatten zum Jahresende einen Anteil von 11,3 Prozent (i. V. 7,6) am gesamten Kapitalanlagebestand der DMB Rechtsschutz.

Die Investments in alternative Anlagen erfolgten über Alternative Investmentfonds (AIF). Bis zum Jahresende wurden 10,7 Mio € eingezahlt. Gezeichnet ist insgesamt ein Volumen von 18 Mio €. Die alternativen Anlagen umfassen erneuerbare Energien, Infrastruktur, Private Equity und private Unternehmensfinanzierungen.

Der Anteil an Immobilien betrug 1,6 Prozent (i. V. 1,7), gemessen am Buchwert. Bei der Immobilie handelt es sich ausschließlich um das Verwaltungsgebäude der Gesellschaft in Köln. Anlagen in Beteiligungen und Hypotheken lagen nicht vor. Im Berichtsjahr wurden im Direktbestand keine Geschäfte mit freistehenden derivativen Finanzinstrumenten oder mehrfach strukturierten Produkten getätigt.

Das laufende Ergebnis aus Kapitalanlagen blieb durch die langjährige Phase extrem niedriger Zinsen stark negativ beeinflusst. Die Kapitalanlagen profitierten dagegen durchgängig von der starken Erholung der Finanzmärkte im Geschäftsjahr.

Das **Ergebnis aus Kapitalanlagen** betrug 1,8 Mio € (i. V. 1,7) und liegt im Vergleich zum Vorjahr 4,1 Prozent höher.

Die Erträge aus Kapitalanlagen summieren sich auf 1,9 Mio € (i. V. 2,3) und liegen 17,1 Prozent unter dem Vorjahr. Die Ursache für diesen Rückgang ist die geringere Ausschüttung aus dem Spezialfonds der Gesellschaft. Die Erträge aus anderen Kapitalanlagen verringerten sich dadurch um über 400 T€ auf 1.752 T€. Als Gewinn aus dem Abgang von Kapitalanlagen wurden 72 T€ (i. V. 116) erzielt. Zuschreibungen erhöhten das Ergebnis im Geschäftsjahr um 96 T€ (i. V. 30).

Den Erträgen standen Aufwendungen für Kapitalanlagen in Höhe von 167 T€ (i. V. 632) gegenüber. Die Abschreibungen auf Wertpapiere waren mit 26 T€ deutlich geringer als im Vorjahr mit 432 T€.

Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen stieg geringfügig auf 2,4 Prozent (i. V. 2,3). Im Durchschnitt der letzten drei Jahre betrug sie 2,7 Prozent (i. V. 2,5). Die **Bewertungsreserven** in den Kapitalanlagen erhöhten sich merklich um 1,8 Mio €. Sie betragen zum Bilanzstichtag 8,1 Mio € (i. V. 6,3). Bezogen auf den gesamten Kapitalanlagebestand waren dies 10,9 Prozent (i. V. 8,8). Die vollständige Nettoverzinsung bzw. die **Performance** der Kapitalanlagen, d. h. inklusive der Veränderung der Bewertungsreserven, belief sich auf 4,8 Prozent.

Ausgewählte Inhaberschuldverschreibungen wurden weiterhin gemäß § 341b Abs. 2 Halbsätze 2 und 3 HGB dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen und somit als Anlagevermögen klassifiziert. Aufgrund der buy-and-hold-Strategie erfolgt die Einlösung der Rentenpapiere bei Endfälligkeit zum Nominalwert. Zudem sind der Spezialfonds der Gesellschaft und sämtliche Fonds für alternative Anlagen aufgrund der vorgesehenen Zeitdauer der Anlagen dem Anlagevermögen zugeführt. Entsprechend dieser Zuordnung wurden diese Assets nicht nach den für das Umlaufvermögen, sondern den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet, also nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Als stille Lasten weist die Gesellschaft 342 T€ (i. V. 539) aus.

Sonstiges Ergebnis

Das sonstige Ergebnis als Saldo der Erträge und Aufwendungen betrug –935 T€ (i. V. –1.788) und fiel damit um 853 T€ besser aus als im Vorjahr. Im Geschäftsjahr verbuchte die Gesellschaft einen markanten einmaligen außerordentlichen Ertrag. Eine langwierige rechtliche Auseinandersetzung mit einem Dienstleister wurde im Geschäftsjahr mit einer erheblichen Rückzahlung beendet. Die sonstigen Erträge beliefen sich daher insgesamt auf 2,7 Mio €. Dem gegenüber standen ebenfalls erhöhte sonstige Aufwendungen von 3,7 Mio € (i. V. 2,0) für bereits abgeschlossene Vorhaben und für zukünftige Investitionen.

Gesamtergebnis

Das Gesamtergebnis ist im Geschäftsjahr durch den genannten außerordentlichen Ertrag positiv beeinflusst. Aus der Summe des Ergebnisses aus Kapitalanlagen, des sonstigen Ergebnisses und des versicherungstechnischen Gewinns erhält man das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit in Höhe von 1.438 T€

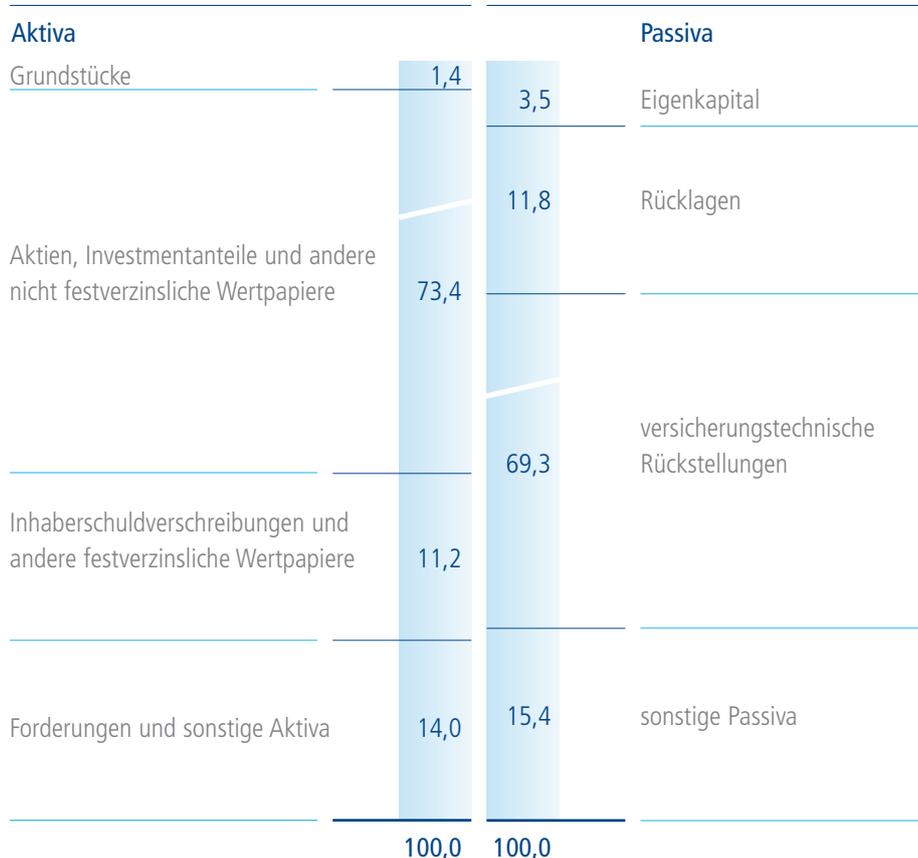
(i. V. 618). Nach Abzug der Steuern von 333 T€ (i. V. 371) verblieb ein **Jahresüberschuss** von 1.106 T€ (i. V. 247). Vorstand und Aufsichtsrat haben beschlossen, aus dem Jahresüberschuss 300 T€ in die Gewinnrücklagen einzustellen und damit das Eigenkapital der Gesellschaft zu stärken.

Einschließlich des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr in Höhe von 29 T€ erzielte die DMB Rechtsschutz einen Bilanzgewinn von 835 T€ (i. V. 329). Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn vollständig bis auf einen geringen Gewinnvortrag von 35 T€ an die Aktionäre weiterzugeben. Die Standarddividende soll auf 40 € je Aktie steigen. Zusätzlich soll eine Bonusdividende ebenfalls von 40 € je Aktie gezahlt werden. Insgesamt beträgt der Dividendenvorschlag damit 80 € je Aktie.

Wenn die Hauptversammlung dem Vorschlag zur Gewinnverwendung zustimmt, schüttet die Gesellschaft 1,9 Mio € als Summe von Dividende und Beitragsrückerstattung aus.

Im Vergleich zur Planung ergab sich ein etwas geringeres Wachstum aufgrund der annähernd gleichbleibenden Beiträge im Miet-Rechtsschutz. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle lagen trotz der fortgesetzten Corona-Pandemie niedriger als in der Prognose. In Summe liegt der versicherungstechnische Gewinn trotz der weiteren zusätzlichen Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung auf dem prognostizierten Niveau. Das Ergebnis aus Kapitalanlagen liegt etwas niedriger als geplant; die geringeren Aufwendungen kompensierten den Verzicht auf Ausschüttung aus dem Spezialfonds nicht vollständig. Jahresüberschuss, Bilanzgewinn und Dividende fielen durch den außerordentlichen Ertrag merklich höher aus als in der Prognose.

Bilanzstruktur 2021 (in %)



Investitionen

Die dynamische Entwicklung des Versicherungsmarktes führt zu einer Vielzahl neuer Anforderungen. Kunden und Vertriebspartner nutzen immer häufiger digitale Kommunikationswege. Darauf stellt sich die DMB Rechtsschutz ein und investiert kontinuierlich in **digitale Angebote** wie ihre Website und ihr Maklerportal sowie zahlreiche weitere Verkaufs- und Vertriebshilfen.

Die Gesellschaft erneuerte vollständig ihre versicherungsbezogenen Anwendungssysteme. Das Bestandsführungssystem msg.PIA des Anbieters msg systems wurde Anfang 2021 erfolgreich implementiert, weitere Arbeiten waren vor dem Jahresende abgeschlossen. Alle angeschlossenen Systeme wurden über Schnittstellen eingebunden. Im Rahmen dieses Großprojektes kam es zur Aktivierung immaterieller Vermögensgegenstände. Zum Jahresende werden 4,1 Mio € (i. V. 3,8) ausgewiesen.

Mitarbeiter

Zum Jahresende waren 62 (i. V. 56) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angestellt. Im Durchschnitt hatte die Gesellschaft während des Geschäftsjahres 60 (i. V. 57) Beschäftigte, davon 9 Teilzeitkräfte. Das durchschnittliche Alter der Belegschaft lag bei 47,1 Jahren (i. V. 47,8). Die mittlere Betriebszugehörigkeit sank auf 9,6 Jahre (i. V. 10,5). Der Anteil der Hochschulabsolventen betrug 55 Prozent (i. V. 53).

Erklärung nach § 289 f HGB^{*)}

Frauen haben im Unternehmen einen hohen Stellenwert. Im Rahmen der Grundlagen zur Unternehmensführung wurden Zielgrößen für den Frauenanteil im Aufsichtsrat, im Vorstand und auf Führungsebene definiert. In der nachstehenden Tabelle sind die festgelegten Zielgrößen und die Fristen für deren Erreichung nach § 289 f Abs. 4 HGB angegeben.

| Gremium | Fristzeitraum | Festgelegte Zielgröße | |
|------------------|----------------------------|-----------------------|--------------------------------------|
| Aufsichtsrat | 1.1.2021 bis 31.12.2025 | 33 % | Gemäß Beschluss des Aufsichtsrats |
| Vorstand | 1.1.2021 bis 31.12.2025 | 50 % | Gemäß Beschluss des Aufsichtsrats |
| 1. Führungsebene | 1.1.2021 bis 31.12.2025 | 30 % | Gemäß Beschluss des Vorstands |

Unternehmensorganisation in der Corona-Pandemie

Die Gesellschaft reagierte 2020 schnell auf die Corona-Pandemie. Auch im Geschäftsjahr richteten sich alle Maßnahmen auf den Gesundheitsschutz und die Verringerung des Infektionsrisikos innerhalb der Belegschaft sowie die Sicherung der dauerhaften Betriebsbereitschaft des Unternehmens. Coronage-rechte Verhaltensregeln wurden eingeführt und der Zugang zur Hauptverwaltung wurde beschränkt. Für das krisenbedingte Home-Office wurden mobile Arbeitsplätze eingerichtet, die Telefonanlage wurde erneuert und entsprechend eingerichtet. Mobiles Arbeiten ist als rollierendes System organisiert. Für die weiter in der Hauptverwaltung tätigen Mitarbeiter wurden die einschlägigen Maßnahmen zum Gesundheitsschutz ergriffen.

^{*)} Der Abschlussprüfer hat diesen Abschnitt nicht geprüft, da er „lageberichtsfremde Angaben“ enthält. Dennoch wurde er in den Lagebericht eingefügt, da er aus Sicht der Gesellschaft wichtige Informationen enthält.

Risikobericht

Die DMB Rechtsschutz erfüllt die aufsichtsrechtlichen Regelungen nach **Solvency II**. Die Gesellschaft folgt dabei konsequent den Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation (MaGo) und das Risikomanagement für Versicherungsunternehmen, dem Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) sowie den Vorgaben der EU und der EIOPA (European Insurance and Occupational Pensions Authority). Im Rahmen dieser Anforderungen werden auch die neuen Vorgaben für die IT (VAIT) beachtet. Geschäftsumfang und Unternehmensgröße sind dabei berücksichtigt. Die dauerhafte Erfüllbarkeit der eingegangenen Verpflichtungen steht im Vordergrund.

Grundlagen und Ziele des Risikomanagements

Ziel unseres **Risikomanagements** ist es, gefährliche Entwicklungen und wesentliche Risiken frühzeitig zu erkennen, um angemessene Gegenmaßnahmen einzuleiten. Die Identifikation, Messung, Analyse und Bewertung von Risiken sind wesentliche Instrumente der Unternehmenssteuerung. Dabei stehen die Sicherung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie das Erkennen von Entwicklungen im Mittelpunkt, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden.

Der Umgang mit **Risiken** ist für die DMB Rechtsschutz von maßgeblicher Bedeutung. Dies gilt sowohl für Risiken aus den Bereichen Versicherungstechnik und Kapitalanlage als auch für alle anderen Risiken der strategischen und operativen Unternehmensführung. Die gezielte Abwägung von Risiko und Ertrag trägt wesentlich zum langfristigen Unternehmenserfolg bei.

Nachhaltigkeitsaspekte sind in die Geschäfts- und Risikostrategie eingebettet und werden damit bei unternehmerischen Entscheidungen berücksichtigt. Sie sind in die verschiedenen Unternehmensbereiche integriert.

Nachhaltigkeitsrisiken werden als Teilaspekt der im Risikomanagement identifizierten Risikoarten behandelt. Im Wesentlichen umfassen sie Gegebenheiten oder Ereignisse aus den Bereichen **Environment** (Umwelt), **Social** (Soziales) und **Governance** (Unternehmensführung) mit negativen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder die Reputation der Gesellschaft. Sie können in physischer Gestalt, als Veränderungsprozesse oder deren Zusammenwirken auftreten.

Die Bereiche Versicherungstechnik, Kapitalanlage und Operatives spielen für die DMB Rechtsschutz eine wichtige Rolle. Beispielsweise werden bei Entscheidungen im Rahmen der Produktentwicklung sowie der Zeichnung von Risiken und der Kapitalanlage Nachhaltigkeitsaspekte wie Klimaschutz, Ressourcennutzung und Umweltverträglichkeit beachtet.*)

In Übereinstimmung mit Solvency II verfügen wir über ein umfangreiches Kontroll-, Berichts- und Meldewesen.

Das Risikomanagementsystem der Gesellschaft wird regelmäßig von der Revision geprüft, das Risiko-früherkennungssystem auch vom Abschlussprüfer.

*) Der Abschlussprüfer hat diesen Absatz nicht geprüft, da er „lageberichts-fremde Angaben“ enthält. Dennoch wurde er in den Lagebericht eingefügt, da er aus Sicht der Gesellschaft für das Verständnis wesentlich ist.

Organisation des Risikomanagements

Die DMB Rechtsschutz hat gemäß Solvency II die erforderlichen **Schlüsselfunktionen** Compliance, versicherungsmathematische Funktion, interne Revision sowie Risikomanagementfunktion eingerichtet. Zuständig für das Risikomanagement im Vorstand ist Michael Eichhorn.

Die **Risk Governance** wahrt und fördert eine wirksame Risiko- und Kontrollkultur. Umfassende Dokumentationen unterstützen die Mitarbeiter der Risikomanagementorganisation. Im Risikomanagement-Handbuch sind sämtliche Leitlinien und organisatorische Abläufe im Risikomanagement zusammengefasst.

Die zentralen Funktionen des Risikomanagements sind eng miteinander verzahnt. Aufgaben und Berichtswege sind im Sinne der drei „Verteidigungslinien“ des Risikomanagements über Richtlinien und Anweisungen klar definiert. Die erste Verteidigungslinie besteht aus der originären Risikoverantwortung der jeweiligen Fachbereiche. Die zweite Verteidigungslinie, die Schlüsselfunktion Risikomanagement, dient der Steuerung und Überwachung des operativen Managements. Die interne Revision ist als unabhängige Prüfungsinstanz die dritte Verteidigungslinie. Ergänzt wird das Modell durch die versicherungsmathematische Funktion sowie die Compliance-Funktion.

Wesentliche Elemente des Risikomanagementsystems

Das von der DMB Rechtsschutz betriebene Geschäft besteht im Wesentlichen aus der Übernahme von Risiken. In diesem Zusammenhang bildet die **Risikostrategie**, die sich aus der **Geschäftsstrategie** ableitet, die Grundlage des Risikomanagements und legt neben Prozessen und Verantwortlichkeiten die Risikoneigung der Gesellschaft fest. Sollten Konflikte mit Limit- oder Regelsystemen entstehen, wird über den **Risikomanagementkreislauf** sichergestellt, dass nach festgelegten Eskalationsstufen und Entscheidungsprozessen verfahren wird und die Geschäftsinteressen mit den Notwendigkeiten des Risikomanagements in Einklang gebracht werden. Dies garantiert eine stete Weiterentwicklung.

In der **Umsetzung des Risikomanagements** erfolgen Identifikation, Messung, Analyse und Bewertung von Risiken. Daraus leiten sich Berichterstattung, Limitierung und Überwachung der Risiken ab. Die Identifikation erfolgt dabei über geeignete Prozesse und Kennzahlen, ergänzt durch Meinungen und Einschätzungen von Experten.

Zur Berechnung der **Risikotragfähigkeit** unter Solvency II verwendet die DMB Rechtsschutz die **Standardformel** gemäß der delegierten Rechtsverordnung (DVO) der EU. Auf diesem Weg wird das verfügbare Kapital der DMB Rechtsschutz der nach Solvency II definierten Kapitalanforderung (SCR – Solvency Capital Requirement) gegenübergestellt. Hierbei wird die **aufsichtsrechtliche Solvenzbedeckung** dargestellt. Gemäß der ökonomischen Sichtweise der Solvency II-Regelungen werden das verfügbare Kapital und die Kapitalanforderungen auf Basis des Marktwertbilanzierungsansatzes ermittelt.

Über den **unternehmensindividuellen Bewertungsansatz** des **ORSA**-Prozesses (Own Risk and Solvency Assessment) hat in Ergänzung zum Standardansatz die unternehmenseigene Bewertung der Risiken zu erfolgen, die unternehmensindividuelle und geschäftsbezogene Verhältnisse besser abbildet. Dabei wird das verfügbare Kapital der individuell ermittelten Kapitalanforderung (GSB – Gesamtsolvabilitätsbedarf) gegenübergestellt.

Die quantitative Risikosituation der DMB Rechtsschutz wird mit Hilfe des **Risikotragfähigkeitskonzepts** überwacht. Dessen Ausrichtung leitet sich aus der Risikostrategie ab. Sie definiert, ob und in welcher Höhe vorhandenes Kapital zur Bedeckung bestehender Risiken zur Verfügung gestellt wird. Damit wird die zulässige Auslastung des Risikokapitals festgelegt.

Das unmittelbar daran anknüpfende **Limitsystem** stellt die Verbindung der strategischen Vorgaben mit den operativen Kenngrößen her. Diese dienen gleichzeitig als Frühindikatoren, da sie mit differenzierten Schwellenwerten belegt sind.

Zur Gewährleistung der permanenten Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen wird die Entwicklung der Schwellenwerte je Kenngröße regelmäßig überwacht. Für das unterjährige **Monitoring** wurden Ampelsysteme eingerichtet, verbindliche Eskalationsprozesse definiert und mit festgelegten Maßnahmen verknüpft. Der Zusammenhang zwischen den finanziellen Ressourcen und der aktuellen Risikosituation der Gesellschaft wird quartalsweise dem Vorstand berichtet.

Das Limitsystem bietet eine wesentliche Unterstützung bei strategischen Entscheidungen und ist durch seine detaillierte und frühzeitige Beobachtung relevanter Risiken ein elementares Steuerungsinstrument.

Das **interne Kontrollsystem** (IKS) hat über alle Risikokategorien hinweg die operationellen Risiken im Fokus. Die mindestens einmal jährlich vorgenommene Risikoinventur liefert für jede Abteilung eine Risikolandkarte und verknüpft dabei systematische Abläufe mit wesentlichen Risiken. Darauf aufbauend sind regelmäßige Kontrollen in die Geschäftsprozesse integriert.

Die **interne Risikoberichterstattung** informiert den Vorstand regelmäßig und zeitnah über alle wesentlichen Risiken und ihre potenziellen Auswirkungen. Sie besteht insbesondere aus regelmäßigen Risikoberichten zur Gesamtrisikosituation, zum Limitsystem und zur Entwicklung der Risikotragfähigkeit. Ergänzend erfolgen im Bedarfsfall Ad-hoc-Berichte über wesentliche, kurzfristig auftretende oder veränderte Risiken, sodass über diesen Frühwarnmechanismus negative Trends rechtzeitig erkannt und Gegenmaßnahmen ergriffen werden können.

Das Gesamtbild der jeweils aktuellen Risikosituation in qualitativer und quantitativer Hinsicht wird über unsere **externe Berichterstattung** der Öffentlichkeit und den Aufsichtsbehörden dargestellt. Die planmäßige Berichterstattung an die Versicherungsaufsicht erfolgt über das regelmäßige Regular Supervisory Reporting (RSR). Ein wesentlicher Bestandteil davon ist auch die Beschreibung der unternehmens-eigenen Risiko- und Solvenzbeurteilung (ORSA). Der Öffentlichkeit vermittelt der Solvency and Financial Condition Report (SFCR) auf jährlicher Basis die Informationen zur Solvenz- und Finanzlage.

Wesentliche Risiken

Die DMB Rechtsschutz geht im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit bewusst eine Vielzahl von Risiken ein. Diese Risiken werden einzeln gesteuert und dezidiert überwacht, um die damit verbundenen Chancen wahrnehmen zu können. **Risiko** definieren wir als mögliche künftige Entwicklungen oder Ereignisse, die zu einer negativen Prognose- bzw. Zielabweichung für die Gesellschaft führen können. Als „wesentlich“ gelten Risiken, die sich nachhaltig negativ auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der DMB Rechtsschutz auswirken können. Wir stellen nachfolgend die **wesentlichen Risiken** dar. Diese können in den folgenden Risikokategorien entstehen:

Spezifische Risiken aus der Corona-Pandemie

Die Betrachtung der **Risiken im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie** nahm im Geschäftsjahr einen besonderen Stellenwert ein. Daher werden diese vorweg und zusammenfassend dargestellt.

Für das **Versicherungsgeschäft** wurden als Corona-spezifische Risiken identifiziert:

Im Gruppenvertrag Miet-Rechtsschutz bestehen Risiken durch den Beitragsverlust bei Kündigung von Vereinen bzw. Mitgliederaustritten sowie Mitgliederrückgang.

Im Privatkundengeschäft droht Beitragsverlust durch weniger Neugeschäft, versicherungsfreie Zeiten, Kündigungen sowie Schadenfälle im Zusammenhang mit Arbeitsplatzverlust, Kurzarbeit oder Home-Office. Zudem wären Streitfälle im Medizinrecht durch verschobene Behandlungen oder Corona-Impfschäden denkbar.

Für den Geschäftskundenbereich existieren Risiken durch Beitragsverlust wegen niedrigerem Neugeschäft, versicherungsfreien Zeiten, Kündigungen oder Konkurs und durch eine steigende Anzahl der Schadenfälle im Zusammenhang mit Personalreduktion, Schließungen etc. sowie wegen behördlicher Betriebsschließungen mit Verletzung der Berufsfreiheit und Staatshaftungsansprüchen. Zusätzliche Schadenfälle könnten auch in Zukunft wegen der (teilweisen) Eintrittsverweigerung von Kompositversicherern im Rahmen der Betriebsschließungsversicherung entstehen.

Spezifische Corona-Risiken für die **Kapitalanlage** folgen den bekannten Risiken. Vor allem eine hohe Volatilität, weit überdurchschnittliche Marktbewegungen und simultane Verwerfungen in allen Assetklassen fallen dabei allerdings besonders ins Gewicht (Tail Risk). Ein erneuter kompletter Lockdown würde die Gefahr einer Insolvenzelle von Unternehmen und Haushalten verschärfen. Dies hätte für die Banken Kreditausfälle zur Folge, was wiederum negative Auswirkungen auf die Stabilität der Kreditinstitute haben könnte. Für die Kapitalanlage hätte dies vermehrte Turbulenzen auf den Märkten zur Folge. Hinzu kommen die möglichen Zinsbewegungen durch veränderte Politik der Notenbanken aufgrund der Inflation sowie die potenziellen Auswirkungen der enorm gestiegenen Verschuldungen der Staaten und der extrem hohen Bilanzsummen der Notenbanken.

Die mit Corona einhergehenden **operationellen Risiken** betreffen die Ausfallsicherheit des Geschäftsbetriebs sowie den Gesundheitsschutz. Die ergriffenen Maßnahmen umfassen Zugangsbeschränkungen, Verhaltensregeln, Hygienevorschriften sowie vielfältige, ständig weiterentwickelte organisatorische Maßnahmen. Corona-bedingtes Home-Office bzw. mobiles Arbeiten wurde als rollierendes System etabliert.

Strategische Risiken

Die angemessene Umsetzung der strategischen Ziele in der aktuellen Geschäftsplanung wird durch strategische Kontrollen gewährleistet, in die auch Markt- und Wettbewerbsbedingungen sowie aufsichtsrechtliche Anforderungen Eingang finden. Strategische Entscheidungen sowie die Beurteilung der damit zusammenhängenden Risiken werden im Vorstand erörtert.

Zur frühzeitigen Erkennung und Bekämpfung von **Reputationsrisiken** dienen regelmäßige Umfeldanalysen und Checklisten. Über Regelungen wie beispielsweise den Verhaltenskodex im Vertrieb, Zielvereinbarungen sowie regelmäßige Öffentlichkeitsarbeit wird das Reputationsrisiko verringert.

Das Risiko der **Fokussierung** auf das Segment Miet-Rechtsschutz wurde durch die **stringente Ausrichtung auf zwei Geschäftsfelder** minimiert. Neben dem Privatkunden-Rechtsschutz stellen der Gewerbe- und der Landwirtschafts-Rechtsschutz die verbreiterte Basis dar. Im Vertrieb über Makler arbeitet die Gesellschaft darauf hin, einen breiten Mix zu erhalten.

Das Risiko eines zu geringen Beitragsvolumens und damit verbundener relativer Kostennachteile zur Erfüllung der regulatorischen und organisatorischen Anforderungen sowie zur Durchführung von notwendigen Zukunftsinvestitionen wurde durch die Umsetzung der **Wachstumsstrategie** deutlich verringert.

Risiken aus dem Versicherungsgeschäft

Im Wesentlichen unterliegt die Rechtsschutzversicherung dem **Prämienrisiko**, das den Zufallscharakter künftiger Schäden abbildet, und dem **Reserverisiko** aufgrund der ungewissen Höhe zukünftiger Verpflichtungen aus bereits eingetretenen Versicherungsfällen.

Der kalkulatorische Risikoausgleich kann misslingen, wenn zufallsbedingt höhere Schäden eintreten als erwartet oder der durchschnittliche Schadenverlauf irrtümlich unzureichend eingeschätzt wird. Ebenso können die Rechtsanwaltsgebühren und die Gerichtskosten so stark steigen, dass ein Ausgleich dieser Kostensteigerungen zeitgleich über die Beiträge nicht möglich ist. Auch können sich Gesetzgebung bzw. Rechtsprechung oder die soziale und wirtschaftliche Entwicklung so plötzlich ändern, dass eine rechtzeitige Anpassung nicht erfolgen kann.

Tarife werden regelmäßig dahingehend überprüft, inwieweit sich die Annahmen, auf denen unsere **Kalkulation** beruht, nachträglich als überholt erweisen. Weichen die Grundlagen der Tarifierung von den tatsächlichen Ergebnissen ab, können die Beiträge für den Privatkunden-Rechtsschutz, den Gewerbe-Rechtsschutz sowie den Landwirtschafts- und Verkehrs-Rechtsschutz im Rahmen von Beitragsanpassungen auch bei bestehenden Verträgen geändert werden. Auslöser sind Abweichungen zwischen dem kalkulierten und dem erforderlichen Leistungsaufwand, wie sie in der Beitragsanpassungsklausel definiert sind. Für den Miet-Rechtsschutz könnten im Rahmen der Gruppenverträge mit den DMB Mietervereinen neue Vereinbarungen getroffen werden.

Die Gesellschaft beschränkt sich auf Geschäfte mit Privatkunden sowie kleinen und mittleren Geschäftskunden. Das landwirtschaftliche Segment wird ebenfalls mit der nötigen Sorgfalt ausgebaut. **Zeichnungsrichtlinien und -limits** verringern das subjektive Underwriting-Risiko. Hohe gewerbliche Risiken werden nicht gezeichnet. Firmenvertrags-Rechtsschutz und Manager-Rechtsschutz bietet die Gesellschaft nicht an.

Katastrophenrisiken ist die Gesellschaft nicht ausgesetzt.

Durch konsequente **Schadenverhütungsmaßnahmen** versucht die Gesellschaft, den Schadenaufwand zu begrenzen. Unser Schadenmanagement überwacht laufend die Schadenentwicklung. Wir arbeiten mit den Mietervereinen zur Optimierung der außergerichtlichen Erledigung von Streitfällen in deren Rechtsberatung vertrauensvoll zusammen und begrenzen auf diese Weise das Schadenrisiko in unserem Gruppenversicherungsgeschäft.

Über eine sicherheitsorientierte **Rückversicherungspolitik** begrenzen wir die maximale Schadenbelastung sowohl durch größere Schäden aus einzelnen Policen als auch aufgrund von Kumulereignissen bzw. starken Kostenerhöhungen.

Die Schadenquoten sind im Zeitablauf ausgeglichen und im Marktvergleich niedrig. Besondere Sorgfalt wenden wir bei der **Schadenreservierung** an. Wir bestimmen die Reserven für Schäden und Schadenregulierungskosten nach den Grundsätzen versicherungsmathematischer Praxis auf der Basis fundierter Annahmen, Methoden und Bewertungen. Diese Annahmen werden jährlich aktuariell überprüft und aktualisiert. Darüber hinaus gibt die versicherungsmathematische Funktion jährlich eine Beurteilung der Angemessenheit der Methoden und Annahmen zur Bestimmung der versicherungstechnischen Rückstellungen ab. Die aktuariellen Berechnungen zeigen, dass die Vorgehensweise zu ausreichenden Reserven geführt hat. Das Sicherheitsniveau wurde im Geschäftsjahr weiter erhöht.

| | 2021 | 2020 | 2019 | 2018 | 2017 | 2016 | 2015 |
|-------------------------------------|------|------|------|------|------|------|------|
| Schadenquote in % ¹⁾ | 64,4 | 66,0 | 66,8 | 67,6 | 68,3 | 68,1 | 68,3 |
| Abwicklungsquote in % ²⁾ | 3,9 | 3,1 | 2,6 | 4,3 | 7,0 | 10,0 | 14,9 |

¹⁾ Netto-Schadenaufwendungen in % der verdienten Netto-Beiträge

²⁾ Netto-Abwicklungsergebnis in % der Netto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen

Die Forderungsausfallrisiken in der Zusammenarbeit mit Versicherungsvermittlern sind marginal. Sofern in Einzelfällen Inkassovollmachten erteilt sind, werden diese strikt überwacht. Risiken aus Prämienforderungen gegen Versicherungskunden werden durch unser Beitragsinkasso und durch Mahnverfahren minimiert. Zum Bilanzstichtag bestanden 1.665 T€ (i. V. 1.047) ausstehende Forderungen. Davon entfielen auf ausstehende Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern, deren Fälligkeitszeitpunkt am Bilanzstichtag mehr als 90 Tage zurücklag, 811 T€ (i. V. 365).

Zur Risikovorsorge werden **Wertberichtigungen** auf den Forderungsbestand vorgenommen. In den vergangenen drei Jahren wurden durchschnittlich 23,9 Prozent (i. V. 25,3) der zum Bilanzstichtag bestehenden Forderungen wertberichtigt, was einem Anteil von 1,0 Prozent der verdienten Beiträge entspricht. Nach unseren Erfahrungen ist dies ausreichend. Dem Risiko des Ausfalls von Rückversicherern tragen wir durch Bonitätsprüfungen Rechnung. Insgesamt bestehen langfristige Forderungen gegenüber einem Rückversicherer in Höhe von 5 T€; dieser Rückversicherer ist von drei Rating-Agenturen mit jeweils höchsten Bonitätsnoten geratet, z. B. von S&P Global mit AA+.

Risiken aus Kapitalanlagen

Neben den gesetzlichen Normen, aufsichtsrechtlichen Vorschriften und privatrechtlichen Vertragsbedingungen stellt die unternehmensinterne **Leitlinie zur Kapitalanlage** den zentralen Rahmen für die Kapitalanlagetätigkeit dar. Die **Richtlinie zur Kapitalanlage** spezifiziert die Kapitalanlagetätigkeit. Demnach wird in bestimmte Kapitalanlageklassen gemäß dem Anlagekatalog der Gesellschaft grundsätzlich nicht investiert, z. B. direkte Beteiligungen an Private Equity. Im Direktbestand werden keine Investments in freistehende derivative Finanzinstrumente, mehrfach strukturierte Produkte sowie Asset Backed Securities (ABS), Credit Default Swaps (CDS), Credit Linked Notes (CLN) oder Collateralized Debt Obligations (CDO) vorgenommen.

Verschiedene organisatorische Abläufe regeln die **Funktionstrennung** von Handel, Abwicklung, Controlling und Rechnungswesen. Unser Risikomanagement umfasst die Identifikation, Analyse, Bewertung, Steuerung, Dokumentation und Kommunikation der Risiken. Die Überwachung dieser Tätigkeiten erfolgt durch die Revision.

Die regelmäßige Erfassung, Analyse und Bewertung der spezifischen Kapitalanlagerisiken stellt unser Controlling-System sicher. Die fortlaufende Überwachung der Risikosituation und die Einhaltung der Leitlinie zur Kapitalanlage sowie des Anlagekatalogs gewährleisten regelmäßige Reports und das **Kapitalanlagekomitee** der Gesellschaft. In dessen regelmäßigen Sitzungen werden auch die grundsätzlichen Anlageentscheidungen getroffen. Pro Jahr sind sechs Sitzungen vorgesehen; weitere finden bei Bedarf statt.

Das **Marktrisiko** setzt sich aus dem Zins-, Credit-Spread-, Aktien-, Währungs- und dem Immobilienrisiko zusammen. Diese systematischen Risiken werden mittels Stresstests und Risikoszenarien analysiert und überwacht.

Die Quantifizierung der Aktienkurs- und Zinsrisiken erfolgt im Standardmodell von Solvency II sowie durch unternehmensindividuelle Bewertungen. Zusätzlich werden **Szenariorechnungen** erstellt. Ein Beispiel ist der nachfolgend dargestellte DRS 20-Stresstest. Dabei werden die Auswirkungen auf die jeweilige Veränderung des Marktwerts simuliert: Bei den Aktien wird ein Rückgang um 20 Prozent für die börsenkursensiblen Kapitalanlagen angenommen. Bei den festverzinslichen Wertpapieren und Ausleihungen wird eine Verschiebung der Zinsstrukturkurve um 100 Basispunkte (BP) jeweils nach oben und unten für die zinsensitiven Kapitalanlagen unterstellt.

Um den unsicheren Marktgegebenheiten Rechnung zu tragen, wurde der Stresstest nach DRS 20 um einen Rückgang der aktienkursensiblen Anlagen um 35 Prozent und eine Verschiebung der Zinsstrukturkurve um 200 Basispunkte nach oben ergänzt. Die Marktwertveränderung bei Aktienanlagen wird sowohl ohne Absicherungsmaßnahmen als auch mit Absicherung ausgewiesen.

| Auswirkungen auf den Marktwert (in T€) | 2021 | 2020 |
|---|---------|---------|
| Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | | |
| Kursrückgang um 20 % ohne Absicherung | - 1.468 | - 1.323 |
| Kursrückgang um 20 % mit Absicherung | - 1.363 | - 1.014 |
| Kursrückgang um 35 % ohne Absicherung | - 2.569 | - 2.315 |
| Kursrückgang um 35 % mit Absicherung | - 1.746 | - 1.064 |
| Festverzinsliche Wertpapiere und Ausleihungen | | |
| Verschiebung der Zinskurve um - 100 BP | + 3.429 | + 2.225 |
| Verschiebung der Zinskurve um +100 BP | - 2.692 | - 2.143 |
| Verschiebung der Zinskurve um +200 BP | - 5.177 | - 3.571 |

Für den **Spezialfonds der Gesellschaft** wurden eindeutige Anlagegrundsätze festgelegt. Investment Guidelines regeln die Anlagetätigkeit. Der Fonds hat ein klar definiertes Risikobudget: Bei Erreichen der definierten Schwellenwerte greift ein Maßnahmenkatalog, der das weitere Marktrisiko des Fonds sukzessive reduziert. Das Gesamtrisiko des Fonds wird so kontrolliert, um ein bestimmtes Mindestergebnis im Zeitablauf sicherzustellen. Die jeweilige Allokation und die Inanspruchnahme des Risikobudgets werden mittels eines Modells regelmäßig überwacht und den aktuellen Entwicklungen angepasst.

Ein wesentliches Kriterium für die Aktienausswahl ist die Dividendenrendite. Die strategieinhärente langfristige Absicherungsstrategie reduziert größere Risiken. Die genau umschriebene Einsatzmöglichkeit derivativer Finanzinstrumente ermöglicht es dem Fondsmanagement, Wertpapierbestände abzusichern und so das Marktrisiko zu verringern sowie Zusatzerträge zu erzielen. Zur Begrenzung speziell des Aktienkursrisikos finden differenzierte Instrumente Anwendung. Das Marktrisikopotenzial wird strikt überwacht.

Bei vom Spezialfonds indirekt gehaltenen Vermögensgegenständen ist die Beachtung des Grundsatzes der Anlagesicherheit über die Investment Guidelines sichergestellt. Das Managerisiko bleibt weiterhin durch den Einsatz mehrerer Verantwortlicher eingegrenzt.

Die Zinsrisiken werden innerhalb des Spezialfonds durch ein Durationsmanagement gesteuert. Das Zinsänderungsrisiko wird anhand der monatlich ermittelten Kennzahl Modified Duration bewertet und bezogen auf die Ergebnissituation analysiert. Je nach Marktlage wird die Duration angepasst und so das Zinsrisiko begrenzt. Die Modified Duration der Rententitel im Spezialfonds lag im Durchschnitt bei 5,3 Jahren, für den Gesamtbestand bei 5,0 Jahren.

Die Einhaltung unserer Anlagegrundsätze wird vom Fondsmanagement, der Kapitalverwaltungsgesellschaft und unserem Controlling ständig überwacht. In den Anlageausschusssitzungen werden die Anlagegrundsätze regelmäßig auf ihre Einhaltung und Aktualität überprüft.

Werden im Direktbestand einfach strukturierte Produkte eingesetzt, unterliegen diese im Hinblick auf Risikomanagement und Controlling einer ständigen Überwachung und regelmäßiger Berichterstattung an den Aufsichtsrat. Ende 2021 befanden sich 21 einfach strukturierte Produkte im Direktbestand.

Zur Risikostreuung und Erzielung einer höheren Rendite hält die Gesellschaft einen Fremdwährungsanteil. **Währungsrisiken** betreffen hauptsächlich den US-Dollar. Im Direktbestand beträgt der Anteil von Fremdwährungen am gesamten Kapitalanlagebestand 2,3 Prozent. Zusammen mit den im Spezialfonds gehaltenen Anlagen beläuft sich der Anteil von Fremdwährungen auf 23,3 Prozent. Immobilienrisiken sind von untergeordneter Bedeutung. Die wesentliche Immobilienanlage ist das Geschäftshaus in Köln, das von der Gesellschaft zu 80 Prozent selbst genutzt wird.

Das **Kreditrisiko** umfasst den potenziellen ökonomischen Wertverlust des Portfolios durch Verschlechterung der Bonität eines Schuldners (Migrationsrisiko) bzw. die Unfähigkeit oder Unwilligkeit des Kontrahenten, seinen vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen (Ausfallrisiko). Um diese unsystematischen Risiken zu begrenzen, werden die Handelspartner sorgfältig nach Rating-Gesichtspunkten ausgewählt. Schwerpunktmäßig wird in Investment-Grade-Anleihen investiert. Veränderungen in den **Ratings** werden durch das Controlling regelmäßig überwacht. Die externen Ratings werden gemäß den aufsichtsrechtlichen Vorgaben plausibilisiert.

| | 2021 | 2020 |
|--|----------------|----------------|
| Festverzinsliche Wertpapiere und Anleihen ¹⁾ | Buchwert in T€ | Buchwert in T€ |
| Staatsanleihen | 1.999 | 3.154 |
| Pfandbriefe | 9.326 | 8.766 |
| Corporates | 16.401 | 21.426 |
| Financials | 4.496 | 5.619 |
| Gesamt | 32.222 | 38.965 |
| Rating ²⁾ | | |
| Aaa/AAA | 8.607 | 8.686 |
| Aa/AA | 4.697 | 7.253 |
| A/A | 7.262 | 9.113 |
| Baa/BBB | 6.365 | 8.760 |
| Ba/BB | 2.220 | 1.727 |
| B/B | 742 | 430 |
| CC | 480 | 546 |
| kein Rating ³⁾ | 1.849 | 2.450 |
| Gesamt | 32.222 | 38.965 |

¹⁾ Direktbestand / im Spezialfonds

²⁾ Bezeichnung der Ratingklassen nach Standard & Poor's bzw. Moody's, Namenspapiere sind nach Emittentenrating klassifiziert

³⁾ Kein Rating der Rating-Agenturen bei acht Anleihen; internes Rating BBB bzw. B+

Die Ausleihungen der DMB Rechtsschutz liegen bis auf wenige Ausnahmen im Investment-Grade-Bereich. Für die Papiere, die durch Downgrading nicht mehr in diesem Bereich liegen, wurde durch umfassende Analysen geprüft, inwieweit sie im Bestand gehalten werden können. Nach positivem

Bescheid durch das Fondsmanagement und darauffolgender Prüfung durch die DMB Rechtsschutz bzw. für den Direktbestand durch Prüfung und Genehmigung des Kapitalanlagekomitees der DMB Rechtsschutz wurden für die jeweiligen Papiere Ausnahmegenehmigungen erteilt.

Im Direktbestand der DMB Rechtsschutz sowie im Spezialfonds befinden sich Anleihen diverser Kreditinstitute, die sich nach der Art ihrer Besicherung unterscheiden. Die DMB Rechtsschutz hat die Streuung der Zinsträger breit gefächert. So überschreitet beispielsweise im Direktbestand kein Kreditinstitut 0,6 Prozent des Sicherungsvermögens. Genussscheinkapital bzw. stille Beteiligungen sind nicht im Bestand.

| | Buchwert | | in % | | in % der gesamten | |
|---|---------------|---------------|------------|------------|-------------------|-----------|
| | in T€ | | bei Banken | | Ausleihungen | |
| | 2021 | 2020 | 2021 | 2020 | 2021 | 2020 |
| Exposure gegenüber Kreditinstituten¹⁾ | | | | | | |
| Pfandbriefe | 9.326 | 8.767 | 67 | 61 | 29 | 23 |
| Schuldverschreibungen | 4.002 | 4.819 | 29 | 33 | 12 | 12 |
| Nachrangige Ausleihungen | 494 | 800 | 4 | 6 | 2 | 2 |
| Gesamt | 13.822 | 14.386 | 100 | 100 | 43 | 37 |

¹⁾ Direktbestand / im Spezialfonds direkt gehalten

Dem Risiko der **Konzentration** der Anlagen tragen wir durch eine ausreichende Kapitalbedeckung innerhalb der Standardformel gemäß Solvency II und Beachtung des internen Limitsystems sowie des Anlagekatalogs Rechnung. Die Konzentration auf einzelne Emittenten überwachen wir über die Assetklassen hinweg. Konzentrationsrisiken zur Versicherungstechnik sind nicht vorhanden. Kontrahentenrisiken sind von absolut untergeordneter Bedeutung.

Über die **Leitlinie zur Liquidität** wird die jederzeitige Zahlungsmöglichkeit sichergestellt. Das **Liquiditätsrisiko** wird anhand eines detaillierten Liquiditätsplans überwacht und gesteuert. Dabei werden die Mittelzu- und -abflüsse aus den Kapitalanlagen und der Versicherungstechnik berücksichtigt. Über die regelmäßige Überwachung der Liquiditätsströme sowie die Streuung der Anlagen wird ausgeschlossen, dass Wertpapiere verkauft werden müssen, die im spezifischen Marktumfeld nicht oder nur mit hohen Abschlägen zu liquidieren wären.

Für den risikoorientierten Abgleich der Aktiv- und Passivseite, das **Asset Liability Management** (ALM), dient u. a. ein Excel-basiertes Programm (ALM-Simulator), das kontinuierlich weiterentwickelt wird. Der ALM-Simulator umfasst insbesondere spezifische Szenariorechnungen, auch für den Best und Worst Case.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken betreffen Verluste, die aus unzureichenden oder fehlgeschlagenen internen Betriebsabläufen, Fehlern von Mitarbeitern oder Systemen sowie externen Ereignissen entstehen können. Sie umfassen auch rechtliche und Compliance-Risiken.

Das Management der operationellen Risiken erfolgt über das **IKS**. Dem Risiko sog. doloser Handlungen von Mitarbeitern beugen wir durch eindeutige Vollmachtsgrenzen für zahlungsrelevante Vorgänge, verbunden mit technischen Kontrollen, sowie durch die Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips vor. Durch Richtlinien, Arbeitsanweisungen und Plausibilitätsprüfungen in den IT-Systemen begrenzen wir das operationelle Risiko.

Der produktgetriebene Geschäftsansatz und Marktauftritt der DMB Rechtsschutz bei einer schlanken Unternehmensstruktur erfordert entsprechende Applikationen bzw. Fachanwendungen, eine adäquate technische Infrastruktur und eine effiziente Sourcingstrategie. Die versicherungsspezifische Anwendungslandschaft ist so ausgerichtet, dass sie auch in Zukunft die notwendige Flexibilität für Vertrieb und Produktgestaltung sowie ein schnelles Reagieren auf Markterfordernisse sicherstellt. Die DMB Rechtsschutz entwickelt kontinuierlich ihre Anwendungssysteme weiter. Die Geschäftsprozesse werden regelmäßig analysiert und bei Bedarf angepasst. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Automatisierung und Digitalisierung.

Die **IT-Strategie** wurde vom Vorstand festgelegt und umfasst das Management der IT-Ressourcen und das IT-Risikomanagement. Darüber hinaus regelt sie die IT-Aufbau- und IT-Ablauforganisation. Bei Veränderungen der Aktivitäten und Prozesse wird sie zeitnah angepasst.

Ein wesentlicher Pfeiler der IT-Strategie der DMB Rechtsschutz ist der Einsatz von Standardsoftware, insbesondere für die versicherungsspezifischen Anwendungen/Applikationen. Interne Softwareentwicklung im Bereich der unternehmensrelevanten Kernprozesse findet nur noch sehr begrenzt statt.

Der zweite wesentliche Pfeiler der IT-Strategie umfasst die Auslagerung des Betriebs sowie wichtiger Teile der Infrastruktur in ein professionelles Rechenzentrum. Das bietet ein hohes Level an IT- und Datensicherheit, Ausfallsicherheit, Katastrophenvorsorge sowie Datenschutz.

Die versicherungsaufsichtsrechtlichen Anforderungen an die IT (**VAIT**) bilden das regulatorische Rahmenwerk für die Sicherheit und Governance im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie im Rahmen der MaGo.

Ein fortlaufender Prozess der Planung, Umsetzung, Erfolgskontrolle sowie Optimierung der Informationssicherheit im Unternehmen wurde etabliert. Die mit dem Management der Informationsrisiken verbundenen Aufgaben, Kompetenzen, Verantwortlichkeiten, Kontrollen und Kommunikationswege wurden definiert und aufeinander abgestimmt. Zudem sind angemessene Identifikations-, Bewertungs-, Überwachungs- und Steuerungsprozesse eingerichtet und diesbezügliche Berichtspflichten definiert.

Besonderes Augenmerk wird auf das IT-Notfallmanagement und die operative Informationssicherheit gelegt. IT-Notfallmanagement umschreibt die Vorsorge sowie die konkreten Maßnahmen bei IT-Notfällen. Diese werden sukzessive in die betrieblichen Abläufe integriert. Im Rahmen der operativen Informationssicherheit werden Integrität, Verfügbarkeit, Authentizität sowie Vertraulichkeit von Unternehmensdaten sichergestellt. Maßgebliche Kriterien sind dabei der Schutzbedarf und die potenziellen Angriffsflächen.

Die **Informationsrisiken** werden regelmäßig ermittelt, der jeweilige Schutzbedarf wird daraus abgeleitet und Maßnahmen festgelegt. Die **Leitlinie zu Informationssicherheit** sowie die konkretisierenden Richtlinien, Handlungsanweisungen und Prozesse dazu dienen der Vermeidung, der Identifizierung, dem Schutz, der Entdeckung, der Reaktion sowie der Wiederherstellung.

Das Hochsicherheitsrechenzentrum von CANCOM erfüllt die höchsten Datenschutz- und Datensicherheits-Qualitätsstandards (u. a. ISO/EC27001, C5-Prüfkatalog des BSI, Zertifizierung durch TÜV-SÜD) und verfügt über eine lückenlose Rund-um-die-Uhr-Überwachung. Über ein leistungsstarkes Hochgeschwindigkeitsnetz (Backbone) ist die DMB Rechtsschutz hoch performant angebunden. Um das Risiko eines Ausfalls des Rechenzentrums zu kompensieren, werden für die DMB Rechtsschutz alle produktiv notwendigen Server auch in einem zweiten Rechenzentrum vorgehalten (Dual Data Center). Im Fall einer

Störung im produktiven Rechenzentrum werden die Sicherheitskopien auf diese bereitstehenden IT-Ressourcen eingespielt. Die potenzielle operative Ausfallzeit in einem Störfall ist somit auf wenige Stunden begrenzt. Die Überprüfung der Qualitäts- und Sicherheitsanforderungen erfolgt jährlich in einem Audit durch die Revision.

Die Kommunikationsverbindungen in der Hauptverwaltung werden jeweils über zwei unterschiedliche technische Wege realisiert. Für den Fall, dass die Räumlichkeiten der DMB Rechtsschutz nicht nutzbar sein sollten, sieht der Notfallplan vor, dass jederzeit auf die Systeme der DMB Rechtsschutz durch die Nutzung der Citrix-Anwendung zugegriffen werden kann.

Jeglicher Datentransfer ist durch Firewalls abgesichert. Die für das Maklerportal bzw. die Website der Gesellschaft eingesetzten Server stehen in einer eigens hierfür konzipierten demilitarisierten Zone (DMZ). Alle anderen Server sind nur für freigeschaltete IP-Adressen und -Ports von der Außenwelt erreichbar. Somit ist ein direkter Zugriff vom Internet auf diese Server nur für berechtigte Partner möglich.

Die **Benutzerberechtigungen** sind definiert, im Berechtigungskonzept schriftlich festgehalten und werden so genutzt, wie es den organisatorischen und fachlichen Vorgaben entspricht. Die eingeräumten Berechtigungen werden regelmäßig überprüft.

Netzwerkzugriffe sind durch eine Benutzerkennung und ein Passwort geschützt. Die Passwörter müssen der Passwort-Policy entsprechen und regelmäßig geändert werden. Entsprechende Berechtigungen steuern den Zugang zu Anwendungen, Verzeichnissen oder Ressourcen für die jeweiligen Mitarbeiter. Zusätzlich zum Virenschutz werden die Server regelmäßig mit aktuellen Patches und Updates versorgt. Internetzugriffe von außerhalb erfordern immer eine Zwei-Faktor-Authentifizierung. Die Befugnisse innerhalb des Bestandsführungssystems sind nach dem Berechtigungskonzept in Rollen und Rechte unterteilt. Im Fall des Ausscheidens eines Mitarbeiters werden alle Accounts gesperrt.

Die Sicherheit einzelner Rechner ist über den Ausschluss von Administratorenrechten, von automatischem Einspielen von Patches und Updates, BIOS-Passwörtern, Virenschutz sowie Passwortsperrern gegeben. Lokale Software wurde bei nahezu allen Arbeitsplatzrechnern deinstalliert und in die Citrix-Umgebung überführt. Bei den wenigen verbliebenen Rechnern, bei denen das Erfordernis einer lokalen Softwareinstallation besteht, sind die Festplatten durch Verschlüsselungen abgesichert. Bei Mobiltelefonen sind alle sicherheitsgefährdenden Apps verboten. Die Geräte werden bei Nichtgebrauch unmittelbar gesperrt und sind nur durch Fingerabdruck oder Passwort zu entsperren. Notebooks für den Einsatz unterwegs sind zusätzlich mit einer Sichtschutzfolie ausgestattet.

Alle aufgeführten Maßnahmen dienen auch der **Cyber-Sicherheit**. Die Flut von Cyber-Angriffen auf Unternehmen und Organisationen hat die DMB Rechtsschutz zum Anlass genommen, ihre Abwehrmechanismen zu verstärken. Da eine vollständige Absicherung beispielsweise gegen eMail-Compromise, Ransomware, DDoS-Angriffe, Phishing, Advanced Persistent Threat Angriffe und Data Leakage nicht oder nur mit extrem hohem finanziellen Aufwand möglich ist, werden die Maßnahmen regelmäßig mit dem potenziellen Risiko abgeglichen und bewertet. Die Schutzbedarfsanalyse stellt den ersten Indikator dar, welche Systeme besonders schützenswert sind. Mögliche Verbesserungen werden mit dem Security Operations Center (SOC) der CANCOM erarbeitet.

Auch zur Vermeidung von Cyber-Angriffen ist die Security Awareness ein zentraler Faktor. Für die Belegschaft ist daher ein Sensibilisierungs- und Schulungsprogramm für Informationssicherheit in Planung. Die IT-Sicherheit wird stetig weiterentwickelt.

Der **Informationssicherheitsbeauftragte** der Gesellschaft agiert unabhängig und gewährleistet die Einhaltung der Anforderungen und die Überwachung der Informationssicherheit. Die Optimierung der Informationssicherheit ist eine permanente Aufgabe, die IT-, Telekommunikations- und Datensicherheit genauso umfasst wie Datensicherung und -schutz.

IT-Projekte werden unter Berücksichtigung der Risiken im Hinblick auf Dauer, Ressourcenverbrauch und Qualität gesteuert. Die einzelnen Projekte sind klar priorisiert, sodass im IT-Projekte-Portfolio gegenseitige Abhängigkeiten überwacht werden.

Sollten wesentliche Funktionen durch Outsourcing-Dienstleister erbracht werden, überwacht der zentrale **Ausgliederungsbeauftragte** der DMB Rechtsschutz im Zusammenspiel mit den jeweiligen dezentralen Ausgliederungsverantwortlichen die Qualität dieser Dienstleistung. Über das Business Continuity Management (BCM) wird sichergestellt, dass auch im Fall von Ausfällen, Störungen oder Katastrophen bei den Dienstleistern unsere kritischen Geschäftsfunktionen erfüllt werden können.

Regulatorische Kapitalausstattung gemäß Solvency II

Zur Berechnung der Risikotragfähigkeit unter Solvency II verwendet die DMB Rechtsschutz die **Standardformel** ohne den Einsatz unternehmensspezifischer Parameter.

In der Rechtsschutzversicherung wird das **Risikoprofil** wie bei allen Schaden-/Unfallversicherern vom versicherungstechnischen Risiko dominiert. Die zweitgrößte Kategorie umfasst das Risiko aus der Kapitalanlage.

Im **unternehmensindividuellen Bewertungsansatz** wurde das verfügbare Kapital der individuell ermittelten Kapitalanforderung dem Gesamtsolvabilitätsbedarf (GSB) gegenübergestellt. Es weist i. d. R. eine höhere Bedeckungsquote auf als im aufsichtsrechtlichen Standardmodell. Dies basiert auf einer niedrigeren Kapitalanforderung, die im Rahmen des **ORSA-Prozesses** ermittelt wird. Im unternehmens-eigenen Ansatz werden die risikorelevanten Parameter in der Versicherungstechnik aus den historischen Daten der DMB Rechtsschutz gewonnen. Berücksichtigung findet auch die individuelle Struktur und Zusammensetzung des Kapitalanlageportfolios.

Bei der Betrachtung des Spezialfonds wird sowohl auf die Datenhistorie als auch das Know-how des Asset-Managers zurückgegriffen. Basierend auf den historischen Entwicklungen gehaltener Einzeltitel bzw. Referenzwerte werden monatlich die einzelnen Volatilitäten und Korrelationen ermittelt. Außerdem wird die langfristige, strategieinhärente Absicherung bei Aktien berücksichtigt. Darauf aufbauend wird in Anlehnung an Solvency II über einen Value-at-Risk-Ansatz (VaR) das notwendige Risikokapital ermittelt. Über diesen Ansatz wird der höchstmögliche Wertverlust des Spezialfonds-Portfolios bei einer Eintrittswahrscheinlichkeit (Konfidenzintervall) von 99,5 Prozent und einem festgelegten Zeithorizont (Halte-dauer) von einem Jahr ermittelt, was einem 200-Jahres-Ereignis entspricht.

Der aktuellen Situation geschuldet, wird im ORSA-Prozess auch die Unsicherheit hinsichtlich Dauer und Auswirkungen der **Corona-Pandemie** über die Einbeziehung mehrerer Szenarien berücksichtigt.

Der Klimawandel beschäftigte die Weltöffentlichkeit und die politische Agenda im Jahr 2021 erneut stark. Mit den Ereignissen im Ahrtal zeigte er auch in Deutschland seine verheerenden Wirkungen und führt mehr und mehr zu einem Umdenken in der Gesellschaft. Nachhaltigkeitsrisiken haben bereits ihren Eingang in die strategischen Überlegungen, die Geschäftsorganisation und das Risikomanagement der DMB Rechtsschutz gefunden. Im Zuge eines langfristig vorausschauenden Ansatzes für Klimawandelrisiken beschäftigt sich die Gesellschaft im ORSA-Prozess mit klimawandelbezogenen Szenario-Analysen.

Im Rahmen unserer **externen Berichterstattung** wird der Bericht zur Solvenz- und Finanzlage (SFCR), der die Risikosituation der DMB Rechtsschutz 2021 vollumfänglich darstellt, im April 2022 auf der Website der Gesellschaft veröffentlicht.

Eigenkapital

Die **Eigenkapitalquote** liegt bei 36,6 Prozent (i. V. 36,9).

Zusammenfassung

Wir können keine Entwicklung erkennen, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachhaltig und wesentlich beeinträchtigen würde. Den Fortbestand der Gesellschaft sehen wir in keiner Weise beeinträchtigt.

Chancenbericht

Die DMB Rechtsschutz ist konzernunabhängig und hat eine stabile Aktionärsstruktur. Sie besitzt dank ihrer **klaren Positionierung** vielfältige Chancen im Rechtsschutz-Markt. Die Gesellschaft orientiert sich konsequent an den Bedürfnissen ihrer Kunden und Vertriebspartner.

Im Miet-Rechtsschutz ist die Gesellschaft Marktführer und arbeitet mit dem Deutschen Mieterbund und den DMB Mietervereinen vertrauensvoll zusammen. Das Beitragsrückerstattungsmodell ist dabei ein wichtiger Erfolgsfaktor.

Im Geschäftsfeld für Privat-, Geschäfts- und Landwirtschaftskunden sowie Vereine bietet das Unternehmen für nahezu alle Rechtsschutz-Bereiche gute und günstige Produkte an. Sie werden konsequent ausgebaut. Den zentralen Vertriebsweg für dieses Geschäftsfeld bilden die unabhängigen Vermittler.*)

Der Maklervertrieb wird im beratungsaffinen Kundensegment aufgrund der gestiegenen Kundenbedürfnisse und der erhöhten Anforderungen an die Beratungsleistung weiter an Bedeutung gewinnen. Als Gründungsmitglied der **Bundesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Versicherungsmakler (BFV)** setzen wir uns für den Berufsstand der Makler ein. Ziel der BFV ist es, u. a. die Tätigkeit und die besondere Rechtsstellung des Versicherungsmaklers bekannter zu machen und dadurch seine Rolle zu stärken.

Die DMB Rechtsschutz war 2021 Teil der **digitalen Bildungsinitiative** für Makler und Mehrfachagenten, die von der *BFV* in Kooperation mit der *Deutschen Maklerakademie (DMA)* organisiert wurde. Die teilnehmenden Makler wurden dabei unterstützt, zeitgemäße Kundenakquise, -beratung und -betreuung im Wettbewerb sicherzustellen. Schwerpunkte dabei waren die Online-Kundenberatung, die optimale Nutzung der eigenen Website sowie digitales Networking via Social Media. Aufgrund des großen Erfolgs und der positiven Resonanz wird die digitale Bildungsinitiative fortgeführt.

*) Der Abschlussprüfer hat diesen Abschnitt nicht geprüft, da er „lageberichts fremde Angaben“ enthält. Dennoch wurde er in den Lagebericht eingefügt, da er aus Sicht der Gesellschaft wichtige Informationen enthält.

Sicherheit und Qualität für Kunden und Vertriebspartner^{*)}

In regelmäßigen Analysen erhält die DMB Rechtsschutz sehr gute Bewertungen im Hinblick auf Erfahrung, Sicherheit, Erfolg, Bestandsentwicklung sowie Kapitalanlage. Die Gesellschaft genießt bei Umfragen hohes Vertrauen bei Maklerkunden. Bei der Schadenregulierung und Leistungsgewährung schneidet die DMB Rechtsschutz gut ab.

Die DMB Rechtsschutz ist der „**zuverlässige Maklerpartner**“ in der Umfrage des „**versicherungstip**“-Partnerschaftsspiegels 2018. Als erster Versicherer trägt die Gesellschaft das Siegel des „*versicherungstip*“ mit dem Gesamturteil: „*Die DMB Rechtsschutz hat ein hervorragendes Preis-Leistungs-Verhältnis und ist ein zuverlässiger Maklerpartner.*“

Für **Produkte** im Maklervertrieb ist ein herausragendes Preis-Leistungs-Verhältnis, verbunden mit der unverzichtbaren Haftungssicherheit, essenziell. Die nachhaltige Entwicklung unserer Produkte und Bedingungen wird bestätigt durch die Vielzahl an hervorragenden Ergebnissen in Verbrauchertests in den letzten Jahren. Darüber hinaus erhielt die Gesellschaft eine Reihe von Auszeichnungen.

Auch für ihre vertriebsbezogenen Geschäftsprozesse und die Integrationstiefe wurde die DMB Rechtsschutz bei der **Prozessqualität für den Vertrieb** ausgezeichnet.

Vier Leistungsversprechen für den Maklervertrieb^{*)}

Die Gesellschaft setzt konsequent auf günstige und leistungsstarke Produkte, hervorragenden Service, einen mehrschichtigen Vertriebsansatz und innovatives Marketing. Mit unseren Vertriebspartnern pflegen wir einen partnerschaftlichen Umgang, unser Verständnis beschreibt der Slogan „**Alles Recht: Günstig. Gut. Gemeinsam.**“ Die umfassenden Leistungen der DMB Rechtsschutz im Maklervertrieb zeigt die zusammenfassende Leistungsmatrix auf Seite 4.

1. Günstige, leistungsstarke und flexible Produkte

Die DMB Rechtsschutz bietet ihren Kunden individuelle und flexible Leistungskombinationen ohne überflüssige, unzeitgemäße Inhalte. Das macht die Produkte so leistungsstark wie nötig und so günstig wie möglich. Die Attribute „gut“ und „preiswert“ schließen sich dabei nicht aus. Ergänzend sind Komfortmerkmale wichtig: Die DMB Rechtsschutz sorgt dafür, dass ihre Kunden automatisch von zukünftigen Verbesserungen profitieren. Dies eröffnet Vertriebspartnern besondere Chancen in einem hart umkämpften Markt und bietet den Versicherungsnehmern umfassenden Versicherungsschutz zu günstigen Konditionen.

Die Gesellschaft hat Produkte **exklusiv für den Maklervertrieb** entwickelt, um der besonderen Beratungskompetenz und Lösungsorientierung der freien Vermittler gerecht zu werden: Im Privatkundenbereich ist **EXPERT** der leistungsstarke Schutz mit einer Reihe besonderer Leistungen. **PRESTIGE** ist der Premium-Rechtsschutz für Kunden, die selbst anspruchsvollste Bereiche absichern möchten. Die Produktlinie **Standard** bietet ein besonders gutes Preis-Leistungs-Verhältnis mit vielen Serviceleistungen.

Zusatzbausteine zur Absicherung spezifischer Risiken wie beispielsweise der **Spezial-Straf-Rechtsschutz** erweitern das Produktspektrum. Der Zusatzbaustein **Cyber-Rechtsschutz** schützt im privaten Bereich umfassend gegen Gefahren aus dem Internet durch leistungsstarke rechtliche Hilfe und wertvolle Serviceleistungen.

^{*)} Der Abschlussprüfer hat diesen Abschnitt nicht geprüft, da er „lageberichtsfremde Angaben“ enthält. Dennoch wurde er in den Lagebericht eingefügt, da er aus Sicht der Gesellschaft wichtige Informationen enthält.

Das Kompaktprodukt **Schnell & Sicher** umfasst den bekannt leistungsstarken Rechtsschutz für Privates, im Beruf, im Verkehr und beim Wohnen und ergänzt ihn um den Spezial-Straf-Rechtsschutz. Die neuen, besonderen Produktmerkmale dabei sind, dass nach drei schadenfreien Jahren die Selbstbeteiligung von 300 € entfällt und im Fall einer Vorversicherung die schadenfreien Jahre beim Vorversicherer zur sofortigen Halbierung der Selbstbeteiligung von 300 € auf 150 € führen.

Um den spezifischen Anforderungen bei Abschlüssen über Online-Vergleichsportale gerecht zu werden, wurde die Produktlinie **SECURO**, **SECUROplus** und **SECUROpremium** entwickelt. Im Direktvertrieb bieten wir **Produkte exklusiv für Mitglieder der DMB Mietervereine** an. Die Sonderkonditionen sind an die Mitgliedschaft in einem DMB Mieterverein gebunden. Auf der Website der Gesellschaft sind Direktabschlüsse möglich.

Für das gewerbliche Segment bietet die Gesellschaft Firmen-Rechtsschutz, Verkehrs-Rechtsschutz und Immobilien-Rechtsschutz als Einzeldeckungen an. Das Highlight im Gewerbebereich ist **KOMPEX** für kleine und mittelständische Unternehmen sowie Selbständige und Freiberufler. Für die spezielle Zielgruppe niedergelassener Ärzte, Apotheker, medizinischer Berufe und Bereiche haben wir das Produkt **KOMedEX** entwickelt, das zielgruppenspezifischen Schutz bietet. Beide Produkte kombinieren die umfassende private und geschäftliche Absicherung. Unter dem Namen **AGROMEX** wird Rechtsschutz für land- und forstwirtschaftliche Betriebe als Kompaktlösung angeboten.

Der **Vereins-Rechtsschutz** ist das Produkt für eingetragene Sport- und Geselligkeitsvereine, deren Zweck weder auf einen eigenen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb noch auf die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder ausgerichtet ist. Versichert sind der Verein, seine gesetzlichen Vertreter, Beschäftigte und Mitglieder jeweils für die Wahrnehmung von Vereinsaufgaben entsprechend der Satzung.

2. Umfassende Serviceleistungen

Die **rechtliche Erstberatung** über die **DMB RECHT-Hotline** und **DMB RECHT-Mail** ermöglicht den Kunden eine schnelle telefonische Beratung durch unabhängige Anwälte zu allen Rechtsfragen – ob versichert oder nicht. Sollte ein Rechtsanwalt benötigt werden, können unsere Kunden direkt die Anwaltskanzlei **ZWEYDINGER Rechtsanwälte** mandatieren und über eine Web-Akte jederzeit und von überall Einblick in den aktuellen Sachstand nehmen. Auf Wunsch werden spezialisierte und erfahrene Anwaltsbüros in der Nähe des Kunden genannt. Als modernes und zukunftsweisendes Instrument ermöglicht die **DMB RECHT Einigungshilfe** die schnelle Problemlösung durch Konfliktklärung ohne Gericht mit Hilfe der Einschaltung eines neutralen Mediators.

Für Privatkunden mit EXPERT, PRESTIGE und Schnell & Sicher sowie für Geschäftskunden mit KOMPEX und KOMedEX bietet die DMB Rechtsschutz **Assistance-Leistungen** rund um die **rechtliche persönliche Vorsorge** für Patientenverfügungen, Betreuungsverfügungen oder Vorsorgevollmachten sowie die **Testamentserstellung**. Die Dokumente können über sog. Vorsorge-Assistenten individualisiert und ganz einfach online erstellt werden. Auf Wunsch werden Vorsorgeverfügungen auch beim Zentralen Vorsorgeregister (ZVR) der *Bundesnotarkammer* registriert.

Der private Zusatzbaustein **Cyber-Rechtsschutz** enthält ein psychologisches Soforthilfe-Angebot bei Cybermobbing und vorbeugende Maßnahmen gegen den Missbrauch persönlicher Daten. Die **psychologische Rundum-Beratung** am Telefon erfolgt z. B. bei Beleidigungen in Chatrooms, benennt bei Bedarf spezialisierte Psychologen vor Ort sowie zuständige Polizeibehörden und gibt Anleitung zum aktiven Vorgehen. Einen Schutz vor Identitätsmissbrauch und finanziellen Schäden durch Diebstahl

persönlicher Daten bietet das **Darknet-Screening**. Persönliche Daten werden dabei online rund um die Uhr überwacht, auch auf illegalen Internet-Handelsplätzen.

Für unsere Geschäftskunden ergänzen wir die rechtliche Absicherung durch den Service rund um das **Forderungsmanagement**. Die DMB RECHT Forderungshilfe wird über den erfahrenen, professionellen Kooperationspartner *CRIF Bürgel GmbH* durchgeführt. Die DMB RECHT Forderungshilfe ermöglicht auch die Online-Einholung von Wirtschaftsauskünften und Bonitätsprüfungen potenzieller Kunden oder Geschäftspartner zu Sonderkonditionen.

3. Maklerberatung und -betreuung: persönlich und digital

Erklärtes Ziel der DMB Rechtsschutz ist es, ihren Vertriebspartnern den entscheidenden Mehrwert zu bieten, der zu langfristigem Erfolg führt. Kunden und Vertriebspartner nutzen immer häufiger klassische und digitale Kanäle parallel. Seit ihrem Eintritt in den Maklermarkt 2006 verfolgt die Gesellschaft den Weg der Vertriebsberatung und -betreuung mit **persönlicher Ansprache** und **digitalen Services**.

Für die **persönliche Beratung und Betreuung vor Ort** beim Vertriebspartner wurden die Regionalbereiche 2021 ausgebaut, die von erfahrenen Vertriebsleitern betreut werden. Moderne Kommunikationsmittel wie Videochats, E-Learning, Online-Sprechstunden und Web TV in Zusammenarbeit mit ausgewählten Vertriebspartnern ergänzen auf **digitalem** Weg die Beratung und Betreuung.

Die DMB Rechtsschutz startete 2006 als einer der ersten Anbieter im Rechtsschutz-Markt mit einem **Maklerportal als Full-Service-Center**. Regelmäßige Erneuerungen und Modernisierungen stellen sicher, dass alle aktuellen Standards erfüllt werden und schnelle, übersichtliche und benutzerorientierte Anwendungen zur Verfügung stehen. Die **Makler-Hotline** übernimmt die persönliche Betreuung durch das kompetente Serviceteam der Gesellschaft in Köln.

Die DMB Rechtsschutz bietet ihren Vertriebspartnern zur Weiterbildung **regelmäßige Online-schulungen** zu unterschiedlichen Themen an. Dort werden kompakt und komfortabel Neuigkeiten, Fachwissen sowie vertriebliche Ansätze rund um Rechtsschutz vermittelt. Die DMB Rechtsschutz ist im Rahmen der Initiative Weiterbildung der Versicherungsvermittler in Deutschland **„gut beraten“** als Bildungsdienstleister akkreditiert. Damit erhalten Vertriebspartner für ausgewählte Schulungsmaßnahmen die Weiterbildungszeit als Nachweis der regelmäßigen Weiterbildung gutgeschrieben. Die Gesellschaft wurde letztmalig 2019 erfolgreich auditiert und hat den Nachweis erbracht, dass die Abrechnung und Eintragung der Weiterbildungszeit den Anrechnungsregeln der Initiative **„gut beraten“** entsprechen.

4. Innovatives Marketing

Die DMB Rechtsschutz beschritt mit ihrer Positionierung neue Wege: unverwechselbar, innovativ und transparent. Das Leistungsspektrum der DMB Rechtsschutz wird zielgerichtet über verschiedene Kanäle kommuniziert. Der Bekanntheitsgrad der DMB Rechtsschutz wird dadurch nachhaltig erhöht und die Marke gestärkt.

Nachhaltigkeit und Klimaneutralität^{*)}

Die DMB Rechtsschutz will nicht nur Unternehmensgewinne erwirtschaften, sondern übernimmt auch Verantwortung für die Gesellschaft, in der wir leben. Die DMB Rechtsschutz engagiert sich sozial und ökologisch, auch außerhalb des Versicherungsgeschäfts. Umweltschutz nimmt das Unternehmen sehr ernst. Das

^{*)} Der Abschlussprüfer hat diesen Abschnitt nicht geprüft, da er „lageberichtsfremde Angaben“ enthält. Dennoch wurde er in den Lagebericht eingefügt, da er aus Sicht der Gesellschaft wichtige Informationen enthält.

Thema Nachhaltigkeit ist fest in der Geschäftsstrategie und der Unternehmenskultur verankert. Ökologische und sozial-gesellschaftliche Aspekte werden in den verschiedenen Unternehmensbereichen beachtet.

Die DMB Rechtsschutz hat ihre Versicherungsaktivitäten vollständig und nachhaltig seit 2010 klimaneutral gestellt und erhielt dafür 2021 erneut das Klimaschutzsiegel. Dabei werden gemäß dem Greenhouse Gas Protokoll (GHG Protocol) alle Emissionen aus den Quellen, eingeteilt in Scope 1, 2 und 3, berücksichtigt. Dies umfasst in Scope 1 die direkte Freisetzung klimaschädlicher Gase bei der DMB Rechtsschutz, in Scope 2 die indirekte Freisetzung durch Energielieferanten und in Scope 3 die indirekte Freisetzung in der gesamten Wertschöpfungskette. Die Gesellschaft hat das Ziel, ihre CO₂-Emissionen soweit wie möglich zu reduzieren. Verbleibende Emissionen werden durch Unterstützung CO₂-mindernder Klimaschutzprojekte neutralisiert.

Mitarbeiter^{*)}

Der Erfolg der Gesellschaft beruht ganz wesentlich auf dem Wissen und dem Engagement der Belegschaft. Gut aus- und fortgebildete Mitarbeiter sind das Rückgrat der Gesellschaft. Ihr Engagement, ihre Innovationsfähigkeit und Servicebereitschaft bilden die Grundlage des Unternehmenserfolgs. Dieses Potenzial zu nutzen und gezielt zu erweitern ist eine gemeinsame Aufgabe, der sich die hervorragend motivierten Mitarbeiter täglich stellen.

Als Arbeitgeber sorgt die DMB Rechtsschutz für ein attraktives Arbeitsumfeld und regelmäßige Weiterbildung. Der Gesellschaft ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie genauso wichtig wie die Gesundheit der Beschäftigten. Mit ihren Mitarbeitern wird die DMB Rechtsschutz die besonderen Aufgaben unserer Zeit und der Zukunft meistern.

IT und Digitalisierung^{*)}

Der produktgetriebene Geschäftsansatz und Marktauftritt der DMB Rechtsschutz bei einer schlanken Unternehmensstruktur erfordert entsprechende Applikationen bzw. Fachanwendungen, eine adäquate technische Infrastruktur sowie eine effiziente Sourcing-Strategie. Die wesentlichen Pfeiler der IT-Strategie der DMB Rechtsschutz sind der Einsatz von Standardsoftware, insbesondere für die versicherungsspezifischen Anwendungen/Applikationen, sowie die Auslagerung wesentlicher Teile der Infrastruktur und des Betriebs des Rechenzentrums auf professionelle externe Anbieter.

Mit Implementierung des Bestandsführungssystems msg.PIA erschließt sich die Gesellschaft die Vorteile, die mit einer konfigurierten und für wenige Teilbereiche weiterentwickelten Standardsoftware einhergehen. So wird auch in Zukunft die notwendige Flexibilität für Produktgestaltung und Vertrieb sowie das schnelle Reagieren auf Markterfordernisse sichergestellt.

Die Digitalisierung der Geschäftsprozesse, Services und Kundenkontaktpunkte wird konsequent vorangetrieben. Die Entwicklung und Erweiterung der Internetplattform der Gesellschaft ermöglicht die Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern, basierend auf einer **modernen, serviceorientierten Architektur**; zum Informationsaustausch dienen **Web Services**. Auf diese Weise stellen wir über unser **Maklerportal** die bestmögliche Unterstützung bei einer weitgehenden Integration der Maklerservices in die Geschäftsprozesse sicher. Die Antrags- und Vertragsbearbeitung erfolgt z. B. seit Jahren in weit über 95 Prozent der Vorgänge papierlos über das Maklerportal der Gesellschaft. Im digitalen Vertrieb ist die DMB Rechtsschutz über Kooperationen aktiv.

^{*)} Der Abschlussprüfer hat diesen Abschnitt nicht geprüft, da er „lageberichtsfremde Angaben“ enthält. Dennoch wurde er in den Lagebericht eingefügt, da er aus Sicht der Gesellschaft wichtige Informationen enthält.

Kapitalanlagen

Die Gesellschaft baut auf einen ausgewogenen Kapitalanlagebestand und ein konsequentes Risikomanagement. Das Portfolio wird dynamisch gesteuert. Mit einer breiten Diversifikation sollen mögliche Entwicklungen eingefangen und sich bietende Chancen genutzt werden. Dazu werden im Spezialfonds, im Direktanlagebereich und bei der Auswahl der Publikumsfonds differenzierte Strategien umgesetzt. In erneuerbare Energien und weitere alternative Anlagen investiert die Gesellschaft selektiv und achtet dabei auf hohe Qualität.

Nachhaltigkeitsaspekte werden im Rahmen der Investitionsentscheidungen, soweit möglich, beachtet. Mittels alternativer Anlagen wurde in erneuerbare Energien und Infrastruktur investiert. Alle alternativen Anlagen besitzen ein ESG-Rating. Gleiches gilt für eine Reihe der Fondsanlagen. Die Gesellschaft versucht, ihr Portfolio vor Klimarisiken zu schützen.*)

Prognosebericht

Der Prognosebericht beschreibt die möglichen Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft, auf den Versicherungs- und Kapitalmärkten sowie davon abgeleitet bei der DMB Rechtsschutz. Er basiert auf den Kenntnissen und Erwartungen, die uns bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses Mitte Februar 2022 vorlagen. Diese Aussagen können mit bekannten und unbekanntem Risiken und Ungewissheiten verbunden sein. Die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen können daher wesentlich von den geäußerten Erwartungen und Annahmen abweichen. Dies kann vor allem die weitere Entwicklung der Corona-Pandemie, die sich daraus ergebende allgemeine wirtschaftliche Lage und Wettbewerbssituation sowie das Ausmaß und die Häufigkeit von Versicherungsfällen wie auch die Entwicklung von Schadenkosten betreffen. Die Entwicklungen der Finanzmärkte und der Wechselkurse können ebenfalls wesentlichen Einfluss haben. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass auch kurzfristig Ereignisse eintreten können, die zu einer völlig anderen Entwicklung führen.

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das makroökonomische Umfeld ist weiter von Unsicherheit geprägt. Dies betrifft vor allem den weiteren Verlauf der Corona-Pandemie und damit verbundene Probleme in den Lieferketten und Handelsbeziehungen. Bereits zu Jahresbeginn wurden einige Prognosen aus dem Vorjahr nach unten korrigiert. Für die Weltwirtschaft wird ein geringeres, aber robustes Wachstum von 4,9 Prozent vorhergesagt.

Für **Deutschland** wurden die Erwartungen ebenfalls im Januar 2022 zurückgenommen. Die Prognosen der Institute liegen für 2022 allerdings weit auseinander, zwischen 3,0 Prozent und 4,5 Prozent. Die Erwartungen für den **Euro-Raum** sehen eine Steigerung um 4,3 Prozent. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Euro-Ländern dürften fortbestehen. Die Wirtschaftsleistung in den **USA** soll um 4,9 Prozent zulegen. Für **Chinas** Volkswirtschaft rechnet man mit einem Abflachen des Wachstums auf 5,7 Prozent.

*) Der Abschlussprüfer hat diesen Absatz nicht geprüft, da er „lageberichtsfremde Angaben“ enthält. Dennoch wurde er in den Lagebericht eingefügt, da er aus Sicht der Gesellschaft wichtige Informationen enthält.

Die Geldpolitiken der Notenbanken werden sich 2022 unterschiedlich darstellen. Die Fed hatte bereits angekündigt, auf die gestiegene Inflation mit einem robusten Arbeitsmarkt und annähernder Vollauslastung der Wirtschaft in den USA zu reagieren. Das Anleihekaufprogramm wird beschleunigt beendet (Tapering). Es wird erwartet, dass die Fed im Frühjahr beginnen wird, ihre Bilanzsumme von 8,7 Bio US\$ abzubauen. Die Märkte rechnen mit bis zu vier Zinsschritten der Notenbank. Die Leitzinsen könnten dabei 2022 bis auf 1,25 Prozent steigen.

Die EZB dürfte 2022 bei ihrer ultralockeren Geldpolitik bleiben. Die Notenbank beurteilte die merklich gestiegene Inflation als transitorisch und hatte eine Änderung ihrer expansiven Politik noch im Dezember 2021 abgelehnt. Aufgrund der anhaltend hohen Inflation im Januar 2022 schloss die EZB ein Umsteuern in der Geldpolitik jedoch in ihrer 1. Sitzung im Januar 2022 nicht mehr gänzlich aus. Trotzdem erwartet man frühestens im 4. Quartal einen ersten Zinsschritt der EZB. Die Ankaufprogramme für Staatsanleihen könnten allerdings nach dem 1. Quartal zurückgefahren werden. Die auslaufenden Anleihen aus dem Pandemie-Kaufprogramm PEPP sollen allerdings noch bis mindestens 2024 ersetzt werden. Die EZB steht vor dem Dilemma, dass die Unterschiede in den Preisentwicklungen innerhalb der Eurozone beträchtlich sind. Vor allem aber sind die Verschuldungsraten in den südlichen Ländern extrem hoch und diese Länder könnten Zinserhöhungen kaum verkraften. Die EZB setzt sich damit weiter dem Vorwurf der unzulässigen Staatsfinanzierung aus.

Hauptziel der Währungshüter sollen stabile Preise im Euro-Raum sein. Die EZB strebt für den Währungsraum nach der Überprüfung ihrer Politik im letzten Jahr eine Teuerungsrate jetzt im mehrjährigen Durchschnitt von 2,0 Prozent an. Auch wenn die hohen Inflationsspitzen nicht von Dauer sein sollten, zeichnet sich mittelfristig ein höherer Inflationsspfad ab. Die Gründe liegen in strukturellen Veränderungen: Die Dekarbonisierung mit dem Umbau zu einer klimaneutralen Wirtschaft, der demographische Wandel und die Notwendigkeit zu mehr inländischer Produktion führen zu steigenden Preisen. Im Jahresmittel 2022 wird eine **Inflationsrate** in Deutschland von bis zu 3,6 Prozent erwartet. Für den Euro-Raum soll sie mit 3,2 Prozent deutlich über dem Ziel der EZB von 2,0 Prozent liegen.

Die **Arbeitslosenquote** wird für Deutschland mit rd. 5 Prozent angenommen. Im Euro-Raum wird die Arbeitslosenquote für das laufende Jahr auf 6,5 Prozent geschätzt.

Es bestehen zahlreiche **Gefahren für das globale Wachstum**, die Investitionstätigkeit und die Produktivität.

Die Auswirkungen der weltweiten Corona-Pandemie werden auch im Jahresverlauf 2022 ein beherrschendes Thema bleiben. Dabei sind Impfquoten, eine weitgehende Immunisierung der Bevölkerung und die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der kritischen Infrastrukturen in der Omikron-Welle zu Jahresbeginn wichtige Themen. Die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung differieren weltweit sehr stark. Sollte sich beispielsweise die Infektionslage in China wieder dramatisch zuspitzen, wären erneut aufgrund der Null-Covid-Strategie großflächige Werksschließungen zu erwarten. Auf die Lieferketten hätte das massive negative Auswirkungen, die gerade in Deutschland wieder unmittelbar zu spüren wären. Da die Impfstoffverfügbarkeit global sehr unterschiedlich ist, ist die Möglichkeit gefährlicher Virusmutationen permanent gegeben. Die Gefahr weltweiter neuer Pandemien besteht fort.

In den entwickelten Staaten gibt es große Unterschiede bei den Impfquoten. Diskussionen um eine Impfpflicht sowie verschärfter und radikalierter Widerstand dagegen haben das Potenzial, die Gesellschaft zu spalten und können eine destabilisierende Wirkung entfalten. Sollte in Zukunft erneut ein kompletter Lockdown nötig werden, besteht die Gefahr einer Insolvenzwellen bei Unternehmen und privaten Haushalten. Die Folge wären erhebliche Kreditausfälle der Banken. Die Stabilität der Kreditinstitute könnte dadurch gefährdet werden.

Auch die geopolitischen Spannungen werden 2022 ein zentrales Thema sein. Es ist zu erwarten, dass sich der Konflikt zwischen den USA und China um die wirtschaftliche und politische Vormachtstellung verschärft fortsetzen wird. Sollten Konflikte in Sanktionen enden, hätte dies für die wirtschaftliche Entwicklung dramatische Folgen, wie das Beispiel der Krise China-Taiwan belegt. Dort wäre der größte Computerchip-Hersteller der Welt betroffen und die bereits vorhandene Knappheit von Chips würde sich schlagartig verstärken.

Den größten Gefahrenherd stellt aber zurzeit der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine dar. Einen möglichen NATO-Beitritt der Ukraine möchte der russische Präsident Putin mit allen Mitteln verhindern, möglicherweise mit militärischen. Ein Einmarsch hätte unabsehbare politische und wirtschaftliche Konsequenzen. Auch die Sicherstellung der Energieversorgung in Deutschland und Europa wäre betroffen und die bereits enorm gestiegenen Energiepreise würden durch die Decke schießen.

Für Deutschland mit seiner exportorientierten Wirtschaft ist der Außenhandel von entscheidender Bedeutung. Mit Sorge wird daher auf die zahlreichen wirtschaftlichen Probleme und Handelskonflikte in aller Welt geblickt. Im Fokus stehen dabei die außereuropäischen Hauptabsatzmärkte USA und vor allem China. Unsicherheiten bezüglich China drücken sich mit der Frage nach der Zuverlässigkeit der Wachstumsprognosen, einem überhitzten Immobilienmarkt und der Finanzstabilität aus. Grundsätzlich bereitet das vermehrte Streben nach allumfassender staatlicher Steuerung in China Unbehagen.

Der aktuelle Einfluss der USA auf die wirtschaftliche Entwicklung in Europa stellt sich positiv dar. Allerdings bleibt abzuwarten, wie stark die Fed aufgrund der hohen Inflation auf die Bremse drückt und der Kongress die Staatsverschuldung limitiert, was die USA als globalen Wachstumstreiber ausschließt.

Die Ende 2021 stark gestiegene Inflation wird 2022 allein mathematisch wieder zurückgehen. Mittelfristig zeichnet sich allerdings durch strukturelle Veränderungen ein höherer Inflationspfad ab. Die von der EZB bisher gezeigte Politik lässt dagegen Zweifel aufkommen, ob die Notenbank bereit ist, Inflation wirklich zu bekämpfen. Dies könnte zu einer erwartungsgetriebenen Lohn-Preis-Spirale führen.

Nach weit verbreiteter Marktsicht sind drei Zinserhöhungen der Fed bereits fest eingepreist. Sollte die Fed allerdings vier Zinsschritte durchführen, wären große Kapitalbewegungen zwischen Europa und den USA nicht mehr auszuschließen. Dies würde den Euro stark unter Druck setzen und damit die Inflation in Europa mit steigenden Einkaufspreisen erneut stark anfachen. In einem solchen Szenario könnte die EZB gezwungen sein, die Leitzinsen entgegen ihrer Intention anzuheben.

Die weltweite Verschuldungssituation hat in der Corona-Pandemie dramatisch zugenommen. Ein Abbau der Schulden findet nicht statt, vielmehr wollen zahlreiche Staaten zusätzliche Schulden aufnehmen. Die Verschuldung bleibt daher ein erhebliches und wesentliches Risiko für die Weltwirtschaft. Hinzu kommt, dass die Tendenz zunimmt, die Euro-Währungsunion zu einer Transferunion auszugestalten. Vorbild wäre der 750 Mrd € schwere EU-Wiederaufbaufonds, der erstmals nicht zurückzahlbare Transfers enthält. Auch die Diskussion um die offizielle Aufweichung bzw. Abschaffung der EU-Schuldengrenzen verstärkt diese Sicht. Zudem zeigt sich eine politische Machtverschiebung in Europa zugunsten Frankreichs, was die Frage der Stabilitätskriterien zusätzlich verschärft. Auch der wirtschaftliche Stellenwert von Deutschland in Europa sinkt, da die globale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands abgenommen hat.

Ein weiteres großes Risiko für die globale wirtschaftliche Entwicklung ist eine starke Volatilität auf den Finanzmärkten. Durch den langanhaltenden Niedrigzins steigen die Risiken für die Finanzstabilität. Ein abrupter Zinsanstieg stellt ein erhebliches Risiko dar. Aber auch die Überbewertungen im Immobilienbereich können vielschichtige Probleme verursachen. Der Ausschuss für Finanzstabilität hat beispielsweise daher zu Jahresbeginn die Banken in Deutschland zu höherer Eigenkapitalhinterlegung bei Immobilienkrediten verpflichtet. Zugleich mahnte die BaFin die Banken, bei der Vergabe von Krediten für

Wohnimmobilien „besonders vorsichtig zu sein“. Die Aktienmärkte gelten ebenfalls als hoch bewertet. Die US-Aktien befinden sich gemessen an den Gewinnen der börsennotierten Unternehmen auf dem zweithöchsten Wert seit 100 Jahren. Sollte sich die „Story“ an den Märkten ändern, sind dramatische Korrekturen nicht auszuschließen. Dieser Effekt wäre umso ausgeprägter, wenn sich zudem die globalen Liquiditätsbedingungen verschlechtern. Das hätte eine Risikoneubewertung aller Assetklassen zur Folge.

Zur geopolitischen Bedrohungssituation können regionale Krisen jederzeit hinzukommen und schnell auch globale Auswirkungen zeigen. Zudem existieren asymmetrische Bedrohungen, beispielsweise Terror oder religiöser Fanatismus. Die wachsenden sozialen Ungleichheiten erhöhen ebenfalls die Gefahr einer verstärkten Weltwirtschaftskrise.

Generell steigen die ESG-Risiken. So wird der Klimawandel mit seinen extremen Wetterereignissen einschneidende Veränderungen bewirken. Bestrebungen um Nachhaltigkeit und Klimaschutz werden daher weitreichenden Einfluss besitzen.

Die rasant fortschreitende Digitalisierung erfordert einen schnellen und weiterführenden Strukturwandel in den Industrieländern. Hoch bleibt das Cyber-Risiko im Hinblick auf Datendiebstahl oder Erpressung, insbesondere aber hinsichtlich Attacken auf Infrastruktur sowie zentrale nationale und internationale Abläufe. Aber auch der in der Corona-Pandemie begonnene verstärkte Einsatz von Home-Office u. ä. hat das Cyber-Risiko bedeutend erhöht.

Finanzmärkte

Die Finanzmärkte werden auch 2022 von den Notenbanken und der Politik stark beeinflusst. Seit Jahresbeginn sind merkliche Zinssteigerungen weltweit zu beobachten. Auch in Deutschland scheint das extreme Niedrigzinsumfeld der Vergangenheit anzugehören. Für die 10-jährige Bundesanleihe wird eine zwar marginale, aber positive Rendite erwartet. Zum Jahresende soll sie im Durchschnitt der Prognosen bei 0,1 Prozent liegen. Die Zinsprognose für die 10-jährige US-Staatsanleihe liegt merklich höher bei 2,1 Prozent.

Die kurzfristigen **Zinsen** werden sich dagegen, den Prognosen der Banken folgend, kaum aus dem negativen Bereich bewegen. Die Durchschnittsprognose für den Drei-Monats-Euribor liegt bei –0,5 Prozent. Die Rendite der 2-jährigen Bundesanleihe bleibt ebenfalls knapp im negativen Bereich. In den USA sollen die 2-jährigen Anleihen dagegen auf rd. 1,9 Prozent steigen, was zu einer Abflachung der Zinskurve führen wird.

Für Anleihen steht ein hartes Jahr bevor. Kurze Laufzeiten werden im negativen Bereich verharren, langlaufende Anleihen werden sich steigenden Renditen gegenübersehen und damit Kursverluste verursachen. Anleihen haben in extremen Krisen ihre Funktion als sicherer Hafen, als Schutz vor Kursverlusten an den Aktienmärkten verloren. Vielmehr bewegten sich in solchen Fällen nahezu alle Wertpapiergattungen in die gleiche Richtung.

Für die **Aktienmärkte** herrscht bei den Banken weiterhin Optimismus, auch wenn sich die Renditeerwartungen normalisiert haben und schwankungsanfälliger eingestuft werden. Für den DAX liegt die Konsensprognose bei 17.087 Punkten. Dem Index wird damit ein Potenzial von rd. 7 Prozent zugestanden. Der Prognosebereich ist allerdings groß und liegt zwischen 16.400 und 18.000 Punkten. Der Durchschnitt der Prognosen für den EuroStoxx 50 liegt bei 4.541 Punkten, mit einer erwarteten Steigerung von etwa 6 Prozent. Für US-Aktien liegt die Erwartung beim Dow Jones bei 37.471 Punkten und einem Potenzial von rd. 3 Prozent, den Technologiewerten im NASDAQ wird eine Steigerung im Durchschnitt der Prognosen auf 17.393 zugetraut. Für das laufende Jahr wird vor allem konjunktursensitiven Titeln höheres Potenzial zugesprochen.

Für 2022 rechnen die Institute mit einem etwas schwächeren **US-Dollar** und erwarten zum Jahresende im Mittel einen Wert von 1,16 US\$ bezogen auf den Euro. Die Prognosen schwanken allerdings auch dort stark zwischen 1,08 und 1,23 US\$ bezogen auf den Euro. Die Notenbanken dürften die Währungstrends vorgeben. Nach den Schätzungen kann sich der Goldpreis weiterhin auf hohem Niveau um die 1.900 US\$ bewegen. Energiepreise und Rohstoffe dürften ihr hohes Niveau beibehalten.

Veränderung der Markt- und Wettbewerbsbedingungen

Wir beobachten in den letzten Jahren stetig steigende aufsichtsrechtliche Anforderungen. Im **Solvency II Review** wäre daher dringend eine Vereinfachung und Entbürokratisierung des Regelwerks umzusetzen. Die aktuellen Empfehlungen der EIOPA sehen dagegen eine spürbare Verschärfung der Anforderungen vor. Auf der anderen Seite sollen flexiblere Eigenkapitalregeln dazu führen, dass Versicherungsunternehmen ihre langfristigen Investitionen erhöhen können, um die Erholung Europas von der COVID-19-Pandemie zu fördern. Insbesondere sollen damit nachhaltige Investitionen erleichtert werden.

Die BaFin will die **versicherungsaufsichtsrechtlichen Anforderungen an die IT (VAIT)** erweitern und verschärfen. Dabei soll es zu deutlich erhöhten Anforderungen an die organisatorische und technische Informationssicherheit sowie an das IT-Notfallmanagement kommen, was mit einem erheblichen Umsetzungsaufwand einhergehen wird.

Wir fürchten einen weiter steigenden **Aufwand** und haben die Sorge, dass durch die umfangreichen Regelwerke **kleinere Gesellschaften aus dem Markt gedrängt** werden. Die Sicherstellung der Angemessenheit der Regulierung und die Umsetzung des Proportionalitätsprinzips bleiben für die Gesellschaft daher essenzielle Forderungen. Einfachere, risikogerechte Regeln sparen nicht nur Kosten, sie erhöhen auch die Effizienz der Aufsicht und schaffen damit mehr Sicherheit für Versicherungsnehmer. Die Pluralität der Anbieter und der Vermittler ist die Garantie für praktizierten Verbraucherschutz.

Ob die DMB Rechtsschutz vom vorgeschlagenen Prozess zur Automatisierung von Proportionalität mit der Definition von Low Risk Undertakings profitieren kann, bleibt abzuwarten.

Bis Mitte Dezember 2021 hätte Deutschland eine **Whistleblowing-Richtlinie** der EU umsetzen müssen. Diese sieht vor, dass Unternehmen ab einer bestimmten Größe Hinweisgebersysteme implementieren, über die Mitarbeiter Verstöße melden dürfen. Hinweisgeber sind in Zukunft besser geschützt und Meldungen können einfacher und sicherer erfolgen. Unabhängig von der Umsetzung dieser EU-Richtlinie hat die DMB Rechtsschutz bereits ein Hinweisgebersystem eingeführt.

Das Europäische Parlament hat im Rahmen seines New Deal for Consumers die Richtlinie zur Einführung der **Europäischen Verbandsklage** angenommen. Bis Ende 2022 müssen die Mitgliedsstaaten die Vorschriften zur Verbandsklage in nationales Recht umsetzen. Damit werden die nationalen Regeln zur EU-weiten Verbandsklage bis Mitte 2023 in Kraft treten. Verbandsklagen können dann nicht wie die aktuelle deutsche Musterfeststellungsklage von Anwaltskanzleien angestrengt werden, sondern nur von Einrichtungen wie Verbraucherorganisationen. Verbraucher haben mit dem neuen Klageinstrument zukünftig die Möglichkeit, in einem Verfahren neben der Feststellung auch direkt auf Beseitigung und Schadensersatz zu klagen. Damit geht die zukünftige Verbandsklage weit über die bisherige Musterfeststellungsklage hinaus.

Für die digitale Transformation der **Rechtsdienstleistungsbranche** ist es nötig, die unterschiedlichen Rahmenbedingungen für die extrem regulierten und reglementierten Rechtsschutzversicherer auf der einen Seite und den neu entstandenen, weitgehend frei agierenden digitalen Anbietern (sog. Legal Techs) auf der anderen Seite wieder anzugleichen. Der Rechtsrahmen des Rechtsdienstleistungsmarktes ist an veränderte Lebenswirklichkeiten anzupassen, insbesondere an ein an Bedeutung gewinnendes

digitales Umfeld. Im Rahmen der Modernisierung des Rechtsdienstleistungsrechts muss die tragende Rolle der Rechtsschutzversicherer für den Zugang zum Recht gewürdigt werden und umfassend Berücksichtigung finden.

Die **Wettbewerbsdynamik** im Markt der Rechtsschutzversicherung hält auch 2022 an. Dies zeigt sich vor allem im Makler- und Onlinevertrieb. Der Kampf um Vertriebskapazität bleibt heftig. Zudem wird die Aufmerksamkeit vieler Vertriebspartner fast vollständig durch aufsichtsrechtliche und gesetzliche Regelungen sowie die damit verbundenen strukturellen Veränderungen und Verwerfungen im Vertriebsbereich absorbiert. Die Entscheidung zum sog. Provisionsdeckel bei der Lebensversicherung wird weitreichende Folgen für die freien Vermittler auch im Hinblick auf ihre mittelfristige Anzahl haben. Unabhängig davon würde die Umsetzung des aktuellen Gesetzes zur Deckelung der Abschlussprovisionen in der Restschuldenversicherung bei allen Versicherern zu einem zusätzlichen hohen administrativen Aufwand führen. Daher verfolgen wir die Entwicklung mit Sorge.

Prognose für die deutsche Versicherungswirtschaft

Die deutschen Versicherer blicken mit vorsichtigem Optimismus nach vorn und erwarten für 2022 ein Beitragswachstum zwischen 2 und 3 Prozent. Voraussetzung für die optimistische Variante ist ein merklicher konjunktureller Aufschwung. In der Lebensversicherung dürfte die Corona-Pandemie die Geschäftsaussichten weiterhin dämpfen. Es wird ein Zuwachs von 1,6 Prozent erwartet. Die Private Krankenversicherung plant mit einem Wachstum von 5 Prozent. In der Schaden- und Unfallversicherung wird wiederum ein solides Wachstum von 3 Prozent erwartet.

Eine moderate Beitragsanpassungsmöglichkeit besteht in der Rechtsschutzversicherung. Die durch das Kostenrechtsmodernisierungsgesetz erhöhten Schadenaufwendungen sind marktseitig bereits in den aktuellen Tarifen berücksichtigt. Dies wirkt sich im Neugeschäft beitrags erhöhend aus. Im Bestand kommen die daraus resultierenden Anpassungen erst 2023 zum Tragen. Für 2022 wird daher mit einem geringeren Beitragszuwachs von 2,5 Prozent gerechnet.

Für die selbstständigen Versicherungsvermittler stellt die Corona-Pandemie weiterhin eine enorme Herausforderung dar. Diejenigen Betriebe, die sich frühzeitig auf digitale Vertriebsprozesse eingerichtet und diese eingeübt haben, werden auch 2022 davon profitieren. Daneben zeichnet sich eine anhaltende Konsolidierung im Bereich der Versicherungsmakler ab. Dies wird insbesondere die kleinen und mittleren Maklerunternehmen betreffen.

Geschäftsentwicklung

Auch 2022 will die DMB Rechtsschutz im Zusammenhang mit dem im Vorjahr erzielten außerordentlichen Ertrag u. a. die Eigentümer in Form einer Bonusdividende sowie die versicherten DMB Mietervereine als Kunden über eine weitere zusätzliche Beitragsrückerstattung teilhaben lassen.

Versicherungsgeschäft

Die DMB Rechtsschutz will auch im laufenden Geschäftsjahr ihren Wachstumskurs fortsetzen. Für die **Beitragseinnahmen** planen wir optimistisch insgesamt eine Steigerung auf über 38 Mio €. Das anvisierte Wachstum liegt zwischen 6 und 7 Prozent und damit deutlich über der Markterwartung.

Für den Miet-Rechtsschutz rechnen wir mit einer geringfügigen Steigerung der Bruttobeitragseinnahmen auf 12 Mio €. Für den Privatkunden-, Gewerbe- und Landwirtschafts-Rechtsschutz planen wir aufgrund unseres Ausbaus des Vertriebs und der intensivierten Aktivitäten für 2022 mit einem Beitragsvolumen von deutlich über 26 Mio €. Wachstumstreiber bleibt das **Maklergeschäft** mit einem erwarteten Zuwachs der Beitragseinnahmen von ca. 9 Prozent. Wir gehen davon aus, dass sich unsere Maklerpartner auf die neuen digitalen Vertriebsmöglichkeiten eingestellt haben und deshalb trotz anhaltender pandemischer Einschränkungen aktive Kundenbetreuung und -akquise sicherstellen werden. Unsere Maklerpartner werden wir persönlich und digital bestmöglich unterstützen. Allerdings dürfte sich die Wettbewerbsdynamik weiter verschärfen. Nur wenn uns unsere wesentlichen Vertriebspartner weiterhin nachhaltig Vertrauen schenken, ist wieder ein überdurchschnittliches Wachstum zu erreichen.

Die Planung für den **Schadenbereich** bleibt schwierig. Bei einer über das Jahr anhaltenden Corona-Krise steigt die Gefahr von Unternehmensinsolvenzen und einer deutlich höheren Arbeitslosigkeit. Hinzu kommen die Erhöhungen durch das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz und die unvorhersehbaren Sondergruppenschäden. Für den Schadenbereich gehen wir insgesamt von einer ansteigenden Entwicklung aus. Wir erwarten eine Steigerung der Schadenanzahlen und planen um 8 Prozent höhere Zahlungen für Schäden. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R. werden voraussichtlich um rd. 6 Prozent steigen.

Unsere Kunden nehmen unsere **Service-Angebote** der telefonischen Erstberatung, der Online-Mandatierung sowie der Benennung ausgewählter Anwaltskanzleien nach wie vor intensiv in Anspruch. Wir setzen darauf, dass die Nutzung unserer Service-Angebote noch weiter gesteigert werden kann. Ebenso erhofft sich die Gesellschaft über die umfassenden Mediationsleistungen mit ihren Zusatzvorteilen mittel- und langfristig ein verändertes Schadenbewusstsein und -verhalten der Kunden. Als modernes und zukunftsweisendes Instrument ermöglicht die DMB RECHT Einigungshilfe die schnelle Problemlösung durch Konfliktklärung ohne Gericht. All diese Maßnahmen erhöhen die Kundenzufriedenheit und begrenzen gleichzeitig den Schadenaufwand. Für eine anhaltend positive Entwicklung werden wir den Weg zu einem modernen Schadenmanagement ebenso weiterverfolgen, wie wir auf die Fortsetzung der Regressbearbeitung und Betrugsbekämpfung setzen.

Die **Rückstellung für Beitragsrückerstattung** soll wie im Vorjahr um zusätzliche 300 T€ aus dem Gewinn der Gesellschaft aufgestockt werden können. Ebenso ist eine weitere zusätzliche ergebnisabhängige Beitragsrückerstattung von 100 T€ vorgesehen. Die **Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb** sollten entsprechend dem Neugeschäft um rd. 8 Prozent steigen.

Insgesamt erwarten wir in der **versicherungstechnischen Rechnung** erneut ein deutlich positives und im Vergleich zum Vorjahr höheres Ergebnis von rd. 800 T€. Dabei sollte das Mehrergebnis aus Beiträgen die Aufwendungen für Beitragsrückerstattungen, Schaden und Kosten übersteigen.

Kapitalanlagen

Für private und institutionelle Kapitalanleger wird 2022 ein herausforderndes Jahr. Die Rahmenbedingungen der Kapitalanlage haben sich grundlegend geändert. Zum einen spielt plötzlich Inflation eine wichtige Rolle. Die Notenbanken werden ihre Politik den Marktgegebenheiten anpassen müssen. Dabei werden die Zinsen voraussichtlich merklich zulegen, die Kurse der verzinslichen Anlagen im Umkehrschluss fallen. Auch der Verlauf der Corona-Pandemie und das Entstehen neuer Virusvarianten werden großen Einfluss haben. Hinzu kommen potenzielle Handelskonflikte und geopolitische Aus-

einandersetzungen. Die Wertzuwächse bei Aktien dürften sich auf ein normales Maß von durchschnittlich 4 bis 5 Prozent einpendeln, die Schwankungen können enorm werden. Es bleibt weiterhin schwierig, eine volatilitätsarme und auskömmliche Rendite zu erzielen.

Die DMB Rechtsschutz verfolgt eine **ausgewogene Anlagepolitik**. Auf der Grundlage einer breit gestreuten Portfolio-Aufstellung sollen Risiken begrenzt und sich bietende Chancen ergriffen werden. Schwerpunkte im Direktbestand bleiben Inhaberschuldverschreibungen. Zur Diversifizierung des Kapitalanlage-Portfolios nutzt die Gesellschaft Publikumsfonds mit differenzierter Ausrichtung. Zudem investiert die Gesellschaft über die Beteiligung an spezifischen Fonds in alternative Anlagen. Hierzu zählen Investments in Infrastrukturprojekte, erneuerbare Energien, die Finanzierung mittelgroßer Unternehmen sowie in Private Equity.

Der Bestand der Kapitalanlagen soll nach unseren Planungen auf etwa 75,5 Mio € steigen. Die Investitionen in Aktien und überwiegend in Renten werden wie bisher in unserem Spezialfonds zusammengefasst. Die Steuerung erfolgt mittels innovativer Risikomanagementansätze und mit einem klar definierten Risikobudget. Die Aktienanlage innerhalb des Fonds erfolgt weiterhin differenziert, verbunden mit einer langfristigen Absicherungsstrategie. Das Rentenportfolio wird weiterhin über die Duration gesteuert. Neben Einzeltiteln vor allem im Unternehmensanleihe-Segment wird in spezifische Fonds investiert. Die durchgerechnete strategische Aktienquote, bezogen auf den Gesamtbestand, soll wieder im Jahresverlauf zwischen 8 und 14 Prozent liegen.

Die Investitionen in Aktien und überwiegend in Renten werden wie bisher in unserem Spezialfonds zusammengefasst. Die Steuerung erfolgt mittels innovativer Risikomanagementansätze und mit einem klar definierten Risikobudget. Die Aktienanlage innerhalb des Fonds erfolgt weiterhin differenziert, verbunden mit einer langfristigen Absicherungsstrategie. Das Rentenportfolio wird weiterhin über die Duration gesteuert. Neben Einzeltiteln vor allem im Unternehmensanleihe-Segment wird in spezifische Fonds investiert. Die durchgerechnete strategische Aktienquote, bezogen auf den Gesamtbestand, soll wieder im Jahresverlauf zwischen 8 und 14 Prozent liegen.

Das **Ergebnis aus Kapitalanlagen** könnte gemäß den Planungen 2 Mio € betragen. Basis dafür sind erhöhte Erträge aus den Alternativen Investmentfonds, eine wieder steigende Ausschüttung aus dem Spezialfonds und das Ausbleiben höherer Abschreibungen. Daraus würde eine Nettoverzinsung von 2,7 Prozent folgen.

Gesamtergebnis und Dividende

Das Gesamtergebnis wird wesentlich von den vielfältigen geschilderten Einflussfaktoren abhängen. Für 2022 planen wir einen gesteigerten Gewinn aus dem Versicherungsgeschäft. Das Ergebnis aus Kapitalanlagen soll deutlich höher liegen können als im Vorjahr. Das sonstige Ergebnis wird sich aufgrund des Einmaleffekts im Vorjahr verschlechtern. Das Ergebnis vor Steuern soll in Folge rd. 1 Mio € betragen können. Der Steueraufwand wird aufgrund eines Sondereffekts deutlich niedriger ausfallen. Der Jahresüberschuss soll, sofern keine unvorhersehbaren Ereignisse die Planungen wesentlich beeinträchtigen, bei rd. 900 T€ liegen. Daraus soll erneut eine Zuführung zu den Gewinnrücklagen erfolgen. Der Bilanzgewinn soll eine Standarddividende mindestens in Vorjahreshöhe von 40 € je Aktie und eine Bonusdividende von 20 € je Aktie ermöglichen.

Betriebene Versicherungsarten

Die DMB Rechtsschutz betreibt in der Bundesrepublik Deutschland alle Rechtsschutzversicherungsarten auf der Grundlage der Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung (ARB). Der Geschäftsbetrieb erstreckt sich ausschließlich auf das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft.

Jahresabschluss 2021

| | |
|---|----|
| Bilanz | 46 |
| Gewinn- und Verlustrechnung | 48 |
| Anhang | 50 |
| Angaben zu den Aktiva | 54 |
| Angaben zu den Passiva | 55 |
| Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung | 56 |
| Sonstige Angaben | 58 |

| Bilanz zum 31. Dezember | | | 2021 | 2020 |
|---|------|---------------|---------------|---------------|
| Aktiva | | | € | € |
| A. Immaterielle Vermögensgegenstände | | | 4.087.342,21 | 3.814.228,77 |
| B. Kapitalanlagen | | | | |
| I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken | | | 1.220.113,43 | 1.220.113,43 |
| II. Sonstige Kapitalanlagen | | | | |
| 1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | | 62.265.239,78 | | 58.134.508,23 |
| 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | | 9.511.781,77 | | 11.988.140,31 |
| 3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen | | 0,00 | | 0,00 |
| 4. Sonstige Ausleihungen | | | | |
| a) Namensschuldverschreibungen | 0,00 | | | 0,00 |
| b) Schuldscheinforderungen und Darlehn | 0,00 | | | 0,00 |
| | | 0,00 | | |
| 5. Einlagen bei Kreditinstituten | | 1.999.938,89 | | 899.938,92 |
| | | | 73.776.960,44 | |
| | | | 74.997.073,87 | 72.242.700,89 |
| C. Forderungen | | | | |
| I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an: | | | | |
| 1. Versicherungsnehmer | | 1.316.213,07 | | 774.515,06 |
| 2. Versicherungsvermittler | | 10.058,43 | | 11.012,93 |
| | | | 1.326.271,50 | |
| II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft | | | 957.093,83 | 1.616.364,15 |
| III. Sonstige Forderungen | | | 16.216,88 | 94.674,64 |
| | | | 2.299.582,21 | 2.496.566,78 |
| D. Sonstige Vermögensgegenstände | | | | |
| I. Sachanlagen und Vorräte | | | 529.692,91 | 529.095,07 |
| II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand | | | 2.762.710,41 | 1.641.769,64 |
| | | | 3.292.403,32 | 2.170.864,71 |
| E. Rechnungsabgrenzungsposten | | | | |
| I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten | | | 75.526,20 | 109.876,67 |
| II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten | | | 105.716,03 | 80.331,81 |
| | | | 181.242,23 | 190.208,48 |
| Summe der Aktiva | | | 84.857.643,84 | 80.914.569,63 |

| | | | 2021 | 2020 |
|---|--------------|--|----------------------|----------------------|
| Passiva | | | € | € |
| A. Eigenkapital | | | | |
| I. Gezeichnetes Kapital | | | 3.000.300,00 | 3.000.300,00 |
| II. Kapitalrücklage | | | 2.466.643,87 | 2.466.643,87 |
| III. Gewinnrücklagen | | | | |
| 1. Gesetzliche Rücklage | 13.293,59 | | | 13.293,59 |
| 2. Andere Gewinnrücklagen | 6.666.706,41 | | | 6.366.706,41 |
| | | | 6.680.000,00 | |
| IV. Bilanzgewinn | | | 835.031,88 | 329.495,29 |
| | | | 12.981.975,75 | 12.176.439,16 |
| B. Versicherungstechnische Rückstellungen | | | | |
| I. Beitragsüberträge | | | 4.598.367,36 | 4.257.053,54 |
| II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle | | | 50.450.925,81 | 48.970.190,48 |
| III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung | | | 3.773.800,00 | 3.523.800,00 |
| | | | 58.823.093,17 | 56.751.044,02 |
| C. Andere Rückstellungen | | | | |
| I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | | | 7.683.396,00 | 6.826.134,00 |
| II. Steuerrückstellungen | | | 655.870,00 | 680.500,00 |
| III. Sonstige Rückstellungen | | | 1.442.255,68 | 1.181.009,35 |
| | | | 9.781.521,68 | 8.687.643,35 |
| D. Andere Verbindlichkeiten | | | | |
| I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber | | | | |
| 1. Versicherungsnehmern | 579.263,86 | | | 1.382.562,18 |
| 2. Versicherungsvermittlern | 793.178,92 | | | 311.119,74 |
| | | | 1.372.442,78 | |
| II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft | | | 0,00 | 0,00 |
| III. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | | | 0,00 | 0,00 |
| IV. Sonstige Verbindlichkeiten | | | 1.898.610,46 | 1.605.761,18 |
| davon: | | | | |
| aus Steuern: 426.966,42 € (2020: 494.908,45 €) | | | | |
| im Rahmen der sozialen Sicherheit: -,- € (2020: -,- €) | | | | |
| | | | 3.271.053,24 | 3.299.443,10 |
| Summe der Passiva | | | 84.857.643,84 | 80.914.569,63 |

| Gewinn- und Verlustrechnung | | 2021 | 2020 |
|--|----------------|-----------------------|-----------------------|
| für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember | | € | € |
| I. Versicherungstechnische Rechnung | | | |
| 1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung | | | |
| a) Gebuchte Bruttobeiträge | | 35.954.199,61 | 34.589.918,65 |
| b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge | | -2.468.094,37 | -2.397.563,66 |
| c) Veränderung der Beitragsüberträge | | -341.313,82 | -97.293,71 |
| | | 33.144.791,42 | 32.095.061,28 |
| 2. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung | | | |
| a) Zahlungen für Versicherungsfälle | | | |
| aa) Bruttobetrag | -21.847.324,41 | | -20.670.150,37 |
| bb) Anteil der Rückversicherer | 1.969.681,00 | | 2.501.020,52 |
| | | -19.877.643,41 | |
| b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle Bruttobetrag | | -1.480.735,33 | -3.010.146,39 |
| | | -21.358.378,74 | -21.179.276,24 |
| 3. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung | | | |
| | | - 1.129.521,53 | -789.634,61 |
| 4. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung | | | |
| a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb | | -10.438.135,29 | -9.804.903,30 |
| b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft | | 400.000,00 | 400.000,00 |
| | | -10.038.135,29 | -9.404.903,30 |
| 5. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung | | 618.755,86 | 721.247,13 |

| | | | 2021 | 2020 |
|--|--------------|--------------|---------------------|-------------------|
| | | | € | € |
| II. Nichtversicherungstechnische Rechnung | | | | |
| 1. Erträge aus Kapitalanlagen | | | | |
| a) Erträge aus Beteiligungen | | 0,00 | | 0,00 |
| b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen | | | | |
| aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken | 403.099,88 | | | 402.395,81 |
| bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen | 1.349.399,01 | | | 1.768.394,89 |
| | | 1.752.498,89 | | |
| c) Erträge aus Zuschreibungen | | 96.180,25 | | 30.469,98 |
| d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen | | 72.337,70 | | 115.965,67 |
| | | | 1.921.016,84 | 2.317.226,35 |
| 2. Aufwendungen für Kapitalanlagen | | | | |
| a) Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen | | -134.754,01 | | -125.786,01 |
| b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen | | -26.261,63 | | -431.871,62 |
| c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen | | -5.760,00 | | -74.500,80 |
| | | | -166.775,64 | -632.158,43 |
| 3. Sonstige Erträge | | | 2.736.614,39 | 240.701,77 |
| 4. Sonstige Aufwendungen | | | -3.671.405,65 | -2.029.111,51 |
| | | | -934.791,26 | -1.788.409,74 |
| 5. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit | | | 1.438.205,80 | 617.905,31 |
| 6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | | | -318.313,48 | -358.751,00 |
| 7. Sonstige Steuern | | | -14.325,73 | -12.328,17 |
| | | | -332.639,21 | -371.079,17 |
| 8. Jahresüberschuss | | | 1.105.566,59 | 246.826,14 |
| 9. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr | | | 29.465,29 | 82.669,15 |
| 10. Einstellungen in Gewinnrücklagen in andere Gewinnrücklagen | | | -300.000,00 | 0,00 |
| 11. Bilanzgewinn | | | 835.031,88 | 329.495,29 |

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs, des Aktiengesetzes und des Versicherungsaufsichtsgesetzes in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen aufgestellt.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zum Anschaffungswert aktiviert und zwischen drei und neun Jahren linear abgeschrieben. Lizenzen für die Verwendung von Siegeln bzw. Auszeichnungen werden im Jahr des Zugangs in voller Höhe abgeschrieben. Immaterielle Vermögensgegenstände, die erst in den Folgejahren in Betrieb genommen werden, unterliegen im Geschäftsjahr keiner Abschreibung.

Kapitalanlagen

Das im Bestand befindliche bebaute Grundstück ist zu Anschaffungskosten aktiviert, vermindert um die steuerlich zulässigen Abschreibungen.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind mit den Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren Börsenkursen oder Rücknahmepreisen ausgewiesen. Die Bewertung erfolgte grundsätzlich nach dem strengen Niederstwertprinzip.

Die nach § 341b Abs. 2 HGB wie Anlagevermögen bewerteten Investmentanteile und Inhaberschuldverschreibungen wurden gemäß § 253 Abs. 3 HGB grundsätzlich zu Anschaffungskosten, unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips entsprechend den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bilanziert.

Im Geschäftsjahr wurden erworbene Anteile an Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 703.350,00 € umgewidmet und dem Anlagevermögen zugeordnet. Diese Anteile sollen dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen. Durch die Umwidmung wurden Abschreibungen in Höhe von 18.802,00 € vermieden.

Einlagen bei Kreditinstituten sind mit dem Nennbetrag angesetzt.

Forderungen

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft sowie sonstige Forderungen sind mit den Nominalbeträgen, ggf. unter Berücksichtigung von Wertberichtigungen eingestellt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Sachanlagen und Vorräte sind zu Anschaffungskosten aktiviert. Die Sachanlagen werden linear in steuerlich zulässiger Höhe abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter im Sinne des § 6 Abs. 2 EStG werden im Zugangsjahr sofort abgeschrieben, wenn die Anschaffungs- und Herstellungskosten nicht mehr als 250,00 € betragen. Für bewegliche Wirtschaftsgüter mit einem Wert von 250,00 € bis 1.000,00 € wurde ein jahrgangsbezogener Sammelposten gebildet. Dieser wird über eine Dauer von fünf Jahren gleichmäßig gewinnmindernd aufgelöst.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten und der Kassenbestand sind mit dem Nominalwert angesetzt.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Abgegrenzte Zinsen und Mieten und sonstige Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Nominalwert angesetzt.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Ermittlung der Beitragsüberträge erfolgte taggenau nach der 1/360-Methode. Bei der Ermittlung wurde der BdF-Erlass vom 30. April 1974 berücksichtigt.

Die Rückstellung für Versicherungsfälle wurde aufgrund von Erfahrungen hinsichtlich der Schadenhäufigkeit durch Multiplikation mit dem erwarteten Durchschnittswert ermittelt. Großschäden wurden jeweils gesondert berücksichtigt. Die Spätschadenrückstellung wurde errechnet, indem die erwarteten Nachmeldungen mit Durchschnittswerten bewertet wurden.

Die Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen wurde nach Maßgabe des Koordinierten Ländererlasses vom 2. Februar 1973 ermittelt. RPT-Forderungen werden abgesetzt.

Zum 31.12.2000 wurde der Quotenrückversicherungsvertrag gekündigt. Der Anteil des Rückversicherers an den Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ist in der Position „Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft“ ausgewiesen und wird je nach Zahlungsstand gemäß dem Rückversicherungsvertrag abgewickelt.

Andere Rückstellungen

Die Berechnung der Pensionsrückstellungen erfolgte nach dem international üblichen Anwartschaftsbarwertverfahren (PUC-Methode) in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB auf der Grundlage der Richttafeln 2018 G von Klaus Heubeck. Die Abzinsung erfolgt mit dem von der Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten 10 Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB mit 1,87 Prozent. Entgelt- und Rentensteigerungen wurden für die Zusagen, die keine Kapitalabfindung vorsehen, in Höhe von 2,5 Prozent bzw. 2,25 Prozent berücksichtigt.

Gemäß § 253 Abs. 6 HGB liegt ein ausschüttungsgesperrter Betrag vor Berücksichtigung der latenten Steuern in Höhe von 622.150,00 € (i. V. 781.729,00 €) vor. Demgegenüber stehen ausreichende Gewinnrücklagen zur Verfügung.

Aufgrund des im Jahr 2010 ausgeübten Wahlrechts gemäß Artikel 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB wurden die Steuerrückstellungen beibehalten. Zum 31.12.2021 ergibt sich ein Betrag von 1.342,00 € aufgrund Artikel 67 Abs. 1 Satz 4 EGHGB.

Die anderen Rückstellungen sind in Höhe der zu erwartenden Verpflichtungen mit ihrem Erfüllungsbetrag ausgewiesen und weisen Laufzeiten bis zu einem Jahr aus.

Andere Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern und -vermittlern sowie sonstige Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Alle Verbindlichkeiten, die erst in den Folgejahren fällig werden, haben Restlaufzeiten von weniger als einem Jahr.

Latente Steuern

Latente Steuern werden für zeitliche, sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich wieder abbauende Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt. Der Ermittlung der latenten Steuern liegt der kombinierte Ertragssteuersatz von aktuell 32,45 Prozent zugrunde. Der kombinierte Ertragssteuersatz umfasst Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag. Eine sich insgesamt ergebende Steuerbelastung würde in der Bilanz als passive latente Steuer angesetzt. Im Fall einer Steuerentlastung würde vom entsprechenden Aktivierungswahlrecht kein Gebrauch gemacht.

Im Geschäftsjahr ergibt sich ausschließlich eine Bemessungsgrundlage für aktive latente Steuern, insbesondere aus der realitätsnäheren Bewertung von Schadenrückstellungen sowie aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen. In Ausübung des Wahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB werden keine aktiven latenten Steuern bilanziert. Die Gesellschaft verfügt über keine steuerlichen Verlustvorträge.

Währungsumrechnung

Währungsumrechnungen erfolgen für Posten der Bilanz unter Beachtung des Niederstwertprinzips zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag. Posten der Gewinn- und Verlustrechnung werden zum Transaktionszeitpunkt umgerechnet.

| Entwicklung bestimmter Aktivposten im Geschäftsjahr | Bilanzwerte Vorjahr | Zugänge | Umbuchungen |
|--|------------------------|---------------------|-------------|
| | € | € | € |
| A. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten | 3.814.228,77 | 849.992,88 | -- |
| B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken | 1.220.113,43 | -- | -- |
| B. II. Sonstige Kapitalanlagen | | | |
| 1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | 58.134.508,23 | 5.520.331,13 | -- |
| 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 11.988.140,31 | 2.204.478,47 | -- |
| 3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen | 0,00 | -- | -- |
| 4. Sonstige Ausleihungen | | | |
| a) Namensschuldverschreibungen | 0,00 | -- | -- |
| b) Schuldscheinforderungen und Darlehn | 0,00 | -- | -- |
| 5. Einlagen bei Kreditinstituten | 899.938,92 | 1.099.999,97 | -- |
| 6. Summe B. II. | 71.022.587,46 | 8.824.809,57 | -- |
| Insgesamt | 76.056.929,66 | 9.674.802,45 | -- |

Angaben zu Anteilen an Investmentvermögen nach § 285 Nr. 26 HGB

B. II. Investmentanteile

| Art des Fonds/Anlageziel | Buchwert 31.12.2021 | Marktwert 31.12.2021 | Bewertungs- reserven |
|--|------------------------|-------------------------|-------------------------|
| | € | € | € |
| Gemischter Fonds: Aquila-1-Universal-Fonds | 43.048.312,20 | 43.947.574,95 | 899.262,75 |

Bei Investmentanteilen mit einem Bilanzwert in Höhe von 43.048,32 T€ hält die Gesellschaft mehr als 10 Prozent der Anteile. Der Fonds wurde gemäß § 341 b Abs. 2 in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Die Ausschüttung wurde ertragswirksam vereinnahmt.

| Abgänge | Zuschreibungen | Abschreibungen | Bilanzwerte Geschäftsjahr |
|---------------------|------------------|-------------------|------------------------------|
| € | € | € | € |
| -- | -- | 576.879,44 | 4.087.342,21 |
| -- | -- | -- | 1.220.113,43 |
| 1.458.849,64 | 80.873,37 | 11.623,31 | 62.265.239,78 |
| 4.681.505,57 | 15.306,88 | 14.638,32 | 9.511.781,77 |
| -- | -- | -- | 0,00 |
| -- | -- | -- | 0,00 |
| -- | -- | -- | 0,00 |
| -- | -- | -- | 1.999.938,89 |
| 6.140.355,21 | 96.180,25 | 26.261,63 | 73.776.960,44 |
| 6.140.355,21 | 96.180,25 | 603.141,07 | 79.084.416,08 |

| Ausschüttung 2021 | Mögliche Rückgabe |
|----------------------|----------------------|
| € | |
| 300.000,00 | börsentäglich |

Weitere Angaben zu Posten der Bilanz: Aktiva

B. Kapitalanlagen

I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Grundstück mit Geschäftsbauten

Gesamt

| 2021 € | 2020 € |
|---------------------|---------------------|
| 1.220.113,43 | 1.220.113,43 |
| 1.220.113,43 | 1.220.113,43 |

Als Grundstück mit Geschäftsbauten wird das am 3. Februar 1995 erworbene Geschäftshaus in Köln, Bonner Straße 323, ausgewiesen. Das Geschäftshaus wird zu 80 Prozent selbst genutzt.

Buch- und Zeitwerte der Kapitalanlagen

Art der Anlage

| Art der Anlage | 2021 € Buchwert | 2021 € Zeitwert | 2021 € Bewertungs- reserven |
|---|-----------------------|-----------------------|--------------------------------------|
| 1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken | 1.220.113,43 | 7.060.000,00 | 5.839.886,57 |
| 2. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | 62.265.239,78 | 64.229.240,97 | 1.964.001,19 |
| 3. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 9.511.781,77 | 9.849.747,96 | 337.966,19 |
| 4. Hypotheken-, Grundschuld und Rentenschuldforderungen | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 5. Sonstige Ausleihungen | | | |
| a) Namensschuldverschreibungen | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| b) Schuldscheinforderungen und Darlehn | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 6. Einlagen bei Kreditinstituten | 1.999.938,89 | 1.999.938,89 | 0,00 |
| Summe | 74.997.073,87 | 83.138.927,82 | 8.141.853,95 |

Die Bewertung des Grundstücks erfolgte im Jahr 2019 nach einem vereinfachten Ertragswertverfahren.

Anteile an Investmentvermögen und Inhaberschuldverschreibungen werden mit Börsenkursen, dem zur Verfügung gestellten Net Asset Value bzw. Rückkaufpreisen am Bilanzstichtag bewertet.

Durch die Anwendung des § 341 b Abs. 2 HGB wurden Abschreibungen auf Investmentanteile und Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 342.449,24 € vermieden. Der Buchwert dieser Investmentanteile beträgt 4.826.905,54 €, der Zeitwert 4.511.347,20 €. Der Buchwert dieser Inhaberschuldverschreibungen beträgt 904.263,90 €, der Zeitwert 877.373,00 €. Es wurde von einer Abschreibung abgesehen, da es sich um eine vorübergehende Wertminderung handelt, die ausschließlich auf marktübliche Schwankungen zurückzuführen ist.

E. Rechnungsabgrenzungsposten (§ 250 Abs. 1 HGB)

I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Noch nicht fällige Zinsen aus Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Sonstige Rechnungsabgrenzungen

| 2021 € |
|------------|
| 75.526,20 |
| 105.716,03 |

Weitere Angaben zu Posten der Bilanz: Passiva

A. Eigenkapital

I. Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital der DMB Rechtsschutz-Versicherung AG beträgt 3.000.300,00 €. Es ist eingeteilt in 10.001 auf den Namen lautende Stammaktien zum Nennbetrag von je 300,00 €.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 24. Juni 2021 wurde die Genehmigung zur Ausgabe neuer Aktien gegen Bar- oder Sacheinlage im Gesamtbetrag von bis zu 1.500.000,00 € erteilt. Diese Genehmigung gilt bis zum 24. Juni 2026.

III. Entwicklung der Gewinnrücklagen

1. Gesetzliche Rücklage

2. Andere Gewinnrücklagen

Stand am 1. Januar 2021

Einstellungen aus Jahresüberschuss

Stand am 31. Dezember 2021

Gesamte Gewinnrücklagen

2021

€

13.293,59

6.366.706,41

300.000,00

6.666.706,41

6.680.000,00

IV. Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn errechnet sich wie folgt:

Bilanzgewinn am 31. Dezember 2020

Dividende 2020 gemäß Beschluss der Hauptversammlung

Weitere Einstellungen in andere Gewinnrücklagen gemäß Beschluss der Hauptversammlung

Gewinnvortrag zum 1. Januar 2021

Jahresüberschuss 2021

Einstellungen in andere Gewinnrücklagen

Bilanzgewinn am 31. Dezember 2021

329.495,29

–300.030,00

0,00

29.465,29

1.105.566,59

–300.000,00

835.031,88

B. Versicherungstechnische Rückstellungen

I. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Versicherungstechnische Bruttorückstellungen insgesamt

Bruttorückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

2021

€

58.823.093,17

50.450.925,81

2020

€

56.751.044,02

48.970.190,48

II. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Stand am 1. Januar 2021

Ausschüttung

Zuführung aus Beitragseinnahmen

Zusätzliche Zuführung

Auflösung

Stand am 31. Dezember 2021

3.523.800,00

–879.521,53

511.625,95

717.722,09

–99.826,51

3.773.800,00

3.614.000,00

–879.834,61

516.418,65

367.274,08

–94.058,12

3.523.800,00

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung unterteilt sich in einen erfolgsunabhängigen Teil in Höhe von 2.056.077,91 € und in einen erfolgsabhängigen Teil in Höhe von 1.717.722,09 €.

| C. Andere Rückstellungen | 2021 € | 2020 € |
|--|------------|------------|
| Die sonstigen Rückstellungen sind insbesondere gebildet für: | | |
| Sonstige Personalaufwendungen | 643.700,00 | 586.213,00 |
| Rechts- und Steuerberatung, Revision | 307.500,00 | 155.000,00 |
| Prüfung und Erstellung des Jahresabschlusses | 158.700,00 | 131.700,00 |
| Druck und Veröffentlichung Jahresabschluss | 95.000,00 | 80.000,00 |
| IT-Projekte | 85.000,00 | 0,00 |

Angaben zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

| I. Versicherungstechnische Rechnung | 2021 € | 2020 € |
|--|---------------|---------------|
| 1. Verdiente Beiträge f. e. R. | | |
| Gebuchte Bruttobeiträge | 35.954.199,61 | 34.589.918,65 |
| Verdiente Bruttobeiträge | 35.612.885,79 | 34.492.624,94 |
| Verdiente Beiträge f. e. R. | 33.144.791,42 | 32.095.061,28 |
| Die verdienten Beiträge resultieren ausschließlich aus selbst abgeschlossenem Versicherungsgeschäft. | | |
| 2. Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R. | | |
| Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle | 23.328.059,74 | 23.680.296,76 |
| 3. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R. | | |
| Abschlussaufwendungen | 4.083.398,52 | 3.835.678,17 |
| Verwaltungsaufwendungen | 6.354.736,77 | 5.969.225,13 |
| Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb | 10.438.135,29 | 9.804.903,30 |
| Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen | | |
| Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft | 6.543.179,15 | 6.149.809,37 |
| Löhne und Gehälter | 5.095.196,65 | 4.719.572,71 |
| Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung | 697.735,43 | 629.109,08 |
| Aufwendungen für Altersversorgung | 815.768,53 | 724.581,52 |
| Aufwendungen insgesamt | 13.151.879,76 | 12.223.072,68 |
| 4. Rückversicherungssaldo | | |
| Der Rückversicherungssaldo beinhaltet die verdienten Beiträge des Rückversicherers, den Anteil der Rückversicherung an den Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle sowie den Anteil der Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb. | 98.413,37 | -503.456,86 |
| 5. Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R. | | |
| Gesamtes Geschäft | 618.755,86 | 721.247,13 |

Sonstige Angaben

Rechtliche Grundlagen (§ 264 Abs. 1a HGB)

Die DMB Rechtsschutz-Versicherung Aktiengesellschaft hat ihren Sitz in Köln und ist eingetragen in das Handelsregister beim Amtsgericht Köln (HRB 13424).

Haftungsverhältnisse (§ 285 Nr. 3a HGB)

Sonstige aus dem Jahresabschluss und dem Lagebericht nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB bestehen nicht.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen (§ 285 Nr. 3a HGB)

Die Gesellschaft ist am BlackRock Renewable Income Europe Fonds für erneuerbare Energien beteiligt.
Im Zusammenhang mit der Zeichnung des Fonds steht ein restlicher Kapitalabruf in Höhe von 444.259,96 € aus.

Die Gesellschaft ist am BlackRock Private Debt Fonds I für Unternehmensfinanzierungen beteiligt.
Im Zusammenhang mit der Zeichnung des Fonds steht ein restlicher Kapitalabruf in Höhe von 80.527,66 € aus.

Die Gesellschaft ist am BlackRock Private Debt Fonds II für Unternehmensfinanzierungen beteiligt.
Im Zusammenhang mit der Zeichnung des Fonds steht ein restlicher Kapitalabruf in Höhe von 1.013.347,03 € aus.

Die Gesellschaft ist am BlackRock Global Infrastructure III Fonds zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten beteiligt.
Im Zusammenhang mit der Zeichnung des Fonds steht ein restlicher Kapitalabruf in Höhe von 504.050,00 € aus.

Die Gesellschaft ist im BlackRock Private Equity Opportunities ELTIF Fonds für Unternehmensbeteiligung investiert.
Im Zusammenhang mit der Zeichnung des Fonds steht ein restlicher Kapitalabruf in Höhe von 1.580.863,00 € aus.

Die Gesellschaft ist am BlackRock Global Infrastructure IV Fonds zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten beteiligt.
Im Zusammenhang mit der Zeichnung des Fonds steht ein restlicher Kapitalabruf in Höhe von 3.000.000,00 € aus.

Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats (§ 285 Nr. 9 HGB) und Nennung der Organmitglieder (§ 285 Nr. 10 HGB)

Der Aufwand für die Bezüge des Vorstands für das Geschäftsjahr 2021 belief sich auf 1.055.762,74 €.
Der Aufwand für die Bezüge der ehemaligen Vorstände für das Geschäftsjahr 2021 betrug 95.659,53 €.
Die Pensionsrückstellung für die ehemaligen Vorstände am 31.12.2021 beträgt 1.342.008,00 €.

Der Aufsichtsrat erhält keine Bezüge.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats der Gesellschaft sind auf Seite 67, die des Vorstands auf Seite 68 genannt.

Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt (§ 285 Nr. 7 HGB)

Durchschnittlich waren im Geschäftsjahr 60 Mitarbeiter beschäftigt.
Im Innendienst der Hauptverwaltung waren zum Geschäftsjahresende 56 Mitarbeiter beschäftigt,
im Außendienst waren zum Geschäftsjahresende 6 Mitarbeiter tätig.

Nachtragsbericht

Vorgänge, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der DMB Rechtsschutz von besonderer Bedeutung gewesen wären, sind nach Schluss des Geschäftsjahres bis zum Termin der Aufstellung des Jahresabschlusses nicht eingetreten.

Gesamthonorar des Abschlussprüfers (§ 285 Nr. 17 HGB)

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers, BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, betrug für das Geschäftsjahr 2021 für

- Abschlussprüfungsleistungen: 65.138,00 €
- Steuerberatungsleistungen: 0,00 €
- sonstige Leistungen: 0,00 €

Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden

Die DMB Rechtsschutz ist u. a. Mitglied folgender Verbände/Vereine:

Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V., Berlin
 Versicherungsombudsmann e. V., Berlin
 Berufsbildungswerk der Versicherungswirtschaft in Köln (BWV) e. V., Köln
 Bundesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Versicherungsmakler (BFV), Düsseldorf

Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns

Die DMB Rechtsschutz erzielte 2021 einen Jahresüberschuss von 1.106 T€.

Aus dem Jahresüberschuss wurden nach Beschluss des Vorstands und des Aufsichtsrats 300 T€ den Gewinnrücklagen zugeführt.

Einschließlich des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr in Höhe von 29 T€ beträgt der Bilanzgewinn 835 T€.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2021 in Höhe von 835.031,88 € wie folgt zu verwenden:

Ausschüttung von insgesamt 800.080 €,
 aufgeteilt auf die am Tage der Hauptversammlung dividendenberechtigten Aktien, sowie
 Gewinnvortrag auf neue Rechnung von 34.951,88 €.

Köln, den 21. Februar 2022

Der Vorstand



Dr. Wolfgang Hofbauer



Michael Eichhorn



Jessica Jonas



Lukas Siebenkotten

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die DMB Rechtsschutz-Versicherung AG, Köln

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben den Jahresabschluss der DMB Rechtsschutz-Versicherung Aktiengesellschaft, Köln, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft.

Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der DMB Rechtsschutz-Versicherung Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 geprüft. Die unter „SONSTIGE INFORMATIONEN“ genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der unter „SONSTIGE INFORMATIONEN“ genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

BESONDERS WICHTIGE PRÜFUNGSSACHVERHALTE IN DER PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzes und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Wir haben folgenden Sachverhalt als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt identifiziert:

Bewertung der in der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle (brutto) im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft enthaltenen Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle

Sachverhalt

Im Jahresabschluss der DMB Rechtsschutz-Versicherung Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2021 wird eine Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle (Schadenrückstellung) in Höhe von EUR 50,5 Mio. brutto ausgewiesen. Dies entspricht einem Anteil von 59,5 % an der Bilanzsumme.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle umfasst insbesondere Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle, soweit sie bis zum Bilanzstichtag eingetreten sind. Die Teilschadenrückstellung für bekannte Versicherungsfälle wird überwiegend nach dem Gruppenbewertungsverfahren gebildet. Grundlage hierfür sind aus den Erfahrungen der Vergangenheit abgeleitete voraussichtliche Schadenhäufigkeiten und Schadenhöhen. Die so ermittelten Rückstellungen werden entsprechend des Abwicklungsmusters auf die einzelnen Schadenanfalljahre verteilt. Daneben wird noch eine gesonderte Rückstellung für Großschäden gebildet, deren Rückstellungs- und Aufwandsverlauf einzeln beobachtet wird. Für unbekannte Versicherungsfälle wird die Teilschadenrückstellung überwiegend anhand von Erfahrungswerten ermittelt. Das Risiko besteht bei den zum Bilanzstichtag bereits bekannten Versicherungsfällen darin, dass die noch zu erwartenden Schadenzahlungen nicht in ausreichender Höhe zurückgestellt sind. Bei den bereits eingetretenen, jedoch noch nicht gemeldeten Versicherungsfällen (unbekannte Spätschäden) besteht daneben das Risiko, dass diese nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Die Festlegung von Annahmen zur Bewertung der Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle erfordert von den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft neben der Berücksichtigung der handels- und aufsichtsrechtlichen Anforderungen eine Einschätzung zukünftiger Ereignisse und die Anwendung geeigneter Bewertungsmethoden. Den bei der Ermittlung der Höhe der Rückstellungen angewendeten Methoden sowie Berechnungsparametern liegen Ermessensentscheidungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter zugrunde. Geringfügige Änderungen der Berechnungsparameter können eine wesentliche Auswirkung auf die Bewertung der Teilschadenrückstellungen haben. Aufgrund der betragsmäßig wesentlichen Bedeutung dieser Rückstellungen für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft sowie der Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter und den damit verbundenen Schätzunsicherheiten war die Bewertung der in der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle (brutto) im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft enthaltenen Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

Die Angaben der DMB Rechtsschutz-Versicherung Aktiengesellschaft zur Bewertung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle sind im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für Passiva“ im Anhang enthalten. Das Reserverisiko wird im Lagebericht im Abschnitt „Risiko aus dem Versicherungsgeschäft“ beschrieben.

Prüferische Reaktion und Erkenntnisse

Zur Prüfung der Bewertung der Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle haben wir risikoorientiert folgende Prüfungshandlungen vorgenommen:

Zunächst haben wir uns ein Verständnis von den Prozessen zur Ermittlung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle gemeinsam mit unseren Spezialisten mit Kenntnissen der Versicherungstechnik verschafft und insbesondere die Herleitung der voraussichtlichen Schadenhäufigkeit und -höhe auf der Grundlage historischer Erfahrungen gewürdigt. Ausgehend davon haben wir Aufbau- und Funktionsprüfungen hinsichtlich der für die Richtigkeit der Rechnungslegung relevanten internen Kontrollen in den Schadenregulierungs- und Reservierungsprozessen durchgeführt.

Wir haben die Angemessenheit und Richtigkeit der von der Gesellschaft verwendeten Methoden beurteilt und deren stetige Anwendung geprüft. Weiterhin haben wir die Berechnung der Gesellschaft zur Ermittlung der bekannten Versicherungsfälle und der bereits eingetretenen, jedoch noch nicht gemeldeten Versicherungsfälle geprüft und insbesondere die Herleitung der geschätzten Anzahl und deren Höhe auf der Grundlage historischer

Erfahrungen und aktueller Entwicklungen gewürdigt. Dabei haben wir unter anderem unser Branchenwissen und unsere Branchenerfahrung zugrunde gelegt sowie anerkannte Methoden berücksichtigt.

Hinsichtlich der von der Gesellschaft als Großschäden klassifizierten, noch nicht abgewickelten bekannten Versicherungsfälle haben wir anhand einer aussagebezogenen Prüfung einzelner Schadenfälle die Angemessenheit der gebildeten Reserve geprüft. Dabei haben wir die jeweilige Schätzung der voraussichtlichen Schadenhöhe anhand der Aktenlage nachvollzogen und geprüft, ob wertaufhellende Tatsachen, die bis zur Bilanzaufstellung bekannt wurden, berücksichtigt wurden. Wir haben eigene aktuarielle Berechnungen für ausgewählte Segmente durchgeführt, die wir nach Risikoüberlegungen ausgewählt haben. Hierbei haben wir jeweils eine Punktschätzung mit Hilfe von anerkannten versicherungsmathematischen Verfahren durchgeführt, um das in den Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle enthaltene Sicherheitsniveau zu bewerten.

Darüber hinaus haben wir die tatsächliche Entwicklung der im Vorjahr gebildeten Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle anhand der Abwicklungsergebnisse analysiert.

Die verwendeten Methoden zur Bewertung der in der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle (brutto) im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft enthaltenen Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle sind sachgerecht. Die zugrunde liegenden Annahmen wurden in geeigneter Weise abgeleitet.

SONSTIGE INFORMATIONEN

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die in Abschnitt „Wirtschaftsbericht“ des Lageberichts enthaltene Erklärung zur Unternehmensführung;
- die im Lagebericht enthaltenen, lageberichts-fremden und als ungeprüft gekennzeichneten Angaben;
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungs-schlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES AUFSICHTSRATS FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS UND DEN LAGEBERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTES

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben;
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt;
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft;
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutendsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

ÜBRIGE ANGABEN GEMÄSS ARTIKEL 10 EU-APRVO

Wir wurden von dem Aufsichtsrat am 15. April 2021 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 27. Oktober 2021 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind seit dem Geschäftsjahr 2020 als Abschlussprüfer der DMB Rechtsschutz-Versicherung Aktiengesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Sven Capousek.

Köln, 18. März 2022

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Sascha Kaminski
Wirtschaftsprüfer

Sven Capousek
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung der Gesellschaft während des Geschäftsjahres laufend überwacht. Er wurde in den drei Sitzungen und durch schriftliche Berichterstattung des Vorstands umfassend und zeitnah über die Geschäftsentwicklung sowie über wesentliche Vorgänge unterrichtet. Zusätzlich führte der Vorsitzende des Aufsichtsrats regelmäßige Gespräche mit dem Vorstand. Er informierte zwischen den Sitzungen die Mitglieder des Aufsichtsrats über neue Entwicklungen.

Gegenstände der Beratung

Der Aufsichtsrat beschäftigte sich regelmäßig mit der Markt- und Unternehmensentwicklung, der differenzierten Schaden- und Ergebnissituation, dem Risikomanagement sowie Solvency II und weiteren regulatorischen und aufsichtsrechtlichen Themen.

Großen Umfang hatten im laufenden Jahr erneut die Beratungen zur Corona-Pandemie im Hinblick auf die Auswirkungen für den Vertrieb, die Schadensituation, die Kapitalanlagen und die Organisation der internen Maßnahmen. Der Vorstand informierte kontinuierlich den Aufsichtsrat ausführlich über die jeweils aktuellen Auswirkungen der Corona-Pandemie.

Unternehmensplanung und Ergebnishochrechnungen wurden im Aufsichtsrat intensiv erörtert. Über die Planungen und die Entwicklungen sowie die ergriffenen Maßnahmen wurde ausführlich berichtet und zwischen Vorstand und Aufsichtsrat eingehend diskutiert. Umfassend wurde über die Kapitalanlagepolitik und die strategische Asset Allokation berichtet, insbesondere über die Investitionen in alternative Anlagen.

Über die gesamte Zeitdauer befasste sich der Aufsichtsrat aktiv mit einer langwierigen rechtlichen Auseinandersetzung des Unternehmens mit einem Dienstleister. Im Geschäftsjahr konnte diese mit einem Vergleich sowie einer daraus resultierenden Rückzahlung beendet werden. Der Aufsichtsrat nahm den Vergleich positiv zur Kenntnis, ebenso den Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des daraus resultierenden außerordentlichen Ergebnisses.

Die Möglichkeiten zur weiteren Stärkung des Miet-Rechtsschutzes wurden intensiv erörtert. Über den Ausbau des Maklergeschäfts berichtete der Vorstand kontinuierlich. Die Verfahrensweisen einzelner Anwaltskanzleien sowie die Veränderungen im Rechtsdienstleistungsmarkt mit ihren Auswirkungen auf den Schadenverlauf wurden regelmäßig thematisiert. Das Projekt zur zukunftsorientierten Ausrichtung der IT stand stets auf der Tagesordnung, insbesondere die Planung zur Inbetriebnahme der neuen Betriebsführungssoftware.

Der Aufsichtsrat befasste sich mit dem ORSA-Bericht und den Prüfberichten zum handelsrechtlichen Abschluss und zur Solvenzbilanz der Gesellschaft.

In seiner Sitzung am 8. Dezember beschloss der Aufsichtsrat gemäß den Anforderungen des FISG die Einrichtung eines Prüfungsausschusses. Der Prüfungsausschuss wird sich mit der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses und des Risikomanagements sowie der Abschlussprüfung, insbesondere der Unabhängigkeit und Qualität der Abschlussprüfung befassen. Als Mitglieder des Prüfungsausschusses wurden bestimmt: Herr Dr. Rips als Vorsitzender, Frau Hein sowie Herr Stautner.

Jahresabschlussprüfung

Die Prüfung gemäß § 341k HGB wurde durch die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, vorgenommen. Es ergaben sich keine Beanstandungen. Der Bestätigungsvermerk wurde uneingeschränkt erteilt. Von dem Ergebnis der Prüfung hat der Aufsichtsrat zustimmend Kenntnis genommen.

Der Jahresabschluss wurde in Anwesenheit des Abschlussprüfers vom Prüfungsausschuss vorberaten. Bei der Beratung des Jahresabschlusses im Aufsichtsrat war der Abschlussprüfer zugegen. Er berichtete über die Durchführung der Prüfung und stand für ergänzende Auskünfte zur Verfügung.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind keine Einwendungen zu erheben. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss gebilligt, der damit gemäß § 172 Aktiengesetz festgestellt ist. Dem Vorschlag des Vorstands über die Verwendung des Bilanzgewinns schließt sich der Aufsichtsrat an.

Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesellschaft ausdrücklich für ihren großen persönlichen Einsatz im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Köln, den 7. April 2022

Der Aufsichtsrat



Dr. Franz-Georg Rips
Vorsitzender

Aufsichtsrat

Dr. Franz-Georg Rips

Rechtsanwalt
Vorsitzender

Eberhard Fischer

Oberstudienrat i. R.
Stv. Vorsitzender

Reinhard Stautner

Angestellter der DMB Rechtsschutz-Versicherung AG
Stv. Vorsitzender

Sebastian Bartels

Rechtsanwalt, stv. Geschäftsführer Berliner Mieterverein e. V.

Franz-Xaver Corneth

Geschäftsführer i. R.

Kerstin Hein

Vorstand der RIVA AG

Thomas Keck

Oberbürgermeister Reutlingen

Alexandra Nüchel

Angestellte der DMB Rechtsschutz-Versicherung AG

Michael Thews

Angestellter der DMB Rechtsschutz-Versicherung AG

Vorstand

Dr. Wolfgang Hofbauer

Vorstandsvorsitzender

zugleich Ressorts Finanz- und Rechnungswesen, Investments, Vertrieb und Marketing, IT und Projekte, Personal, Öffentlichkeitsarbeit sowie Verwaltung

Michael Eichhorn

Ressorts Aktuariat, Risikomanagement, Unternehmensplanung und Controlling sowie Versicherungsbetrieb

Jessica Jonas

Ressorts Recht, Compliance, Management und Kommunikation DMB Mietervereine

Lukas Siebenkotten

Ressorts Schaden, Strategische Zusammenarbeit Deutscher Mieterbund



Als Gründungsmitglied setzt sich die DMB Rechtsschutz für eine Stärkung des Berufsstands und die besondere Rechtsstellung des Versicherungsmaklers ein.



Die DMB Rechtsschutz unterstützt im Rahmen der Initiative Makler bei der zeitgemäßen Onlineberatung und -betreuung ihrer Kunden sowie der optimalen Nutzung ihres digitalen Netzwerks.

Nach dem großen Erfolg wird die Digitale Bildungsinitiative von der *Deutschen Makler Akademie (DMA)* fortgeführt.

www.bfv-versicherungsmakler.de



Als Unternehmen zeigt die DMB Rechtsschutz Verantwortung und trägt aktiv zur Umweltvorsorge bei. Die Gesellschaft ist seit 2010 Klimaschutzzertifiziert.

Gemäß dem Greenhouse Gas Protocol wurden 2021 alle Emissionen aus den Quellen von Scope 1, 2 und 3 durch Unterstützung CO₂-mindernder Klimaschutzprojekte neutralisiert. Dies umfasst sowohl die direkte Freisetzung klimaschädlicher Gase bei der DMB Rechtsschutz als auch die indirekte Freisetzung durch Energielieferanten und durch die vor- und nachgelagerten Lieferketten der Gesellschaft. Die DMB Rechtsschutz verfolgt das Ziel, ihre CO₂-Emissionen soweit wie möglich zu reduzieren.

Unternehmen



Die DMB Rechtsschutz gehört seit 2011 zu den Top 10 bei der Umfrage Makler-Champions und belegt 2021 erneut den 3. Platz bei den service-stärksten Rechtsschutzversicherern.

Fairer Schadenregulierer bei FOCUS MONEY 03/2022: Berufs-, Verkehrs- und Wohnungs-Rechtsschutz „gut“



DMB Rechtsschutz erneut mit Topnote beim digitalen Service von FOCUS MONEY 29/2021

Fairste Kundenhotline bei Umfrage FOCUS MONEY 41/21



Softfair 05/2021: Prozessqualität für den Vertrieb „GUT“

Fairer Maklerversicherer im Rechtsschutz bei FOCUS MONEY Maklerumfrage 11/2021



Im ascore Unternehmens-Scoring Komposit 2021: DMB Rechtsschutz erneut „sehr gut“ in Erfahrung, Sicherheit, Erfolg und Bestand

Hohes Kundenvertrauen bei Befragung WirtschaftsWoche 09/2021, 10/2020 und 09/2019: DMB Rechtsschutz genießt hohes Vertrauen in der Kategorie „Versicherer - Makler“.



vt-Partnerschaftssiegel 2018

Deutsche Gesellschaft für Verbraucherstudien 04/2020: Service-Award in der Kategorie „Transparenz“

Maklers Lieblinge 2020: DMB Rechtsschutz unter die Top 5 Private Rechtsschutzversicherung gewählt

Produkte



Weitere Auszeichnungen im Franke und Bornberg Rechtsschutz-Rating 2022: PRESTIGE mit Cyber-RS „sehr gut“ FFF, EXPERT „gut“ FF+, Schnell & Sicher mit Cyber-RS „gut“ FF+



Handelsblatt-Vergleich 03/2021: PRESTIGE „sehr gut“ für Familien (auch in 03/2020) und Singles



DISQ und ntv 01/2021: Preis-Leistung „gut“

FOCUS MONEY 12/2020: EXPERT im Preis-Leistungs-Check „gut“

Finanztest/Stiftung Warentest 04/2020: PRESTIGE „gut“

Aktuelle Auszeichnungen für das Unternehmen und Produkte: Regelmäßig erhält die DMB Rechtsschutz Top-Bewertungen als konzernunabhängiger Rechtsschutz-Spezialist und für Produkte mit hervorragendem Preis-Leistungs-Verhältnis.

DMB Rechtsschutz-Versicherung AG

Bonner Straße 323, 50968 Köln

Telefon: 0221 376 38-0

Fax: 0221 376 38-11

Internet: www.dmb-rechtsschutz.de

Sitz der Gesellschaft Köln

Handelsregister Köln HRB 13424

Konzept und Gestaltung

SOA Communication, Fürstfeldbruck